

8 Gutachten

Um einen Fokus auf zentrale Aspekte der Problemdynamik nach dem 7. Oktober 2023 zu legen, das heißt auf das Verhältnis von Manifestation, Legitimierung und Abwehr des Antisemitismus im Kunst- und Kulturbetrieb, finden sich nachfolgend sechs Expertisen.

Der Politikwissenschaftler und Antisemitismusforscher Lars Rensmann, Professor an der Universität Passau, zeichnet die Diskussion um Antisemitismusdefinitionen nach und formuliert in diesem Zuge eine Kritik an der *Jerusalem Declaration on Antisemitism* sowie an Versuchen, diese gegenüber der *IHRA*-Definition zu etablieren (Kapitel 8.1).

Albert Scherr, Soziologe und emeritierter Professor an der Pädagogischen Hochschule Freiburg, und Stefan Müller, Politikwissenschaftler und Professor an der Frankfurt University of Applied Sciences, erörtern Möglichkeiten und Grenzen pädagogischen Handelns im Zusammenhang mit Antisemitismus im Kunst- und Kulturbetrieb, leiten Handlungsempfehlungen ab und adressieren damit Leerstellen, die sich nicht zuletzt aus dem bisweilen eskamotierten Spannungsfeld pädagogischen und künstlerischen Handelns ergeben (Kapitel 8.2).

Der Literaturwissenschaftler und Antisemitismusforscher Steffen Klävers richtet den Fokus auf Formen des postkolonialen Antisemitismus, den er in seiner Grundstruktur anhand zentraler Entwicklungen und des Kunst- und Kulturbetriebs als Resonanzraum darstellt (Kapitel 8.3).

Die Soziologin, Antisemitismusforscherin und Professorin an der Universität Passau Karin Stögner führt in den Phänomenbereich Antisemitismus in postkolonialen und feministischen Szenen ein und zeigt damit gleichermaßen theoretische Leerstellen sowie den Stellenwert des Antisemitismus als intersektionale Ideologie auf, wobei sie unter anderem die Rationalisierung sexueller Gewalt im Zusammenhang mit dem terroristischen Massaker der Hamas vom 7. Oktober 2023 problematisiert und eine rückblickende Betrachtung der milieuspezifischen Rezeption der *documenta fifteen* vornimmt (Kapitel 8.4).

Jakob Baier, Politikwissenschaftler und Antisemitismusforscher, stellt die BDS-Bewegung und ihre Aktivitäten im deutschen Kunst- und Kulturbetrieb dar (Kapitel 8.5). Baier hat 2022 mit seiner Analyse wesentlich dazu beigetragen, dass das *Tokyo-Reels*-Filmfestival auf der *documenta fifteen* zum Gegenstand der öffentlichen Diskussion und als solcher problemati-

siert wurde. Mit einer detaillierten Analyse der *Tokyo Reels* zeigt er auf, wie diese verschiedene Dimensionen des Antisemitismus zum Ausdruck bringen (Kapitel 8.6).

8.1 Grenzen der Abklärung? Zur Debatte um Antisemitismus-Definitionen in Sozialwissenschaften und Öffentlichkeit

Lars Rensmann

In den Politik- und Sozialwissenschaften gehören die Entwicklung von Definitionen, die Erarbeitung von Indikatoren und Kriterien zur Erfassung eines Sachverhaltes sowie die Eingrenzung eines Untersuchungsgegenstandes ebenso zum Forschungsalltag wie der Umstand, dass solche Unterfangen Debatten hervorrufen – nahezu unabhängig davon, wie gut die betreffenden Konzepte jeweils begründet sein mögen. Umso erstaunlicher war es, dass die im ersten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts unter Beteiligung zahlreicher mit Judenfeindschaft befasster Forscher:innen entwickelte und von der International Holocaust Remembrance Alliance unterstützte Definition (kurz „IHRA-Definition“) zum Antisemitismus sowie die Beispiele, die sie liefert, in der empirischen Antisemitismusforschung über viele Jahre bei dem auch wissenschaftlich oftmals durchaus kontroversen Thema Judenfeindschaft kaum Anlass zum Meinungsstreit zu bieten schien – Widerspruch blieb weitgehend aus. Dies dürfte kaum daran liegen, dass zu jedem Aspekt der Definition ein wissenschaftlicher Konsens bestünde. Viele aktive Forscher:innen verwenden in ihrer Praxis teils andere, eigene Definitionen und Kriterien. Der Autor dieses Beitrags spricht z. B. seit vielen Jahren vom Doppelcharakter des Antisemitismus, der generalisierbare und spezifische, in der Empirie selten bis nie substituierte Dimensionen aufweist, also von einer besonderen Mischung aus Diskriminierung und Welt(verschwörungs)deutung, die Antisemitismusdefinitionen zu berücksichtigen hätten. Doch diese stehen zumeist nicht im Widerspruch zur IHRA-Definition, und aus politik- und sozialwissenschaftlicher Sicht ist zugleich grundsätzlich wenig gegen die IHRA-Definition einzuwenden. Gerade in der gesellschaftlichen Praxis wird sie dem Ziel gerecht, Orientierung zu stiften im Umgang mit antisemitischen Phänomenen, die in polymorphen, wandelbaren Formen und unterschiedlichen—u.a. auch camouflierten—Modi kulturellen, politischen sowie gesellschaftlichen Ausdruck finden. Auch die zeitgemäßen Beispiele der IHRA bieten neben der Definition aus Sicht

der empirischen Forschung wenig Anlass zur Kontroverse und wurden deshalb im letzten Jahrzehnt auch von über 1.200 internationalen und nationalen Institutionen adaptiert. Die IHRA-Definition findet auch in der empirischen Forschung positive Resonanz.¹⁹²⁸

In den letzten Jahren indes regte sich eine teils scharfe öffentliche und politische Kritik an der IHRA-Definition. Im Kern zielt die Kritik auf camouflierte israelbezogene Formen des Antisemitismus, die von der IHRA-Definition ebenso wenig ausgespart werden wie holocaustrelativierende oder ‚klassische‘ Formen antisemitischer Verschwörungsideologie. Trotz der dezidiert politischen und aktivistischen Schlagseite der Kritiken wurde dabei teils zugleich eine wissenschaftliche „Autorität“ beansprucht – so explizit in der „Jerusalem Erklärung“ („Jerusalem Declaration“, kurz „JDA“) von 2021, die insbesondere von israelischen, deutschen, britischen und US-amerikanischen Intellektuellen unterzeichnet wurde.¹⁹²⁹ Seither ist eine überhitzte politische Kontroverse im öffentlichen Raum erkennbar, in der der IHRA-Definition vielfach unterstellt wird, sie verwechsle Antizionismus mit Antisemitismus und instrumentalisere Antisemitismusvorwürfe, um „palästinensische Stimmen“ „mundtot“ zu machen und „Israelkritik“ zu diskreditieren oder Kritik an der israelischen Regierung zu verunmöglichen oder gar zu „verbieten“ – und dies, obwohl die IHRA ganz explizit feststellt, dass Kritik an Israel oder der israelischen Regierung, die mit der politischen Kritik an anderen Staaten vergleichbar ist, keinen Antisemitismus darstellt. Jene Vorwürfe und der politische Kampf gegen die IHRA-Definition haben sich indes gerade unter „activist scholars“ seit dem Massaker des 7. Oktobers 2023 und der militärischen Auseinandersetzung im Gaza-Kon-

1928 Vgl. Rensmann (2025). Darunter finden sich etliche nationale Parlamente in der ganzen Welt, u. a. das Europäische Parlament, die Europäische Kommission und die Europäische Kommission gegen Rassismus und Intoleranz des Council of Europe sowie zahlreiche Unternehmen.

1929 Dabei sind allerdings unter den 200 Erstunterzeichner:innen fast keine empirischen Antisemitismusforscher:innen zu finden (gleichwohl behauptete etwa der Deutschlandfunk in postfaktisch-hyperbolischer Wendung, die JDA sei von den „200 renommiertesten Holocaustforschern“ verfasst). Dafür aber sind neben einigen seriösen Historiker:innen zahlreiche Literaten, Philosophen, Palästina-Aktivist:innen und Nahostforscher:innen dabei sowie Verschwörungsideologen wie der 9/11-„Truther“ Richard Falk, der den Angriff auf das WTC in New York für einen „inside job“ hält, offen antisemitische Cartoons verbreitet hat und Israels Politik gegenüber Palästinenser:innen mit dem Holocaust gleichsetzt, sowie Historiker wie Sergio Luzzatto, der 2007 insinuierte, antisemitische Ritualmordlegenden seien „wahr“, und deshalb das antisemitische Buch *Passover of Blood* von Ariel Toaff lobte. Vgl. Sanders (2007).

flikt im öffentlichen Raum in jüngster Zeit weiter zugespitzt. Insbesondere antizionistisch-aktivistische Autor:innen, einschließlich einiger jüdischer Historiker:innen wie Raz Segal, treten in diesem Kontext immer wieder mit falschen und verzerrenden, teils politisch propagandistischen und offen postfaktischen Äußerungen in Erscheinung.¹⁹³⁰

-
- 1930 Raz Segal ist seit langem damit beschäftigt, politische Kampfschriften gegen Israel in Meinungsmedien zu publizieren, die von Beiträgen zur historischen Forschung, Empirie, wissenschaftlichen Kriterien oder Argumenten sehr weit entfernt sind. Schon in den ersten Tagen nach dem Massaker der Hamas gegen die jüdische Zivilbevölkerung diagnostizierte Segal einen „textbook case of genocide“ Israels gegen Palästinenser:innen (vgl. Raz Segal: A Textbook Case of Genocide. In: Jewish Currents, 13.10.2023, <https://jewishcurrents.org/a-textbook-case-of-genocide>) – nicht aber der Hamas, die sich die Verfolgung und Tötung aller Juden in ihre Charta geschrieben hat und nach dem 7. Oktober 2023 stolz reklamierte, man werde Tausende solcher Angriffe starten und man werde den jüdischen „Schmutz“ vom „heiligen Land“ befreien (Hamas-Führer Muhammed Deif formulierte: „Remove this [Jewish] filth from your land and your sacred places. Fight and the angels fight with you“, zit. nach Hubbard 2023). Segal sah dagegen unmittelbar einen angeblichen Genozid Israels, das bis dahin lediglich vereinzelt und begrenzt militärisch reagiert hatte. Dass Segal als ausgebildeter Historiker einen Genozid postfaktisch präjudizierte—eine Behauptung, die er anschließend im *Journal of Palestine Studies* und im *Journal of Genocide Studies* wiederholte—wurde wiederum jüngst vom postkolonial-antizionistisch geprägten *Journal of Genocide Studies* als besonders heilsichtig vorausschauend gepriesen (vgl. Klein 2025). Dieser postfaktische Genozid-Vorwurf gegen Israel, der wiederum seit Jahrzehnten von Hamas-nahen Organisationen, der Hamas selbst und seit dem 7. Oktober auch vielfach von neuen antiisraelischen Bewegungen und Aktivist:innen weltweit wiederholt wird (z. B. in den USA „Biden, Harris, you can’t hide, we charge you with genocide“), wird seither nicht nur von Segal repetitiv und in immer hyperbolischeren Wendungen in Anschlag gebracht, sondern auch von seinem aktivistischen politischen Milieu, das sich von wissenschaftlichen Prinzipien wie empirischen Belegen, Transparenz der Urteilsfindung, Differenzierung, heuristische Offenheit gegenüber Befunden oder Kohärenz der Argumentation weitgehend verabschiedet und durch ein manichäisches Weltbild mit parolenhafter Komplexitätsreduktion ersetzt zu haben scheint. Darüber hinaus diffamiert Segal in linksradikalen Meinungsmedien belegfrei alle Historiker:innen und Sozialwissenschaftler:innen, die seinen Thesen nicht folgen, „rassistisch“ und „antipalästinensisch“ sowie „Genozidleugner:in“ zu sein. Frei von jeglicher textueller Evidenz fantasiert Segal, Antisemitismusforscher:innen, die sein Weltbild nicht teilen, perpetuierten einen „eliminary anti-Palestinian racism driving that genocide“ und seien getrieben von einem „broader racist worldview [...] aimed primarily at denigrating Palestinians“ (Segal 2025). In einem brillanten Aufsatz hat Matthew Bolton das Wesen und die Funktion des von Segal und anderen IHRA-Kritiker:innen vorgetragenen „Genozid“-Vorwurfs gegen Israel aufgezeigt. Das unabdingbare Beharren darauf, Israel „before the fact“ des Verbrechens aller Verbrechen anzuklagen, sei nicht nur von einer politischen Kritik an der israelischen Regierung zu unterscheiden,

In der empirischen Antisemitismusforschung freilich sind Kontroversen über die IHRA-Definition weiterhin weitgehend ausgeblieben. Der politische Meinungsstreit, der kaum von wissenschaftlichen Befunden oder Argumenten geprägt wird und vor allem weit entfernt von jener empirischen Forschung stattfindet, hat indes die Antisemitismusforschung selbst zum politischen Kampffeld deklariert und ihr damit ohne Zweifel Schaden zugefügt. Worum geht es also in der Debatte, und wie begründet sich genau die Schieflage zwischen der sozialwissenschaftlichen Auseinandersetzung mit dem Phänomen und der politischen Debatte? Dies soll im Folgenden im Besonderen mit Blick auf die Kritik an der „IHRA“ und anhand der „JDA“ beleuchtet werden.

sondern schließe eine politische Auseinandersetzung und die Kritik politisch handelnder Subjekte de facto aus (Bolton 2025). Der apriorische Genozid-Vorwurf habe die Funktion, israelische Juden als abgrundtief böse Siedlerkolonialisten zu essenzialisieren, und zielt darauf, jenseits politischer Prozesse und Konflikte Israel und israelischen Juden jede Existenzberechtigung im Nahen Osten abzusprechen. Wenn aber Israel a priori als grundsätzlich „genozidaler Staat“ deklariert und mitsamt all seiner Bürger:innen als einziges politisches Gemeinwesen der Welt als „genozidale Gemeinschaft“ ausgesondert (und mit dem Nationalsozialismus gleichgesetzt) wird, geht es nicht um eine legitime politische Kritik von Regierungshandeln, die anderen Formen –auch scharfer– politischer Kritik an anderen Regierungen vergleichbar wäre. Es geht bei solcher „Israelkritik“ auch nicht um eine kritische Bewertung der autoritär-populistischen Regierung Netanyahu, mit ihren teils rechtsradikalen Ministern und korrosiven Angriffen auf den israelischen Rechtsstaat und die liberale Demokratie, oder der realen Kriegsführung in Gaza. Sondern die *genocide libel*, die alle israelischen Jüdinnen und Juden, ja alle Jüdinnen und Juden weltweit in Haftung nimmt, zielt totalitär aufs Ganze. Die partikularistische ideologische Essenzialisierung des jüdischen Staates im Narrativ von der „genozidalen Gemeinschaft“ geht fast immer einher mit der autoritären ethno-nationalistischen Glorifizierung der Idee eines arabischen „Palästinas“ „from the river to the sea“ (zu dem Slogan gesellt sich wahlweise „Palestine will be free“ oder „Palestine will be Arab“, der auf arabisch gebräuchlichere Ausdruck). Gleiches gilt für die Verherrlichung des gewalttätigen „Widerstandes“ gegen Israel und seine als „zionistisch“ markierte Zivilbevölkerung sowie als „Zionisten“ markierte Juden weltweit. Neben der sekundär-antisemitischen Trivialisierung der Verbrechen der Shoah (Rensmann 2026) zielt die *genocide libel* auf die Dämonisierung des Staates Israel und der Gesamtheit seiner jüdischen, nicht-arabischen Bürger:innen, einschließlich der Kinder, auf die Legitimierung von antisemitischer Gewalt sowie auf die gewaltsame Aberkennung von Staatsbürgerschaftsrechten ausschließlich von Juden –und damit auf ethnische Säuberung oder Schlimmeres. Bei jener Essenzialisierung handelt es sich um israelbezogenen Antisemitismus. Vgl. auch Buser (2025).

Antisemitismusdefinitionen als Kampffeld im politischen Meinungsstreit

In weitgehender Rezeption, Anerkennung und Adaption der Erkenntnisse der neueren Antisemitismusforschung haben sich in den vergangenen Jahren die Arbeitsdefinition zum Antisemitismus und entsprechende Kriterien und Beispiele etabliert, welche die International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA) entwickelt hat. Die Definition selbst lautet: „Antisemitismus ist eine bestimmte Wahrnehmung von Jüdinnen und Juden, die sich als Hass gegenüber Jüdinnen und Juden ausdrücken kann. Der Antisemitismus richtet sich in Wort oder Tat gegen jüdische oder nichtjüdische Einzelpersonen und/oder deren Eigentum sowie gegen jüdische Gemeindeinstitutionen oder religiöse Einrichtungen.“ Antisemitismus umfasse „oft die Anschuldigung, die Juden betrieben eine gegen die Menschheit gerichtete Verschwörung und seien dafür verantwortlich, dass ‚die Dinge nicht richtig laufen‘. Der Antisemitismus manifestiert sich in Wort, Schrift und Bild sowie in anderen Handlungsformen, er benutzt unheilvolle Stereotype und unterstellt negative Charakterzüge.“¹⁹³¹

Dazu wird ergänzend von der IHRA erläutert, was als *antisemitische Straftaten* und als *antisemitische Diskriminierung* zu verstehen ist: „Straftaten sind antisemitisch, wenn die Angriffsziele, seien es Personen oder Sachen – wie Gebäude, Schulen, Gebetsräume und Friedhöfe – deshalb ausgewählt werden, weil sie jüdisch sind, als solche wahrgenommen oder mit Jüdinnen und Juden in Verbindung gebracht werden. Antisemitische Diskriminierung besteht darin, dass Jüdinnen und Juden Möglichkeiten oder Leistungen vorenthalten werden, die anderen Menschen zur Verfügung stehen.“¹⁹³²

Die IHRA (2016) bietet zur Orientierung elf Beispiele von aktuellem Antisemitismus „im öffentlichen Leben, in den Medien, Schulen, am Arbeitsplatz und in der religiösen Sphäre“ und betont dabei, dass sich Erscheinungsformen von Antisemitismus „auch gegen den Staat Israel, der dabei als jüdisches Kollektiv verstanden wird, richten“ können (dies, und die hinterlegten Beispiele, bilden den wesentlichen Anknüpfungspunkt der politischen Kritik und politischer Angriffe gegen die IHRA, teils auch aus wissenschaftlichem Umfeld). Unter den Beispielen für Antisemitismus, die zugleich Kriterien für seine Erfassung liefern, finden sich sieben, die *auch* israelbezogenen Antisemitismus einbeziehen, unter anderen: „Der Vorwurf

1931 IHRA (2016).

1932 Ebd.

gegenüber den Jüdinnen und Juden als Volk oder dem Staat Israel, den Holocaust zu erfinden oder übertrieben darzustellen.“ Oder auch: „Das Verwenden von Symbolen und Bildern, die mit traditionellem Antisemitismus in Verbindung stehen (z. B. der Vorwurf des Christumordes oder die Ritualmordlegende), um Israel oder die Israelis zu beschreiben.“ Aber auch die Gleichsetzung von Zionismus und Rassismus, die sich unter anderem in der UN-Resolution 3379 von 1975, die kategorisch „Zionismus“, also die Bewegung für ein Recht auf jüdische politische Selbstbestimmung und die Existenz des Staates Israel, als eine Form des „Rassismus“ brandmarkte, spiegelt und 1991 von der UN-Generalversammlung mit deutlicher Mehrheit zurückgenommen wurde (wegen ihres Antisemitismus wurde sie 1998 von UN-Generalsekretär Kofi Annan als ein „Tiefpunkt“ der UN-Geschichte bezeichnet): „Das Aberkennen des Rechts des jüdischen Volkes auf Selbstbestimmung, z. B. durch die Behauptung, die Existenz des Staates Israel sei ein rassistisches Unterfangen.“ Dagegen wird von der IHRA durchweg betont: „Allerdings kann Kritik an Israel, die mit der an anderen Ländern vergleichbar ist, nicht als antisemitisch betrachtet werden.“¹⁹³³

Trotz der breiten politischen Anerkennung der IHRA seitens gesellschaftlicher Institutionen und seitens der empirischen Antisemitismusforschung und des Umstandes, dass weder die Kerndefinition noch die Beispiele viel Angriffsfläche für Kritik bieten, entzündete sich also der Meinungsstreit. Er wurde befeuert einerseits durch die „JDA“-Definition, die ihrerseits infolge der Debatten um die israelfeindliche, antizionistische Bewegung *Boycott, Divestment and Sanctions* (BDS) entstanden ist, die zum Totalboykott jüdisch-israelischer Staatsbürger:innen, Wissenschaftler:innen, Produkte und Kultur aufruft und auf die Abschaffung des jüdischen Staates zielt,¹⁹³⁴ andererseits durch die immer schärfere politisch-ideologische Auseinandersetzung in Reaktion auf und in der Folge des 7. Oktobers 2023 und des anschließenden Krieges in Gaza.

Die Autor:innen der sogenannten „Jerusalem Declaration on Antisemitism“ („JDA“) reklamieren in der Erklärung selbstbewusst, sie spiegeln „klar die fachliche Autorität wissenschaftlicher Expert:innen aus den rele-

1933 Ebd.

1934 In der Tat kann mit der „IHRA-Definition“ die BDS-Organisation auf der Basis ihrer Zielsetzungen, ihrer Praxis und der Äußerungen führender Exponent:innen als antisemitisch bewertet werden. BDS diskriminiert gegen Menschen und schließt sie aus, weil sie (israelische) Juden sind. Die Diskriminierung erfolgt aufgrund der ethnisch-religiösen Herkunft, also ausschließlich gegen jüdische Israelis, nicht gegen arabische.

vanten Feldern wider.“¹⁹³⁵ Doch wesentliche Aspekte und Präambeln der „Erklärung“ sind explizit politisch. Die Ziele der „Erklärung“ sind, wie es von einer politischen „Declaration“ erwartet werden kann, außerwissenschaftlich. Es geht der JDA weniger darum, Antisemitismus auf dem Stand der Forschung zu erkennen und zu benennen, als darum, „Räume für eine offene Debatte über die umstrittene Frage der Zukunft Israels/Palästinas zu wahren“, einschließlich „möglicher politischer Lösungen, zum Beispiel Ein-Staaten- oder Zwei-Staaten-Lösung“ (einschließlich der möglichen Auflösung des Staates Israel), denn durch die IHRA würden „Stimmen von Palästinenser:innen“ „delegitimiert“ (JDA 2025). Etablierte Definitionen und Kriterien, wie diejenigen der IHRA-Definition, sichteten demnach angeblich Antisemitismus fälschlicherweise dort, wo gar keiner sei. Die IHRA gefährde damit das Ziel, den „offenen Raum über die heikle Frage der Zukunft Israels/Palästinas“ (JDA 2025) zu schützen. Deshalb will die JDA eine „Alternative zur IHRA“ vorlegen, die „klarer, kohärenter und nuancierter“ sei und den „Schutz von Meinungsfreiheit“ biete. Die Autor:innen der JDA können sich dabei zugleich nicht entscheiden, ob sie als Wissenschaftler:innen oder Politiker:innen sprechen wollen.

Laut JDA handelt es sich – im Widerspruch zum Stand der Antisemitismus- und Rassismusforschung – nur dann um Antisemitismus, wenn Juden explizit „als Juden“ diskriminiert werden: „Antisemitismus ist Diskriminierung, Vorurteil, Feindseligkeit oder Gewalt gegen Jüdinnen und Juden als Jüdinnen und Juden (oder jüdische Einrichtungen als jüdische).“¹⁹³⁶ Codierter Antisemitismus, der sich etwa in antijüdischen Ressentiments gegen ‚rachsüchtige Zionisten‘ artikuliert, kann damit im Grundsatz nicht mehr erfasst werden oder gilt als nicht oder „nicht per se“ antisemitisch – ebenso wenig wie Brandanschläge auf Synagogen, die mit Verweisen auf Israel begründet werden. Oder meinten die Autor:innen eigentlich, dass es beim Antisemitismus um Ressentiments gegen Juden geht, *weil* sie Juden sind – doch die Verfasser:innen der JDA haben sich nur missverständlich ausgedrückt? Wie soll dann aber eine derart missverständliche, semantisch ambivalente Kerndefinition, die jeden Freiraum für eine enge und weite Deutung lässt, „klarer, kohärenter und nuancierter“ sein? Wenn die JDA klar hätte sein wollen, hätte man statt dem diffusen „Juden als Juden“, das zwei grundsätzlich verschiedene semantische Möglichkeiten birgt (eine

1935 JDA (2025). Die empirische internationale Antisemitismusforschung ist dabei frei-
lich, wie angedeutet, kaum vertreten.

1936 Ebd.

davon impliziert, codierter Antisemitismus existiere nicht und nur dann sei etwas als Antisemitismus zu verstehen, wenn Juden offen „als Juden“ und nicht als „Zionisten“, „Globalisten“ etc. diffamiert werden), schlicht formulieren können, *weil sie Juden sind*.¹⁹³⁷

Wohin aber die semantisch ambivalente, unklare und deutungs offene Formulierung der JDA führt, zeigen etliche Beispiele aus der Empirie. Wohlwollende Interpretator:innen können sich wiederfinden, denn eigentlich müsse ja wohl gemeint sein, dass es um Ressentiments gegen Juden ginge, weil sie Juden sind. Dafür spricht durchaus, dass gerade bei den Beispielen der JDA partiell schließlich doch implizit die Existenz eines camouflierten oder codierten Antisemitismus anerkannt wird (wenn auch nicht eines dem institutionellen Rassismus vergleichbaren institutionellen Antisemitismus). Zugleich können sich aber auch radikale „Antizionisten“ auf die JDA berufen, die zum Beispiel Gewalt gegen Juden und jüdische Einrichtungen im Rahmen einer „globalisierten Intifada“ nicht als antisemitische Gewalt verstanden wissen wollen. Dies gilt im Extremfall auch, wenn Täter:innen, die Juden angreifen, ihre Gewalt als „befreiende Gewalt“ gegen „die Zionisten“ deklarieren, dabei aber nicht explizit von „den Juden“ sprechen—sondern eben nur von „Zios“ reden oder andere antijüdische Slurs und pejorative Chiffren verwenden; oder wenn antizionistische Gruppen behaupten: „Zionists don’t deserve to live.“¹⁹³⁸

Ein Beispiel für den frei flottierenden, letztlich subjektiv-willkürlichen Auslegungsspielraum der JDA liefert ein Aufsatz von Masha Gessen in der *New York Times*. Hier suggeriert Gessen, bei den jüngsten Morden und Gewalttaten gegen jüdische Zivilist:innen und Gemeindeorte in Washington, DC und Boulder, Colorado handele es sich nicht um antisemitische Akte, sondern um politische Gewalt von Menschen, die Wut wegen Gaza ausdrückten: „If we are looking to draw larger lessons from this brutality, it’s worth considering that violence that looks anti-Semitic may—even when it effectively serves to scare a great many Jews—be something else.“¹⁹³⁹

1937 Um das Problem zu verdeutlichen: Ressentiments gegen Muslime kategorisch nur dann als rassistisch zu werten, wenn sie „als Muslime“ diffamiert werden, wäre ähnlich problematisch. Wenn Muslime aber in Begründungs- und Rechtfertigungsmustern angegriffen werden, *weil sie Muslime sind*, dann ist das selbstverständlich rassistisch, genauso wie es antisemitisch ist, wenn Juden angegriffen werden, weil sie (israelische) Juden sind.

1938 (Otterman 2024).

1939 Gessen (2025). Der „man who burned marchers in Colorado shouted ‘Free Palestine!’ and (awkwardly) ‘End Zionist!’“ (The Editorial Board 2025).

Schließlich seien die jüdischen Opfer nicht „als Juden“ angegriffen worden, und Antisemitismus, so Gessen mit der JDA, sei „animus against Jews as Jews.“¹⁹⁴⁰ Ingo Elbe und Sven Ellmers bemerken zu Recht: „Die Formulierung, dass sich Antisemitismus gegen Juden als Juden richtet, erweckt [...] den Anschein, codierte Formen des Antisemitismus auszuschließen: Codes wie ‚Kindermörder Israel‘ oder ‚die Eliten von der Ostküste‘ sind Umwegkommunikationen, in denen Juden nicht explizit als Juden angegriffen werden. In den die Definition erläuternden Leitlinien 4 und 6 werden diese Verschlüsselungen zwar thematisiert, aber das Herzstück der JDA, die Definition, führt [...] auf eine falsche Fährte.“¹⁹⁴¹ Diejenigen, die die JDA nutzen, nutzen vielfach auch die schillernde semantische Offenheit und Ambivalenz – die JDA bietet in ihrer Unklarheit und Widersprüchlichkeit für alle etwas.

Die Autor:innen der JDA schreiben zudem, sie wollten, anders als die IHRA, die „Intention hinter einer Äußerung“ und die „Identität des Sprechers“ bei der Bewertung, ob eine Aussage antisemitisch ist oder nicht, berücksichtigt sehen. Die JDA argumentiert, dass mutmaßliche „Absichten“ und „Identitäten“ „sensibel“ einbezogen werden müssten, um zu beurteilen, ob eine Äußerung antisemitisch sei oder nicht oder ob eine von Palästinensern oder anderen geäußerte Feindseligkeit nur „eine Reaktion auf eine Menschenrechtsverletzung“ sei oder eine „Emotion [...] aufgrund ihrer

1940 Gessen (2025). Dieser Meinungsbeitrag wird nicht von der Redaktion der *New York Times* geteilt. Diese hatte erst vor kurzem, weniger als zwei Wochen vor der Veröffentlichung von Gessens Artikel, in einem Editorial vor ebensolchen Relativierungen des Antisemitismus gewarnt (The Editorial Board 2025): „Americans [...] have failed to denounce antisemitism in the unequivocal ways that they properly denounce other bigotry [...]. Consider how often people use ‘Zionist’ as a slur—an echo of Soviet propaganda from the Cold War—and call for the exclusion of Zionists from public spaces [...]. Antisemitism seems to be a rare type of bigotry that some intellectuals are uncomfortable rebuking without caveat. Alarmingly, the antisemitic rhetoric of both the political right and the left has filtered into justifications for violence [...]. The demonizing, delegitimizing rhetoric of the right bore some responsibility for the Pittsburgh massacre; the demonizing, delegitimizing rhetoric of the left bears some responsibility for the recent attacks“ (The Editorial Board 2025). Das Editorial Board weist auch darauf hin, dass US-amerikanische Juden heute einem um ein Vielfaches höheren Risiko ausgesetzt sind, Opfer von Hassverbrechen zu werden, als jede andere Minderheit oder demografische Gruppe (291 Hassverbrechen auf 1 Million Juden gegenüber z. B. 79 auf 1 Million Muslime oder 64 auf 1 Million Schwarze).

1941 Elbe/Ellmers (2025); vgl. auch Rensmann (2023).

Erfahrung durch den Staat [Israel].“¹⁹⁴² Wer aber bewertet die Intention von Sprecher:innen, und nach welchen Kriterien soll das geschehen?

Natürlich können subjektive Absichten, kollektive Identitäten und allgemeine Kontexte Faktoren sein, die von der Sozialwissenschaft rekonstruiert werden müssen, um Antisemitismus zu erklären. Sie sollten jedoch, wie im vorangegangenen Abschnitt dargelegt, nicht mit Definitionen des Gegenstands dessen, was erklärt werden soll, verwechselt werden. Wir wissen zudem aus der empirischen Sozialforschung, wie schwer es ist, die subjektiven, vermeintlich ‚wahren‘ Intentionen von Menschen hinter Aussagen zu rekonstruieren. Die Frage nach den ‚wirklichen‘ Intentionen ist schon deshalb problematisch, weil die betreffenden Menschen vielfach solche angeblich wahren Intentionen selbst nicht kennen. Nicht die vermeintlich mögliche, hypothetisch wirkliche „Intention“ hinter Äußerungen, sondern der objektive, das heißt intersubjektiv erzeugte und geteilte Sinngehalt von Aussagen lässt sich bestimmen und daraufhin stichhaltig beurteilen, ob es sich um Antisemitismus handelt. Der Hinweis auf die vermeintlich nicht-existierende Intention bei offenkundig vom Sinngehalt her antisemitischen Aussagen erscheint auch hier als politische Nebelkerze, die den Blick auf antisemitische Phänomene verstellt und letztlich geeignet ist, diese herunterzuspielen. Wiederum ist es die JDA, die mit Verweis auf diffuse „Intentionen“ oder „Identitäten“ veruneindeutigt. Diese Verweise ermöglichen alle möglichen Ausnahmen sowie willkürlich Grenzziehungen und Setzungen, die – zu Recht – beim Rassismus, auch beim camouflierten bzw. kulturellen Rassismus, wohl kaum je akzeptiert würden. Es ist wiederum die JDA, die doppelte Standards an Rassismus und Antisemitismus anlegt.

Dabei ist es für den objektiven, intersubjektiv geteilten und gesellschaftlichen antisemitischen Sinngehalt der Rede nicht nur irrelevant, ob eine Sprecher:in die Aussage ‚antisemitisch intendiert‘ hat oder nicht und sich frei von Antisemitismus fühlt, sondern auch, ob der/die Sprecher:in selbst jüdisch ist. Da es sich beim Antisemitismus wie beim Rassismus um gesellschaftliche Phänomene handelt, die nicht schlicht vor kollektiven ‚Identitäten‘ Halt machen, sind Juden so wenig automatisch frei von Antisemitismus, wie Schwarze automatisch immun gegen Rassismus sind. Nichtsdestoweniger begegnet uns im öffentlichen Diskurs immer wieder die Trope, Juden könnten ja keine Antisemit:innen sein – und mittlerweile im Kontext der Debatten um Israel die Trope, es sei antisemitisch oder rassistisch, wenn (u. a. nicht-jüdische) Autor:innen den Antisemitismus antizionisti-

1942 JDA (2025).

scher Juden problematisieren.¹⁹⁴³ All dies ermöglicht auch die JDA und ihrem kriterienlosen Verweis auf „Identitäten“, die bei der Bewertung, ob eine Aussage antisemitisch sei, eine Rolle spielen soll. Sollte tatsächlich eine diffuse kollektive „Identität“ Menschen von Vorurteilen und Ressentiments befreien können, die gesellschaftlicher Natur sind? Demnach könnten qua Identität etwa auch Schwarze nicht rassistisch, Juden nicht antisemitisch denken, reden, fühlen und handeln. Auch Palästinenser:innen können jedoch antisemitisch, rassistisch oder misogyn sein. Hier zeigt sich recht unverhüllt die verdinglichte und essenzialisierende *Identitätspolitik*, auf welche die JDA zielt und die wissenschaftliche Forschung und Bewertung ersetzen soll. Eine ‚gute‘ kollektive Identität des Sprechers, dessen kollektive „Erfahrung“ eine antisemitisch erscheinende vermeintlich zu einer nicht-antisemitischen (und nicht-rassistischen, nicht-antifeministischen) Aussage macht, ist demzufolge eine palästinensische Identität, die jüdische oder israelische Identität eines Antisemitismuskritikers dagegen mithin eine voreingenommen ‚schlechte‘, welche dieser identitätspolitischen Logik zufolge nicht zur Bewertung antisemitischer Äußerungen qualifiziert.¹⁹⁴⁴

Ähnlich problematisch ist in der JDA der Verweis auf den jeweiligen „Kontext“ bei der Untersuchung vermeintlich antisemitischer Aussagen. Der Verweis auf den „Kontext“ eines Forschungsgegenstandes ist an sich wenig problematisch. Bei der JDA scheint er aber ausschließlich darauf zu zielen, dass gegen Juden gerichtete Aussagen in bestimmten Kontexten nicht als antisemitisch zu verstehen sein sollen oder zu gelten haben. *Context matters*, indeed. Dass aber Aussagen wie „Globalize the Intifada“ oder „From the River to the Sea“ gerade durch ihren Kontext eindeutig antisemitisch aufgeladen sind, wird von der JDA de facto kategorisch verworfen. „From the river to the sea“ bedeutet heutzutage in nahezu keinem politischen Kontext „das Eintreten für diverse verfassungsrechtliche Lösungen für Juden und Palästinenser in dem Gebiet zwischen dem Jordan und dem Mittelmeer“,¹⁹⁴⁵ wie die JDA evidenzfrei behauptet. Vielmehr verweist der Slogan „From the River to the Sea“ in nahezu jedem gegenwärtigen politischen Kontext auf die Zerstörung und Vernichtung des Staates Israel, eine

1943 Siehe u. a. Misselwitz (2024).

1944 Während man auf den Kontext „palästinensischer Identität“ viel Wert legt, aufgrund dessen bestimmte jüdenfeindliche Äußerungen nicht als „per se“ antisemitisch gelten sollen, wird der Kontext, dass sich die überwältigende Mehrheit von Menschen mit jüdischer Identität dem Staat Israel verbunden fühlen, so wie die überwältigende Mehrheit von Französ:innen dem Staat Frankreich, in der JDA indes schlicht ausgeblendet.

1945 JDA (2025).

Arabisierung des vollständigen israelischen Staatsgebiets, die ohne Gewalt gegen israelische Juden nicht möglich sein würde, und damit implizit und explizit auf die Forderung nach einer gewalttätigen ethnischen Säuberung Israels von Juden, die zweifellos als antisemitisch charakterisiert werden kann (der Aufruf zu „ethnischen Säuberung“ des Gazastreifens seitens einiger Rechtsradikaler in der derzeitigen israelischen Regierung wird dagegen, auch von einigen Autor:innen der JDA, zu Recht als rassistisch kritisiert – doch wiederum werden nicht die gleichen Maßstäbe angelegt).

Wie könnte man sich überhaupt eine ‚nicht-antisemitische‘ Interpretation jener Forderung nach ‚Befreiung‘ vom Zionismus „vom Fluss bis zum Meer“ heute noch nicht-antisemitisch, also ohne Gewalt gegen und Diskriminierung von Juden vorstellen? Empirisch gibt es in den real existierenden antiisraelischen Bewegungen der Gegenwart oder bei BDS ohnehin keinerlei bekannte Abgrenzungen von Vorstellungen eines arabischen, radikal ethno-nationalistisch dominierten ‚Palästinas‘. Es sind auch keine alternativen Modelle sichtbar, die sich von den vorliegenden, explizit antisemitischen arabischen Modellen für ein zukünftiges Palästina „from the river to the sea“ (u. a. der Hamas) grundlegend abgrenzen. Empirisch tritt die Forderung nach der Befreiung von „ganz Palästina“ bei Protestbewegungen ohnehin zumeist im Kontext von Forderungen für ein „arabisches Palästina“ auf sowie in Zusammenhang mit Slogans wie „There is only one solution, Intifada revolution“ oder „No Place for Zionists“.¹⁹⁴⁶ Wie also wäre eine solche „Intifada revolution“ gegen Israel oder auch eine „globale Intifada“ denkbar, die sich nicht gegen die menschenrechtlich verbriefte physische Unversehrtheit von Juden richtet und nicht Juden aufgrund ihrer Religion und Herkunft gewaltsam ihrer staatsbürgerlichen Rechte beraubt (oder Schlimmeres), was nach jeder ernst zu nehmenden sozialwissenschaftlichen Antisemitismusdefinition einen klaren Fall von Antisemitismus darstellt?¹⁹⁴⁷

Laut der Präambel der JDA soll die Frage, ob eine Äußerung als antisemitisch zu werten ist, sogar „immer“, darauf weisen Ingo Elbe und Sven Ellmers hin, „in Abhängigkeit von gewissen Kontextfaktoren beantwortet werden – wie der Identität und der Intention des Sprechers. Dazu passt allerdings nicht, dass in den Leitlinien 6 bis 10 mehrere Beispiele für Äußerungen aufgelistet werden, die ‚als solche antisemitisch sind‘ – mit anderen Worten: bei denen Identität und Intention keine Rolle spielen. Abgesehen

1946 Fleckenstein (2025).

1947 Rensmann (2025).

von dieser Inkohärenz besteht das Problem darin, dass in der JDA unklar bleibt, wann welcher Kontext auf welche Äußerungen anzuwenden ist.¹⁹⁴⁸ Letztlich öffne die Forderung nach Kontextsensibilität die Büchse der Pandora, ermögliche die JDA mit diesem diffusen und unbestimmten Verweis auf Kontexte „die Exkulpation jeder Äußerung über Israel (die nicht unter die Leitlinien 6 bis 10 fällt) als nicht-antisemitisch.“¹⁹⁴⁹

Neben einigen Beispielen für Antisemitismus konzentriert sich die „Erklärung“ folgerichtig und im Einklang mit dem politischen Anliegen dann auch mehrheitlich darauf, Beispiele und „Leitlinien“ dafür aufzulisten, was alles „nicht per se“ antisemitisch sei.¹⁹⁵⁰ Dazu zählen vor allem israelbezogene Formen des Antisemitismus. Dass der „Zionismus“ wie der Nationalsozialismus sei; dass es sich bei dem jüdischen Staat um einen einzigartigen Fall von „Siedlerkolonialismus“ und „Apartheid“ handele; dass an den jüdischen Staat Maßstäbe angelegt werden, die für kein anderes politisches Gemeinwesen geltend gemacht werden; dass der jüdische Staat zwischen

1948 Elbe/Ellmers (2025).

1949 Ebd.; vgl. auch Rensmann (2023).

1950 Einzig beim Antisemitismus wird freilich betont, was alles „nicht per se“ antisemitisch sein soll – kaum vorstellbar, dass die Autor:innen der JDA ähnliche Listen für die Phänomene des Sexismus und Rassismus erstellen würden, die ihnen zufolge „untrennbar“ mit dem Kampf gegen Antisemitismus verbunden sind. Bei der JDA, die suggeriert, sie sei universalistisch ausgerichtet, zeigt sich wiederum dezidiert partikularistisch, dass für den Antisemitismus Ausnahmen gemacht und Sonderkriterien erstellt werden, die bei anderen Diskriminierungsformen undenkbar scheinen. Gleiches gilt auch für die scheinbar universalistisch-kosmopolitische Behauptung, die Kritik an Antisemitismus müsse „untrennbar“ mit der Kritik an anderen Ausgrenzungsformen verbunden werden. Dem Motiv, jedwede Ausgrenzung und Diskriminierung zu kritisieren, kann und sollte nicht widersprochen werden. Aber ist Kritik an einem antisemitischen Motiv nur dann legitim, wenn gleichzeitig Rassismus und Sexismus aufgegriffen und problematisiert wird? Und ist das Erkennen und Problematisieren etwa von rassistischen oder sexistischen Phänomenen umgekehrt dann stets „untrennbar“ mit der Thematisierung von Antisemitismus zu verbinden? Wäre demnach etwa eine Kritik an rassistischer Polizeigewalt in den USA wie beim Fall George Floyd den Autor:innen zufolge verkürzt, wenn nicht zugleich die Bekämpfung von Antisemitismus eingeklagt wird? Die Redaktion der *New York Times* bemerkt hierzu trefflich: „After the Sept. 11 attacks, [intellectuals] did not feel the need to rebuke both Islamophobia and antisemitism. Nor should they have. People should be able to denounce a growing form of hatred without ritually denouncing other forms“ (The Editorial Board 2025). Auch in dieser Hinsicht richtet sich die Kritik der *New York Times* implizit gegen die JDA, deren Autor:innen Antisemitismus im schlechten Sinn eine Sonderstellung zuzuschreiben und andere Maßstäbe und Kriterien anzulegen scheinen.

dem Jordan und dem Mittelmeer eliminiert bzw. „vom Fluss bis zum Meer“ ‚befreit‘ werden soll: all das soll nicht mehr „per se“ als antisemitisch gelten. Das Ziel jener Neudefinition durch die JDA scheint insofern mithin zu sein, mit diffusen, unklaren respektive artifiziellen Kriterien und „Leitlinien“ nahezu jegliche Form der „Israelkritik“ – und insbesondere BDS¹⁹⁵¹ – mindestens in Teilen gegenüber Antisemitismuskritik in Wissenschaft, Politik und Gesellschaft zu immunisieren.¹⁹⁵² Dies ist selbst dann der Fall, wenn

1951 Die Bewegung BDS diskriminiert ganz real Bürger:innen aufgrund ihrer jüdisch-israelischen Staatsbürger:innenschaft und ihrer jüdischen Herkunft. Nur Jüdinnen und Juden müssen dabei Bekenntnisse gegen Israel vorlegen. BDS toleriert den offenen Antisemitismus ihrer Wortführer:innen wie Roger Waters, der Davidsterne auf Schweine malt (Sona 2018), oder von Omar Barghouti, der sich eine „Euthanasie“ des jüdischen Gemeinwesens wünscht. Die Bewegung kann schon deshalb, wegen der bedingungslosen Toleranz von Antisemitismus und antisemitischer Aktivitäten im Kontext von BDS, als institutionell antisemitisch klassifiziert werden.

1952 Ähnlich beklagen Klaus Holz und Thomas Haury (2021) in hyperbolischer Wendung, BDS würde „pauschal“ eines „eliminatorschen Antisemitismus“ bezichtigt, wobei sie immerhin konzedieren, dass „erhebliche Teile“ von BDS „eindeutig antisemitisch“ seien. Holz und Haury (2021) behaupten aber, ein „Metadiskurs, der die Fragen nach dem Verhältnis von Antisemitismus- und Rassismuskritik öffnet“, werde heute nicht etwa von BDS oder den globalen rassistischen und identitätspolitischen autoritären Bewegungen unserer Zeit, sondern vielmehr ausgerechnet von einer „identitätspolitischen Antisemitismuskritik [...] erdrückt“. Selbstverständlich darf sich eine kosmopolitisch fundierte Kritik an Antisemitismus nicht dem Problem des Rassismus verschließen. Doch der von Holz und Haury vorgebrachte Angriff gegen eine vermeintliche „identitätspolitische Antisemitismuskritik“ mit dem Verweis auf Antisemitismuskritik als „Identitätspolitik“ entbehren nicht einer gewissen Ironie—ist es doch gerade die JDA (und sind es nicht die IHRA-Defintion oder die Forschung zum israelbezogenen Antisemitismus, auf die der Angriff von Holz und Haury zielt), die ganz explizit Identitätspolitik goutiert und sich auf partikuläre kollektive „Identitäten“ beruft um zu bewerten, ob etwas Antisemitismus ist oder nicht. Auch angesichts der Empirie der globalen identitätspolitischen, fahnenschwingenden Mobilisierungen „für Palastina“ und der globalen Wucht ethnonationaler Identitätspolitik der Gegenwart, die sich heute neben der radikalen und autoritär-populistischen Rechten eben auch in der globalen autoritären radikalen antizionistischen Linken zeigt, erscheint die Argumentation von Holz und Haury gegen „identitätspolitische Antisemitismuskritik“ befremdlich. Jene gegenwärtig global relevante partikularistische Identitätspolitik richtet sich gegen die Rechte von allen, die vermeintlich mit einer Erde nicht verwurzelt sind, von Migrant:innen in den USA oder Europa bis zu jüdischen Israelis und sämtliche als „Zionisten“ markierte jüdische Menschen, die angeblich nicht in ihr Land gehören und ihre Staatsbürgerschaft „from the River to the Sea“ abgeben sollen. Nicht konsequente, menschenrechtlich orientierte Antisemitismuskritik, welche Judenfeindschaft in ihren besonderen Dimensionen begreift (und auch in ihren codierten und israelbezogenen Formen) und genauso benennt wie rassisti-

die antisemitische Agitation offenkundig auf eine vollständige Vertreibung (oder Ermordung) der jüdischen Bevölkerung aus Israel zielt.

Die JDA bedient sich also eines sehr engen, hier kritisierten Antisemitismusverständnisses, das in der empirischen Forschung zu Antisemitismus, die sich der Untersuchung des Phänomens und seines Ausmaßes mit heuristischem Interesse nähert, freilich kaum Bedeutung hat. Die JDA verweist, zusammengefasst, auf wissenschaftliche Autorität und formuliert das Ziel, klarere und nuanciertere Kriterien zur Analyse und Bewertung von Antisemitismus bereitzustellen. De facto wird sie aber von ihren zugleich in Anschlag gebrachten partikularistischen politischen Zielsetzungen überfrachtet, während die Definition selbst genauso wie ihre Kriterien diffus, ambivalent und in hohem Maße unklar sowie teils widersprüchlich sind. Somit ist die JDA als heuristisches Instrument, erst recht aber für wissenschaftliche Operationalisierungen untauglich. Sie ermöglicht es, eine Vielzahl antijüdischer Phänomene und Ressentiments, die sich der „Umwegkommunikation“¹⁹⁵³ von Hass gegen „Zionismus“ und der Projektionsfläche Nahost bedienen, als „nicht per se antisemitisch“ zu klassifizieren.¹⁹⁵⁴

Die JDA arbeitet mit erwiesenermaßen falschen respektive irreführenden Annahmen und Aussagen – einer Art postfaktischem Schattenboxen – gegenüber der etablierten empirischen Antisemitismusforschung im Allgemeinen und der IHRA-Definition im Besonderen. Dabei ist sie zwar weit entfernt von der binnenwissenschaftlichen Auseinandersetzung in der empirischen Antisemitismusforschung, sie ist aber dazu in der Lage gewesen, einen engagierten öffentlichen Meinungsstreit zu befeuern, getragen von

schen Ausschluss, sondern ethno-nationalistische postkoloniale „Israelkritik“ trifft sich dabei auch ideologisch mit dem autoritären Ethnonationalismus, Ethnopluralismus, Antisemitismus und dem Hass auf Israel in der globalen autoritären radikalen Rechten, von Tucker Carlson und Nick Fuentes zum „III.Weg“ und „Die Rechte“. Vgl. Rensmann (2025).

1953 Bergmann/Heitmeyer (2005).

1954 Gleiches dürfte laut der JDA auch z.B. für den antijüdischen Verschwörungsmythos gelten, den eine Erklärung des SOAS Centre for Gender Studies bedient, welche einen „globally upheld Zionist terrorism“ fantasiert und dagegen ein bedingungsloses palästinensisches „right to self-defense“ unterstützt (SOAS Centre for Gender Studies 2021). Auch die ostfaktische Umdefinierung der multikulturellen israelischen Gesellschaft, von denen die meisten aus Flüchtlingsfamilien aus der Region und im Kontext des Holocausts entstammen, zu „weißen Siedlerkolonialisten“, die kein Existenzrecht haben, kann mit der Brille der JDA nicht als antisemitisches Narrativ erkannt werden, das darauf zielt, weltweit ausschließlich jüdischen Menschen—nämlich jüdischen Israelis—mit Gewalt und gegen ihren Willen die Staatsbürgerschaft zu entziehen, mit der Folge einer erträumten antijüdischen ethnischen Säuberung oder noch Schlimmerem.

populären Auffassungen und postfaktischen Erzählungen zur vermeintlichen Tabuisierung nicht-antisemitischer „Israelkritik“. Der wissenschaftlichen Debattenkultur und dem Ansehen der Antisemitismusforschung fügt sie damit indes erheblichen Schaden zu.

Nach dem postfaktischen Schattenboxen: Zur Verteidigung der empirischen Antisemitismusforschung im Zeitalter der Desinformation

Bezeichnenderweise findet der Streit um „Definitionen“, der durch die Kritiker der IHRA ausgelöst worden ist, nicht in der Wissenschaft, sondern nahezu ausschließlich im öffentlichen Raum und in der politischen Sphäre statt. Anstatt eine Debatte über Definitionen und Kriterien zur sozialwissenschaftlichen Erfassung von Antisemitismus in den entsprechenden, Peer-reviewten internationalen wissenschaftlichen Fachzeitschriften wie *Antisemitism Studies* oder *Journal of Contemporary Antisemitism* zu führen, entschieden sich die Kritiker:innen der IHRA-Definition dazu, öffentlichkeitswirksam eine politische Debatte in Medien und sozialen Medien zu lancieren, in der wissenschaftliche Regeln und Verfahren keine eine Rolle spielen. Dies hat besonders starke Effekte im postfaktischen Zeitalter der Desinformation, in der politischer Campismus, Polarisierungen und emotionalisierende Behauptungen die begründete Sachauseinandersetzung und eine empirie- und faktengesättigte Analyse immer mehr überlagern, und dies erst recht bei den oftmals hoch emotionalisierten Themen Antisemitismus und Israel.

Selbstverständlich gilt etwa, anders als die JDA und ihre politischen Unterstützer:innen postfaktisch suggerieren, im Rahmen der IHRA-Definition und ihrer Beispiele wie auch im Horizont anderer sozialwissenschaftlich begründeter Definitionen, Kriterien und Ansätze Kritik (auch scharfe) an Israel, an der rechten, in Israel hoch umstrittenen Regierung Netanjahu oder auch dem teils brutalen Vorgehen des israelischen Militärs nicht als antisemitisch, und solche Kritik ist möglich, legitim und mehr als verbreitet im deutschen und internationalen öffentlichen Raum – doch es handelt sich, in Einklang mit der großen Mehrheit der empirischen Forschung, eben um israelbezogenen Antisemitismus, wenn etwa Israel als „Jude unter den Staaten“ (Poliakov) ausgesondert und mit einzigartigen Standards dämonisiert, mit antisemitischen Ressentiments belegt und die Existenz des einzigen jüdischen Staates abgelehnt und damit gefordert wird, jüdischen Israelis ihre Staatsbürgerschaft zu entziehen; wenn der jüdische Staat mit Nazi-Deutschland auf eine Stufe gestellt wird oder Jüdinnen und Juden pejorativ mit „Zionisten“ gleichgesetzt oder wegen ihrer Verbundenheit mit

dem Staat Israel ausgeschlossen und diskriminiert werden. Problematisch erscheint deshalb nicht eine politische Kritik an Israels Regierung, wohl aber eine existenzielle und pauschalierende „Israelkritik“, die jüdischen Israelis das politische Selbstbestimmungsrecht, ihre Staatsbürgerschaft und mithin ihr Existenzrecht im Nahen Osten abspricht und sie kategorisch als „(Siedler-)Kolonialisten“ geißelt.

Dass sich die Kritiker:innen der IHRA-Definition und der Forschung zum camouflierten und auch zum israelbezogenen Antisemitismus auf die politische Sphäre und die emotionalisierte Öffentlichkeit konzentrieren, kann überdies daran liegen, dass, wie hier gezeigt, politische Definitionen wie etwa die JDA basale Anforderungen an wissenschaftliche Logik, Konsistenz und Operationalisierbarkeit nicht erfüllen und mit ihren tautologischen Setzungen (denen zufolge etwas nicht antisemitisch ist, wenn es vermeintlich nicht antisemitisch ‚gemeint‘ ist, und bei denen zwischen Explanans und Explanandum nicht geschieden wird, ja diese in eins fallen) sowie ihrem Subjektivismus (subjektiv willkürliche Wertungen und Verweise auf „Identitäten“ und nur schwer sozialwissenschaftlich eruiertbare „Intentionen“ sollen objektive, intersubjektiv geteilte Sinnkriterien ersetzen und darüber Auskunft geben, ob etwas als antisemitisch zu bewerten ist oder nicht) in Spannung stehen zu Grundregeln sozialwissenschaftlichen Arbeitens. In einer wissenschaftlichen Auseinandersetzung treten all diese Probleme hervor und werden leicht widerlegt. Bis heute aber, Jahre nach ihrer Veröffentlichung, scheuen Vertreter:innen der „Jerusalemener Erklärung“ und andere „activist-scholars“, die sich bei diesem Thema engagieren, die Debatte in der wissenschaftlichen Fachöffentlichkeit zu führen. Die öffentlich vorgetragenen Argumente erscheinen so de facto und substantiell fernab der Befunde und Diskussionen der empirischen sozialwissenschaftlichen Antisemitismusforschung.¹⁹⁵⁵

In Teilen insbesondere der fachfremden Öffentlichkeit aber sind diese politisierten, politisch determinierten Neudefinitionen, die vor allem darauf zielen, Befunde und Kriterien des camouflierten und des israelbezogenen

1955 Dabei sind einige der Leitlinien und Beispiele der JDA, „die als solche antisemitisch sind“, durchaus brauchbar – anders als die inkonsistente, ambivalente Definition selbst und ihre Präambeln oder die hoch problematische Liste von Beispielen, die angeblich „nicht per se“ antisemitisch sein sollen. Punkt B.8 etwa klassifiziert als antisemitisch die Praxis, „Menschen, weil sie jüdisch sind, aufzufordern, Israel oder den Zionismus öffentlich zu verurteilen (z. B. bei einer politischen Versammlung).“ Diesem Beispiel der JDA zufolge wäre BDS antisemitisch, den genau dies ist eine zentrale Praxis der Bewegung. Allerdings wird im widersprüchlichen Mix der JDA dieses triftige Kriterium durch andere Formulierungen wieder relativiert.

Antisemitismus zu relativieren (wie z. B. bei der BDS-Bewegung, die sich weder von der antisemitischen Terrororganisation Hamas distanziert noch von führenden Fürsprecher:innen der Bewegung wie Roger Waters, der Davidsterne auf Schweine malt, oder Omar Barghouti, der eine „Euthanasie“ des jüdischen Staates fordert, und die jüdische Israelis wegen ihrer religiös-ethnischen Herkunft aussondert, selektiert und ausschließt, wenn sie sich nicht vom Staat Israel distanzieren), ebenso auf Resonanz gestoßen wie bei einigen politischen Parteien (in Deutschland wurde die JDA jüngst von der Linkspartei adaptiert).

Einen gewissen gesellschaftlichen Erfolg haben die Autor:innen der JDA und andere „activist-scholars“, die sich beim Thema Nahost engagieren, wohl nicht zuletzt deshalb, weil sie trotz ihrer explizit kämpferisch-politischen Anliegen in der Nahostdebatte zugleich für sich „wissenschaftliche Autorität“ beanspruchen, die sie freilich bisher beim Thema Antisemitismusdefinitionen nicht an internationalen wissenschaftlichen Orten und Fachgesprächen nachweisen oder mit Sachargumenten begründen. Auf die Spitze getrieben wird dabei die Inversion von empirischer Forschung und politischer Meinung, wenn ausgerechnet die weitgehend wissenschaftsfernen „activist-scholars“ und andere politisch der JDA nahestehende Autor:innen, welche die Antisemitismusforschung politischen Primaten unterordnen, dem Mainstream der empirischen Antisemitismusforschung unterstellen, diese seien für einen vermeintlich „desolate[n] Zustand“ der „wissenschaftliche[n] Debattenkultur im Bereich der Antisemitismuskritik“ verantwortlich,¹⁹⁵⁶ und dabei auch noch jene empirischen Antisemitismus-

1956 Holz (2025), S.17. Wie extrem die ideologischen Scheuklappen eines solchen Autors, der den Zustand der Debattenkultur in der Antisemitismusforschung beklagt, bei der Befassung mit Antisemitismus sind, zeigt sich auch daran, dass er in einer Auftragsarbeit der Bertelsmann-Stiftung zur „Analyse und Prävention“ zum Antisemitismus in Deutschland nahezu die komplette einschlägige sozialwissenschaftliche Antisemitismusforschung in Deutschland ignoriert (von der internationalen ganz zu schweigen), die seiner politischen Dogmatik nicht in Gänze entspricht – man denke etwa an das Who is Who derjenigen, welche die sozialwissenschaftliche Forschung zu Antisemitismus in Deutschland bestimmen, mit ihren oft auch international breit rezipierten Arbeiten, die Holz entweder nicht kennt oder bewusst ausspart, wie die Studien von Monika Schwarz-Friesel, Heiko Beyer, Julia Bernstein, Karin Stögner, Thomas Hinz, Günther Jikeli, Samuel Salzborn, Pavel Brunssen, Bjarne Goldkuhle, Steffen Klävers, Ingo Elbe, Sebastian Winter, Stephan Grigat, Meron Mendel, Sabine von Mering, Monika Hübscher, Matthias Becker, Eva Berendsen, Deborah Schnabel, Ismael Küppeli u. v. a., darunter auch meine eigenen Forschungen. Bei Holz fehlt praktisch jegliche Referenz zur quantitativ und qualitativ empirisch forschenden Wissenschaft, nur Autor:innen und

forscher:innen ad hominem in hyperbolischen Wendungen angreifen, die ihre Studien nach Regeln wissenschaftlichen Arbeitens erstellen und in den entsprechenden Fachjournals publizieren.

Schließlich wird dabei nicht nur für die empirische Forschung eine Debatte, ja gar eine Spaltung suggeriert, die in dieser Weise im wissenschaftlichen Kontext der empirischen Politik- und Sozialwissenschaft gar nicht existiert. Bisweilen wird eine solche Spaltung zudem noch auf die jüdische Community projiziert. So wird beispielsweise auch und gerade vor dem Hintergrund des öffentlichen Streits über Israel, Antisemitismusdefinitionen und den Umgang mit verschiedenen Formen des (insbesondere israelbezogenen) Antisemitismus von der Empirie kaum gedeckt behauptet: „In der deutschen Judenheit ist eine politische Spaltung im Entstehen.“¹⁹⁵⁷ Zutreffender als diese Fremdzuschreibung ist es wohl, dass sich Juden heute mehr denn je isoliert fühlen – auch in Deutschland –, gerade weil der gegenwärtige Antisemitismus, einschließlich der israelbezogenen respektive ‚antizionistisch‘ artikulierten Judenfeindschaft, nicht ernst genommen und die Solidarität gegenüber Juden ‚wegen Israel‘ vielfach aufgekündigt wird.¹⁹⁵⁸

Die diagnostizierte „Spaltung“ verläuft in Wirklichkeit kaum innerhalb der deutschen Juden, sondern gerade seit dem 7. Oktober zwischen Juden und der nicht-jüdischen Mehrheitsgesellschaft, wie auch Esther Shapira beobachtet.¹⁹⁵⁹ Trotz der erheblichen Wirkung antiisraelischer und antisemitischer Propaganda insbesondere bei der GenZ und den Konsument:innen von TikTok (darunter zahlreiche antiisraelisch eingestellte junge Juden), was die Forscher:innen Behrendsen und Schnabel als „Tiktok-Intifada“ charakterisieren,¹⁹⁶⁰ identifizieren sich Juden in Deutschland, Israel und weltweit in ihrer überwältigenden Mehrheit mit Israel und der Existenz

Adept:innen der identitätspolitischen JDA und meinungsstarke Publizist:innen werden mannigfach zitiert – und dies, wie gesagt, in einer Studie zur Analyse des Antisemitismus in Deutschland. Die Rezeption und Aufarbeitung des Standes der wissenschaftlichen Debatte und empirischen Forschung, wiederum eine Grundvoraussetzung wissenschaftlichen Arbeitens, sind hier offenkundig nicht von Interesse; von der eigenen Linie abweichende, konkurrierende Ansätze und Befunde werden gar nicht erst Gegenstand der Auseinandersetzung, nicht einmal einer kritischen. Übrig bleiben dann primär selbstreferenzielle Bestätigungen des eigenen Weltbildes und politischen Lagers, die Erkenntnisfortschritt a priori ausschließen. Mit einem wissenschaftlichen Ethos ist dies freilich unvereinbar.

1957 Holz (2025).

1958 Vgl. grundlegend dazu Bernstein (2022); Zick u. a. (2017).

1959 Shapira (2025)

1960 Behrendsen/Schnabel (2024).

des Staates und sind Israel, wenn auch teils in kritischer Solidarität, stark verbunden – und sie sehen sich heute insbesondere von israelbezogenem Antisemitismus bedroht. Die Statistiken der Straf- und Gewalttaten in den letzten Jahren, noch einmal enorm gestiegen seit dem 7. Oktober 2023, bestätigen objektiv bzw. validieren das subjektive Bedrohungsgefühl.

Obschon es sich also im Bereich der Antisemitismusforschung und der empirischen Sozialforschung um eine extreme Minderheitenposition handelt: Maßstabsdiffusionen, doppelte Standards gegenüber Rassismus und Antisemitismus und die mangelnde Bereitschaft oder Fähigkeit, modernisierten, kulturellen oder codierten Antisemitismus als solchen zu erkennen und zu benennen (ähnlich etwa wie beim weiter entwickelten und breit akzeptierten Begriff und Verständnis des kulturellen Rassismus),¹⁹⁶¹ bleiben eines der wichtigsten Probleme und Herausforderungen für die Bekämpfung von Antisemitismus in der Gesellschaft heute. Stattdessen bemüht sich eine ideologisierte Gruppe von politischen Publizisten, teils mit wissenschaftlichem Hintergrund, und „activist scholars“ darum, primär Antisemitismusvorwürfe zu skandalisieren und statt der Sensibilisierung gegenüber camouflierten Formen der Judenfeindschaft apodiktisch zu deklarieren, was angeblich alles „nicht per se“ antisemitisch sei. Grundlage des Ganzen ist nicht nur eine postfaktische Rezeption der IHRA-Definition, die angeblich Kritik an Israel unter Antisemitismusverdacht stelle, sondern auch die erstaunlich weit verbreitete, frei flottierende und teils sogar von Medien international ventilierte Fantasie, Kritik an Israel sei in Deutschland verboten und führe zu schweren gesellschaftlichen und rechtlichen Sanktionen – vermeintlich unter Mithilfe der IHRA.¹⁹⁶² Solche Desinformation kann

1961 Zick u. a. (2017).

1962 Die Realität sieht anders aus, wenn man empirische Daten und Befunde in den Blick nimmt. Heiko Beyer und Bjarne Goldkuhle (2024) haben empirisch nachgewiesen, dass geöffnete „Möglichkeitsräume für Antisemitismus“ sich auf verstärkte Bedrohungsgefühle unter Juden auswirken. Gleiches gilt für die Machtverhältnisse auf der Straße. Jüdische und israelische Menschen können sich seit dem 7. Oktober 2023 kaum mehr ungeschützt im öffentlichen Raum äußern oder zu erkennen geben, ihre Meinungsfreiheit und Existenz ist auch in Deutschland de facto verbal und physisch bedroht – im Unterschied zu lautstarken Protesten, die sich mit dem „Widerstand“ von Hamas, Houthis, Hisbollah und der brutalen iranischen Diktatur identifizieren. Die „Querfront der Judenfeinde“ (Esther Shapira) mobilisiert ungebremst mit Hassparolen und Aufrufen zu Gewalt und Vernichtung auf Großdemonstrationen, kleine Gegenkundgebungen werden regelmäßig aufgelöst. Esther Shapira beobachtet hierzu: „Der Schulterchluss mit Islamisten, Terrororganisationen und offenen Antisemiten wurde auch von jenen achselzuckend hingenommen, die noch vor Kurzem, völlig zu Recht, empört die Teilnahme

besondere Wirkung erzielen, weil solche Auffassungen einerseits populären Bedürfnissen in Teilen der Gesellschaft entsprechen und andererseits (obgleich sie nicht in empirischer Forschung begründet sind) aufgrund ihrer reklamierten wissenschaftlichen Autorität eine disproportionale öffentliche und politische Resonanz erfahren können. Schaden nimmt an dieser postfaktischen Politisierung indes nicht nur die Antisemitismusforschung, sondern auch das Vertrauen in die Institution Wissenschaft im Allgemeinen. Dass umstrittene neue „Antisemitismusdefinitionen“ wie die JDA dennoch teils breit öffentlich rezipiert werden, erscheint so nur erklärbar durch emotional erhitzte Debatten zum Nahostkonflikt, die wissenschaftliche Forschung in der öffentlichen Wahrnehmung überlagern. Es geht dabei um die politische Haltung zu Israel als moralische Gretchenfrage politisch engagierter Wissenschaftler:innen und Publizist:innen, nicht um wissenschaftliche Argumente und Befunde. Derzeit wird die öffentliche Debatte – im Unterschied zur wissenschaftlichen, an Empirie orientierten Diskussion – dabei nicht zuletzt auch in den sozialen Medien befeuert, in denen nicht die nuancierte Analyse erfolgreich ist, sondern wissenschaftliche Grundregeln und Logiken beliebig gebrochen werden können und auch explizite Desinformation keine negativen Sanktionen nach sich zieht.

Doch erscheint es heute umso dringlicher, über Antisemitismus (und Rassismus) als gesellschaftliches Phänomen kritisch zu reden und zu reflektieren und hierzu auch selbstreflexiv öffentliche Räume zu öffnen. Zugleich erscheint es wenig hilfreich, wissenschaftlich und öffentlich in den Wettstreit hypermoralischer Schuldvorwürfe einzusteigen und Personen in toto moralisch (als „Antisemiten“ oder „Rassisten“¹⁹⁶³) anzuklagen und ihnen

von aufgebrachten Bürgern an Querdenker-Demos und Versammlungen nach islamistischen Terroranschlägen anprangerten, weil auch rechte Parteien und Organisationen dabei waren. Jede Aktion, jeder Protest gegen Israel, egal von wem und egal wie, nimmt für sich erfolgreich in Anspruch, moralisch zu handeln, und darf auf Zustimmung zählen. Die kleine Kundgebung zur Solidarität mit Israel aber wurde aufgelöst, weil die Berliner Polizei die Teilnehmer nicht ausreichend schützen konnte. Berlin steht dabei stellvertretend für eine weltweite Entwicklung“ (Shapira 2025).

- 1963 Die personalisierende Reduktion auf die moralische Anklage „Antisemit“ ist bei der Kritik an Antisemitismus aus mehreren Gründen möglichst (nicht nur) im wissenschaftlichen Kontext zu vermeiden (Rensmann 2006). Erstens erschwert eine solche Anklage die Möglichkeit, Antisemitismus im öffentlichen Raum zu reflektieren, ohne Menschen moralisch in toto herabzuwürdigen oder zu diskreditieren. Darum kann und darf es, gerade in der Wissenschaft, nicht gehen. In einer historisch-kulturell antisemitisch (und rassistisch) geprägten Gesellschaft ist niemand a priori frei von Antisemitismus—und dies gilt selbst für jüdischen Men-

individuell moralisch verwerfliche Intentionen zu unterstellen, anstatt über

schen, denn die kulturelle Matrix eingeschriebener Ressentiments macht nicht vor Jüdinnen und Juden halt (siehe Fußnote 16). Die Thematisierung von Antisemitismus sollte der kritischen Selbstreflexion und gesellschaftlichen Aufklärung und Selbstverständigung dienen. Zweitens wird die personalisierende Antisemitismusvorwurfs-Konstruktion, wie dargelegt, zugleich diskursstrategisch eingesetzt (abgesehen davon, dass dabei projektive Abwehrreflexe, welche die Selbstreflexion verhindern, am Werk sein können). Wenn Antisemitismus zum öffentlichen Gegenstand und reflektiert wird, wird von denjenigen, die sich betroffen oder angeklagt sehen, dabei vielfach schlicht nach außen geschlagen und der *Messenger*, der Antisemitismus benennt, damit attackiert, es ginge ihr oder ihm a) um eine böswillige, verleumderische Anklage *ad hominem*, welche die Person, die sich antisemitisch geäußert hat oder haben soll, als Person in toto zum „Antisemiten“ erklärt; b) um grundsätzlich illegitime Antisemitismusvorwürfe, die diejenigen diskreditieren, welche Antisemitismus thematisieren; und c) gerade bei Erscheinungsformen des israelbezogenen Antisemitismus eigentlich lediglich um die Verurteilung von „Kritik an Israel“. Die moralische Anklage „Rassist“ dient ebenso dazu, Forscher:innen und Intellektuelle zu diskreditieren, die sich mit israelbezogenem Antisemitismus befassen. Häufig geht diese Fremdzuschreibung heute mit der Fremdzuschreibung „Zionist“ einher, wofür teils schon ein (vermeintlich) jüdischer Nachname reicht. Unterstellt wird damit, dass die Forschung lediglich der Verteidigung Israels diene bzw. der gezielten Immunisierung gegenüber Kritik an Israel. Ebenfalls gängig ist heute im Kontext postkolonial-antizionistischer „activist scholars“ die aufgezeigte moralische Brandmarkung als „genocide denialist“ für Forscher:innen, die den antizionistischen Angriff auf die Existenz Israels und auf das Recht auf Staatsbürger:innenschaft jüdischer Israelis als antisemitisch bewerten; sowie mittlerweile zunehmend selbst teils im internationalen Raum die groteske Fremdzuschreibung sämtlicher kritischer empirischer Antisemitismusforschung, die nicht ausschließlich nazistischen oder rechtsextremen Antisemitismus thematisiert, als „antideutsch“. Diese strategische Diffamierung durch aktivistische Forscher:innen (die den Umstand nutzen, dass es in Deutschland um die Jahrtausendwende eine kleine proisraelische linksradikale Teilbewegung mit entsprechenden Milieus gegeben hat, die sich selbst polemisch als „antideutsch“ titulierte) soll vom eigenen politischen Aktivismus ablenken und evidenzbasierte Antisemitismusforschung mit einer extremistischen politischen Haltung sowie einem aktivistischen Milieu assoziieren—und damit diskreditieren (vgl. dazu Lederer/Karschnia 2025). Wenn sich selbst jemand dergestalt identifizieren mag, sei ihm das unbenommen. Die Nutzung als herabwürdigende willkürliche *Fremdzuschreibung* gegenüber linken und liberalen Wissenschaftler:innen und Intellektuellen steht indes in einer unseligen, langen deutschnationalen und rechtsradikalen Tradition, welche nun seit Jahren von antizionistischen Aktivist:innen in der Wissenschaft zur unseriösen Verunglimpfung konkurrierender Forscher:innen adaptiert wird. Schon seit dem 19. Jahrhundert wurden kritische Intellektuelle, Linke, Wissenschaftler:innen, Jüdinnen und Juden, ja anfänglich selbst die englische Leibungsübung des „Football“ mit den Etiketten „undeutsch“ und „deutschfeindlich“ diffamiert, mit Verschwörungen gegen Deutschland in Verbindung gebracht oder des „Vaterlandsverrats“ bezichtigt. Exemplarisch für „activist scholars“, die jenes Etikett „antideutsch“ willkürlich zur persönlichen Diffamierung abweichender

Ressentiments und den „unconscious bias“ in selbst- und gesellschaftskritischer Absicht aufzuklären.

Indes erscheint es fraglich, ob es bei den gegenwärtigen und künftigen öffentlich-politischen „Kontroversen“ um Definitionen – in wissenschaftlichen Foren der empirischen internationalen Antisemitismusforschung werden diese emotionalisierten Debatten weiterhin kaum geführt – wieder um das heuristische, selbstreflexive Ringen und um das adäquate wissenschaftliche Beleuchten antisemitischer Phänomene und ihrer Erscheinungsformen gehen und dergestalt wieder wissenschaftlich erworbenes Wissen in die Öffentlichkeit transferiert werden kann. Jene öffentliche Debatte heute wird leider teils von postfaktischen politisch-ideologischen Proklamationen und manichäischen Weltbildern überfrachtet und mithin beherrscht, die sich dem wissenschaftlich begründeten, genauen und abwägenden sowie empirisch belegten Urteil, der ernsthaften sozialwissenschaftlichen Abklärung, kategorisch entziehen. Gegen diese Grenzen der Abklärung hilft weiterhin indes nur wissenschaftliche Aufklärung – nicht zuletzt in Form einer politik- und sozialwissenschaftlichen Antisemitismusforschung, die auch und gerade im postfaktischen Zeitalter, das von totalisierenden und polarisierenden Narrativen sowie politisierter Desinformation dominiert wird, ohne ideologische Scheuklappen darum bemüht ist, die Judenfeindschaft der Gegenwart in ihrem Wesen zu reflektieren. Dazu gehört, Antisemitismus in seinem realen Ausmaß empirisch zu erfassen (und erfassen zu wollen) und schließlich den unterschiedlichen gesellschaftlichen, politischen und psychologischen Ursachen, Faktoren und Funktionen des Antisemitismus heute nachzugehen. Das bedeutet auch: Es besteht die Notwendigkeit, mehr ernsthafte empirische Forschung zu betreiben. An weiteren politische Deklarationen und öffentlichen Proklamationen aktivistischer Forscher:innen besteht hingegen weniger Bedarf.

wissenschaftlicher Positionen als Fremdzuschreibung nutzen, steht der Historiker Jürgen Zimmerer (2025). Zimmerer imaginiert sogar, frei von Argumenten oder Evidenzen, Veranstaltungen und Autor:innen der linksliberalen *tageszeitung* als Teil einer „*Antideutsch discursive sphere*“. All diese Praktiken sind dazu geeignet, ernsthafte wissenschaftliche Auseinandersetzung zu blockieren und die Debatte zu vergiften.

Literatur

- Berendsen, Eva/Schnabel, Deborah (2024): Die TikTok-Intifada. Der 7. Oktober und die Folgen im Netz. Analyse und Empfehlungen der Bildungsstätte Anne Frank. Frankfurt am Main: Bildungsstätte Anne Frank.
- Bergmann, Werner/Heitmeyer, Wilhelm (2005): Communicating Antisemitism: Are the "Boundaries of the Speakable" Shifting? In: Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte, 33, S. 70–89.
- Bernstein, Julia (2022): Zerspiegelte Welten. Antisemitismus und Sprache aus jüdischen Perspektiven. Weinheim/Basel: Beltz Juventa.
- Beyer, Heiko/Goldkuhle, Bjarne (2024): Möglichkeitsräume für Antisemitismus? Zur Öffnung politisch-kultureller Gelegenheitsstrukturen während der Eskalationsphasen des „Nahostkonflikts“. In: Politische Vierteljahresschrift, 65, S. 691–710.
- Bolton, Matthew (2025): The meaning of 'genocide'. In: K.: Jews, Europe, the XXI Century, 05.06.2025, <https://k-larevue.com/en/the-meaning-of-genocide/>.
- Verena Buser (2025): Anatomie eines Genozidvorwurfs: Der 7. Oktober 2023 und der Völkermordvorwurf aus der Holocaust- und Genozidforschung. In: Olaf Glöckner & Günther Jikeli (Hg.): Antisemitismus in Deutschland nach dem 7. Oktober 2023. Baden-Baden: Georg Olms Verlag, S. 257–92.
- Elbe, Ingo/Ellmers, Sven (2025): Wie die Jerusalem Erklärung Antisemitismus verharmlost. In: Jüdische Allgemeine, 05.06.2025, <https://www.juedische-allgemeine.de/kultur/wie-die-jerusalem-erklaerung-antisemitismus-verharmlost/>.
- Fleckenstein, Hanno (2025): „Free Palestine“ mit dem Segen von oben. In: tageszeitung, 07.01.2025, <https://taz.de/Hoersaalbesetzung-in-Hellersdorf/!6057104/>.
- Gessen, Masha (2025): The Attacks on Zohran Mamdani Show That We Need a New Understanding of Antisemitism. In: The New York Times, 24.06.2025, <https://www.nytimes.com/2025/06/24/opinion/antisemitism-new-york-city-mayor.html>.
- Holz, Klaus (2025): Analyse und Prävention des Antisemitismus in Deutschland. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung, https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSt/Publikationen/GrauePublikationen/S_Analyse_und_Praevention_des_Antisemitismus_in_Deutschland.pdf.
- Holz, Klaus/Haury, Thomas (2021): Antisemitismus gegen Israel. Hamburg: Hamburger Edition.
- Hubbard, Ben (2023): For Hamas, Shattering Israel's Sense of Security Is a Major Goal. In: New York Times, 23.10.2023, <https://www.nytimes.com/2023/10/11/world/middle-east/hamas-israel-goals.html>.
- IHRA (2016): International Holocaust Remembrance Alliance Working Definition of Antisemitism, <https://www.holocaustremembrance.com/working-definition-antisemitism>.
- JDA (2025): Jerusalem Erklärung zum Antisemitismus, <https://jerusalemdeclaration.org/>.
- Klein, Shira (2025): The Growing Rift between Holocaust Scholars over Israel/Palestine. In: Journal of Genocide Research, 08.01.2025, DOI: 10.1080/14623528.2024.2448061.

- Lederer, Klaus/Karschnia, Alexander (2025): »Kampf gegen Gespenster«, *taz*, 10. Oktober 2025, <https://taz.de/Debatte-um-Antideutsche!/6115105/>.
- Misselwitz, Charlotte (2024): Der Antisemitismus der Antisemitismus-Bekämpfer. In: Jacobin, 15.10.2024, <https://jacobin.de/artikel/antisemitismus-antideutsche-moshe-zuckermann-judith-butler>.
- Otterman, Sharon (2024): Pro-Palestinian Group at Columbia Now Backs 'Armed Resistance' by Hamas. In: New York Times, 09.10.2024, <https://www.nytimes.com/2024/10/09/nyregion/columbia-pro-palestinian-group-hamas.html>.
- Rensmann, Lars (2023): Keine Judenfeindschaft, nirgends? Die „Jerusalemser Erklärung“ und die Antisemitismusforschung. In: Stephan Grigat, Jakob Hoffmann, Marc Seul, Andreas Stahl (Hg.): *Erinnern als höchste Form des Vergessens. (Um-)Deutungen des Holocaust und der „Historikerstreit 2.0.“*. Berlin: Verbrecher Verlag, S. 409–438.
- Rensmann, Lars (2025): Politischer Antisemitismus im postfaktischen Zeitalter. Formen und Ursachen in Demokratien des 21. Jahrhunderts. Baden-Baden: Nomos.
- Rensmann, Lars (2026): Politik und Wahn. Zur Kritischen Theorie über den Antisemitismus heute. Einleitung zur Neuauflage. In: Lars Rensmann: *Kritische Theorie über den Antisemitismus*. Berlin: Edition Tiamat (im Erscheinen).
- Sanders, Gabriel (2007): Scholar Pulls Book Revisiting Blood Libel. In: The Forward, 16.02.2007, <https://forward.com/news/10085/blood-libel-scholar-pulls-book-pledges-funds-to-a/>.
- Segal, Raz (2025): Genocide Denial in Holocaust Studies. In: Jacobin, 27.01.2025, <https://jacobin.com/2025/01/gaza-genocide-holocaust-studies-germany>.
- Shapira, Esther (2025): Frieden nach dem Krieg? In: Jüdische Allgemeine, 24.06.2025, <https://www.juedische-allgemeine.de/meinung/frieden-nach-dem-krieg/>.
- SOAS Centre for Gender Studies (2021): Staff and students of the Centre for Gender Studies, SOAS, stand in solidarity with the Palestinian People. *SOAS Centre for Gender Studies* (19. 05.), verfügbar unter: https://docs.google.com/document/u/1/d/e/2PACX-IvTcyuCLTK3cSIyHIKcZHUxoPCPtutSHq2cEvYlhOzulRvxHDKO6QULuBeeoknjv7CquJw_lIph8cdUO/pub?fbclid=IwAR0JMMOoOy0ykyh9ToB370uGKUiz603SlQkV3Fe4fVlnkZldPKmaoaH5EXA. Zuletzt geprüft am 30.01.2026.
- Sona, Zoe (2018): München-Konzert trotz Judenhass: Roger Waters' antisemitische Mission. In: *tageszeitung*, 13.06.2018, <https://taz.de/Muenchen-Konzert-trotz-Judenhass!/5513087/>.
- The Editorial Board (2025): Antisemitism Is an Urgent Problem. Too Many People Are Making Excuses. In: The New York Times, 14.06.2025, <https://www.nytimes.com/2025/06/14/opinion/antisemitism-jewish-hate.html>.
- Zick, Andreas (1997): *Vorurteile und Rassismus: Eine sozialpsychologische Analyse*. Münster/New York: Waxmann.
- Zick, Andreas/Hövermann, Andreas/Jensen, Silke/Bernstein Julia (2017). *Jüdische Perspektiven auf Antisemitismus in Deutschland. Ein Studienbericht für den Expertenrat Antisemitismus*. Bielefeld: Universität Bielefeld, Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung.

Zimmerer, Jürgen (2026): Preface. October 7, 2023 and German Culture of Remembrance. The Many Facets of German *Staatsräson*. In: Jürgen Zimmerer (Hg.): Germany's History Wars. Contesting Memory and History Today. Berlin: de Gruyter, S. V-XLVI.

8.2 Möglichkeiten und Grenzen einer pädagogischen Unterstützung der Arbeit gegen Antisemitismus im Kulturbetrieb

Albert Scherr und Stefan Müller

Einleitung

Mit dem vorliegenden Gutachten sollen Möglichkeiten und Grenzen der pädagogischen Unterstützung von Maßnahmen gegen Antisemitismus im Kulturbetrieb aufgezeigt werden. Dabei gehen wir davon aus, dass Pädagogik (Erziehung und Bildung) und ästhetische Kommunikation (Produktion und Rezeption von Kunst) als eigenständige Wertsphären nach Max Weber¹⁹⁶⁴ bzw. gesellschaftliche Teilbereiche und Kommunikationsmedien nach Niklas Luhmann¹⁹⁶⁵ zu begreifen sind, die durch je eigene, nicht aufeinander reduzierbare Zielsetzungen und Geltungsansprüche gekennzeichnet sind.

Ästhetische Kommunikation ist nicht darauf ausgerichtet, pädagogische Wirkungen zu erzielen, und es gibt gute Gründe dafür, die Produktion und Rezeption von Kunst nicht danach zu beurteilen, ob sie dazu geeignet ist, zur Erreichung pädagogischer Ziele beizutragen. Gleichwohl aber sind Kunst und Pädagogik gesellschaftlich situierte Teilbereiche, sie haben Auswirkungen, die über die jeweilige Wertsphäre hinausreichen, und sind deshalb auch gesellschaftspolitisch bedeutsam. Obwohl eine Politisierung von Kunst, die versucht, diese (etwa durch Förderungspolitik oder inhaltliche Direktiven) direkt an politischen Vorgaben und staatlichen Erwartungen auszurichten, den Grundsätzen einer demokratischen und liberalen Gesellschaft widerspricht, ist es unverzichtbar, gesellschaftliche Auswirkungen von Kunst auch politisch zu beobachten und zu bewerten sowie darauf in einer Weise zu reagieren, die eine Kunst, die menschenrechtliche und demokratische Prinzipien infrage stellt oder sich diesen aktiv entgegensetzt, nicht einfach nur geschehen lässt.

1964 Weber (2010).

1965 Luhmann (2004).

Pädagogik ist dafür kein unmittelbar und instrumentell einsetzbares Mittel von Politik, mit dem bestimmte Wirkungen erzielt werden können. Ohne hier auf das komplexe Verhältnis von Politik und Pädagogik vertiefend eingehen zu können,¹⁹⁶⁶ ist festzustellen, dass auch eine Politisierung von Pädagogik, die auf eine direktive Ausrichtung pädagogischer Konzepte und Maßnahmen an politischen Vorgaben zielt, mit dem Selbstverständnis liberaler Demokratien nicht vereinbar ist. Gleichwohl aber kann eine an menschenrechtlichen Prinzipien orientierte Pädagogik einen Beitrag dazu leisten, dass eine für Antisemitismus in der Kunst sensibilisierte, sachkompetente und reflektierte Rezeption künstlerischer Werke und Inszenierungen gefördert wird. Dazu bedarf es auch schon deshalb keiner externen Politisierung von Pädagogik, weil die Befähigung zu moralischer und politischer Urteilsfähigkeit genuine Zielsetzungen von Pädagogik sind und die Anerkennung des in der *Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte* explizit verankerten menschenrechtlichen Bildungsauftrages¹⁹⁶⁷ als unhintergehbare Minimalkonsens vorausgesetzt werden muss,¹⁹⁶⁸ wenn Abgrenzungen gegen Antisemitismus pädagogisch begründet werden sollen.

In diesem Gutachten soll es vor diesem Hintergrund nicht darum gehen, politische und rechtliche Konsequenzen der Tatsache zu erörtern, dass auch in der ästhetischen Kommunikation höchst problematische Formen der Artikulation von Antisemitismus festzustellen waren und mit hoher Wahrscheinlichkeit auch künftig zu erwarten sind. Vielmehr soll hier allein aufgezeigt werden, dass und wie die Ermöglichung und Förderung pädagogischer Angebote dazu beitragen kann, dass die Rezeption ästhetischer Werke und Inszenierungen in einer Weise erfolgt, die antisemitische Stereotype erkennen, benennen und kritisieren kann. Dazu wird im Folgenden zusammenfassend dargestellt, welche belastbaren Einsichten zu den Grundsätzen, Ausgangsbedingungen, Möglichkeiten und Grenzen der pädagogischen Auseinandersetzung mit Antisemitismus vorhanden sind. Zudem werden Überlegungen dazu skizziert, wie diese in pädagogischen Settings der Kunstrezeption genutzt werden können.

1966 Siehe etwa Benner u. a. (2015); Koerrenz (2022).

1967 „Education shall be directed to the full development of the human personality and to the strengthening of respect for human rights and fundamental freedoms. It shall promote understanding, tolerance and friendship among all nations, racial or religious groups, and shall further the activities of the United Nations for the maintenance of peace“ (*Allgemeine Erklärung der Menschenrechte*, Art. 26).

1968 Hormel/Scherr (2004), S. 131 ff.

I. Das pädagogische Mandat

Im Kontext der gesellschaftlichen Auseinandersetzung mit Antisemitismus wurde und wird an schulische und außerschulische Pädagogik (Jugend- und Erwachsenenbildung) die Erwartung gerichtet, durch Werte- und Wissensvermittlung einen Beitrag dazu zu leisten, die Herausbildung, Verbreitung und Verfestigung antisemitischer Haltungen präventiv zu verhindern. Zudem soll durch pädagogische und sozialarbeiterische Interventionen reaktiv dazu beigetragen werden, dass ein Abbau bestehender antisemitischer Stereotype und Überzeugungen erfolgt. Durch Bildung sollen jeweilige Adressat:innen befähigt werden zu verstehen, was Antisemitismus in seinen unterschiedlichen Ausprägungen historisch und gegenwärtig kennzeichnet und was seine Ursachen und Folgen waren und sind. Zudem soll durch Erziehung und Bildung die Aneignung bzw. Festigung moralischer Prinzipien bewirkt werden, deren Grundlage die Anerkennung des Prinzips der Würde jedes Individuums ist und deren Konsequenz deshalb die Ablehnung und Kritik von Antisemitismus ist.

Pädagogik gegen Antisemitismus folgt damit normativen Zielvorgaben, denn sie wurde und wird nicht nur als Vermittlung von Wissen und als Befähigung zu informierter Reflexion über Antisemitismus konzipiert, sondern umfasst eine darüber hinausgehende Zielsetzung: Die jeweiligen Adressat:innen sollen davon überzeugt werden, dass alle Ausprägungen von Antisemitismus moralisch abzulehnen sind und es politisch erforderlich ist, dagegen vorzugehen. Sie sollen idealiter befähigt und motiviert werden, sich selbst aktiv gegen Antisemitismus zu engagieren. Die menschenrechtspädagogische Trias Bildung über, für und durch die Menschenrechte¹⁹⁶⁹ impliziert ein Verständnis von Pädagogik über und gegen Antisemitismus auf der Grundlage der Menschenrechte. Das heißt: Die Anerkennung der Menschenrechte – insbesondere der Forderung, die Würde jedes Individuums zu achten und deshalb auch jede Diskriminierung abzulehnen – ist eine unverzichtbare Voraussetzung der pädagogischen Auseinandersetzung mit Antisemitismus. Deshalb sind Anhänger politischer und religiöser Ideologien, die diese Grundsätze ablehnen und stattdessen mit kategorialen Unterscheidungen zwischen würdigen und unwürdigen, vollwertigen und minderwertigen Kollektiven operieren, als Adressat:innen für eine spezifische Pädagogik gegen Antisemitismus nicht geeignet. Sofern sie für Pädagogik überhaupt erreichbar sind, besteht hier die Herausforderung primär

1969 Lohrenscheit (2004).

darin zu versuchen, sie generell vom Sinn menschenrechtlicher Prinzipien zu überzeugen. Die Auseinandersetzung mit Antisemitismus ist dann im Kontext einer breit angelegten Bildung über und für die Menschenrechte zu situieren, deren Erfordernisse und Möglichkeiten nicht Gegenstand dieses Gutachtens sind.¹⁹⁷⁰

II. Ansatzpunkte und Potenziale

Zentrale Zielsetzungen einer spezifischen Pädagogik gegen Antisemitismus sind die Förderung a) der Fähigkeit, antisemitische Symbolisierung, Vorurteile, Narrative und Argumentationsmuster zu erkennen und zu kritisieren, sowie b) der Motivation, ihnen argumentativ entgegenzutreten. Pädagogik soll demnach nicht auf eine bloße moralische Verurteilung hinauslaufen, sondern auf eine sachlich begründete und auch selbstreflexive Auseinandersetzung mit antisemitischen Dispositionen abzielen. Dieses Verständnis des pädagogischen Mandats ist in der einschlägigen Fachdiskussion im Kern unstrittig.¹⁹⁷¹ Zudem ist Dialogfähigkeit gefordert, das heißt die Bereitschaft und Kompetenz, sich mit politisch und moralisch problematischen Annahmen und Überzeugungen in einer Weise auseinanderzusetzen, die von den Adressat:innen als Anstoß für und Ermöglichung von Veränderungen erfahren werden kann und deshalb eine Verstrickung in Konfrontationen vermeidet, die zu Positionskämpfen und zur wechselseitigen Verhärtung von Standpunkten führt.¹⁹⁷² Folglich ist die Pädagogik gegen Antisemitismus auf Fachkräfte angewiesen, welche die Logik professionellen pädagogischen Handelns von der Logik politischer Machtkonflikte und moralischer Konfrontationen unterscheiden können.

In Zusammenhang damit ist *erstens* zu berücksichtigen, dass in pädagogischen Zusammenhängen nicht sinnvoll von einem dichotomen Schema ausgegangen werden kann, das die potenziellen Adressat:innen in zwei klar abgrenzbare und vermeintlich homogene Gruppen unterteilt (Antisemiten und Anti-Antisemiten). Vielmehr ist es angemessener, davon auszugehen, dass Annahmen und Zuschreibungen, die zu Begründung und Rechtfertigung von Antisemitismus verwendet werden, auch bei Personen und Gruppen verbreitet sind, die eine generelle Feindseligkeit gegen Juden ablehnen

1970 Siehe dazu Hormel/Scherr (2004); Lenhart (2006).

1971 Siehe etwa Fechner u. a. (2006).

1972 Scherr/Schäuble (2006), S. 103 ff.; Scherr (2008).

und in ihrem Selbstverständnis nicht antisemitisch sind und dies auch nicht sein wollen.¹⁹⁷³ Zweitens kann nicht sinnvoll ignoriert werden, dass Personen und Gruppen, bei denen Antisemitismus Bestandteile einer verfestigten politischen und/oder religiösen Ideologie sind, die identitätsstiftend ist, durch pädagogische Angebote gewöhnlich weder erreichbar noch mit pädagogischen Mitteln beeinflussbar sind.

Auf der Grundlage der bislang skizzierten Überlegungen können die zentralen Ansatzpunkte und Potenziale pädagogischer Angebote im Kontext künstlerischer Veranstaltungen wie folgt beschrieben werden:

- 1) Pädagogische Angebote können, und dies in einer Weise, die inhaltlich auf die jeweiligen Werke, Ausstellungen und Inszenierungen bezogen ist,
 - zielgruppenadäquate Medien und Formate (Workshops, Podcasts, Videos, Unterrichtseinheiten, Seminare usw.) zur Vorbereitung eines Besuchs entwickeln und verfügbar machen, um für Antisemitismus zu sensibilisieren und Kontextwissen zu vermitteln;
 - im Umfeld und am jeweiligen Ort didaktisch aufbereitete Informationen über Antisemitismus sowie seine ästhetischen Artikulationen zur Verfügung stellen;
 - Gesprächs-, Dialog- und Diskussionsformate anbieten und moderieren, die Besucher:innen eine Möglichkeit zur Artikulation und Reflexion ihrer Wahrnehmung von Werken und Inszenierungen bieten;
 - zielgruppenadäquate Medien und Formate (s. o.) entwickeln, die zur Nachbereitung verwendet werden können.
- 2) Pädagogische Angebote können einerseits nur diejenigen erreichen, die bereit sind, sich auf eine Auseinandersetzung mit potenziell antisemitischen Implikationen der jeweiligen Werke und Inszenierungen einzulassen. Andererseits sind sie für solche Adressat:innen von besonderer Relevanz, bei denen eine gewisse Anfälligkeit dafür anzunehmen ist, bei denen also nicht davon ausgegangen werden kann, dass sie zu einer informierten Zurückweisung aller Formen von Antisemitismus befähigt und motiviert sind. Deshalb sollten pädagogische Angebote von der Annahme ausgehen, dass ihre primäre Zielgruppe Personen und Gruppen sind, die zwar in ihrem Selbstverständnis keine Antisemiten sind und dies auch nicht sein wollen, bei denen aber ein Bedarf an Sensibilisierung, Informationsvermittlung, Klärung und Reflexion eigener Sichtweisen angenommen werden kann.

1973 Siehe dazu Scherr/Schäuble (2006); Schäuble (2012).

- 3) Pädagogische Angebote sollten sich zudem im Sinne von Empowerment und Qualifizierung auch an solche Personen und Gruppen richten, bei denen von einer klaren und informierten Ablehnung von Antisemitismus ausgegangen werden kann, um diese zu stärken und auszubauen. Es handelt sich auch um einen dynamischen Gegenstandsbereich, der durch stets neue codierte Erscheinungsweisen die vorhandenen Stereotype re-aktualisiert.
- 4) Dagegen ist Pädagogik nicht dazu geeignet, gegen intentional antisemitische oder ideologisch gefestigte Akteure und Praktiken vorzugehen, diese zu verhindern oder sich an konfrontativen politischen Auseinandersetzungen zu beteiligen.

III. Anforderungen und Schwierigkeiten

Um geeignete pädagogische Angebote zur Vorbereitung, Begleitung und Nachbereitung der Rezeption von Ausstellungen und Inszenierungen entwickeln zu können, ist es erforderlich, die spezifischen Anforderungen und Schwierigkeiten zu berücksichtigen, die für eine Auseinandersetzung mit Antisemitismus bedeutsam sind.

Diesbezüglich ist zunächst festzustellen, dass angemessene pädagogische Angebote erhebliche Anforderungen an die professionelle Kompetenz von Pädagog:innen implizieren: Erforderlich ist eine Sachkompetenz, die sich nicht auf eine grundsätzliche moralische und politische Ablehnung von Antisemitismus beschränkt, sondern ein fundiertes Verständnis historischer und aktueller Ausprägungen von Antisemitismus sowie ihrer Begründungen und Rechtfertigungen umfasst.¹⁹⁷⁴ Daraus resultiert eine für die Implementierung pädagogischer Maßnahmen folgenreiche Schwierigkeit. Die erforderliche Sachkompetenz kann insbesondere für den gegenwärtigen israelbezogenen Antisemitismus keineswegs als erwartbares Ergebnis der akademischen Ausbildung von Lehrer:innen, Sozialarbeiter:innen und politischen Bildner:innen vorausgesetzt werden. Hinzu kommt, dass die Frage, was eine legitime Kritik an israelischer Politik von einer antisemitischen Artikulation als „Israelkritik“ unterscheidet, sowohl im politischen Diskurs

1974 Vgl. zum Beispiel zur Tradition und Aktualität antijüdischer Mythen und Bilder Rohrbacher/Schmidt (1991); Schoeps/Schlör (1999); Jüdisches Museum Wien (1995); Bernstein/Diddens (2022a).

als auch in der wissenschaftlichen Diskussion kontrovers ist.¹⁹⁷⁵ Schon deshalb bedarf es spezialisierter Formen der vorbereitenden Qualifizierung, damit angemessene pädagogische Angebote realisiert werden können.

Zu berücksichtigen ist darüber hinaus, dass aussichtsreiche pädagogische Angebote, sofern sie über eine bloße Informationsvermittlung hinausgehen sollen, auf eine didaktische Konzeptualisierung angewiesen sind, die eine dialogische und grenzziehende Auseinandersetzung mit den Erfahrungen, dem Wissen und den Überzeugungen der jeweiligen Adressat:innen ermöglicht.¹⁹⁷⁶ Pädagogisch kann das aufgegriffen und bearbeitet werden, was im jeweiligen Kontext artikuliert wird und damit Anlass für Reflexion und Argumentationen bietet. Veränderungen von Haltungen und Überzeugungen lassen sich nur dann erreichen, wenn ein dialogischer Prozess der Auseinandersetzung in Gang kommt, der als Eröffnung von Lernchancen erlebt wird. Im Unterschied dazu provozieren Formen einer pädagogischen Kommunikation, die als Belehrung und Moralisierung wahrgenommen werden, Abwehrhaltungen im Sinne einer Selbstbehauptung gegen Einwirkungsversuche, die als Abwertung des eigenen Wissens und als moralische Diskreditierung der eigenen Person erlebt werden.¹⁹⁷⁷ Eine solche dialogische Orientierung erfordert didaktische Rahmungen, die es den Teilnehmenden ermöglichen, eigene Sichtweisen auch dann zu artikulieren, wenn sie mit unbeabsichtigten antisemitischen Annahmen und Zuschreibungen einhergehen. Auch wenn keine Betroffenen anwesend sind, wirkt jede antisemitische Äußerung, indem sie den Möglichkeitsraum verändert, der festlegt, was mit der Erwartung sozialer Akzeptanz gedacht und gesagt werden kann. Schweigen oder Ignorieren tragen dazu bei, dass antisemitische Einstellungen und Handlungen bestehen bleiben. Daher kann es in pädagogischen Räumen nicht um eine kritiklose Akzeptanz antisemitischer Äußerungen gehen, sondern im Gegenteil um eine Kommunikation, die informierte Kritik in einer Weise mitteilt, die zweierlei vermeidet: die Abwertung der Personen, die sie äußern, und die Kommunikationsfalle konfrontativer Auseinandersetzung, die zur Verstärkung gegensätzlicher Haltungen führt.¹⁹⁷⁸ Dies stellt eine der Anforderungen an das Gelingen einer Auseinandersetzung mit antisemitischen Denkmustern dar. Erforderlich ist zusätzlich eine pädagogische Professionalität, die eine erhebliche

1975 Siehe etwa Bernstein (2021); Mendel/Cheema/Arnold (2022); Kinzel u. a. (2022); Bernstein/Diddens (2022b); Schwarz-Friesel (2024).

1976 Müller (2022), S. 496.

1977 Holzkamp (1994).

1978 Bateson (1985); Holzkamp (1994).

Sachkompetenz ebenso wie eine hohe Kompetenz in der Gestaltung von Kommunikationsprozessen umfasst. Nicht nur im Fall der Kommunikation über Antisemitismus – aber hier in besondere Weise – ist dafür auch eine selbstreflexive Auseinandersetzung mit eigenen Dispositionen erforderlich, um zu vermeiden, dass das professionelle Handeln von Reaktionsmustern überformt wird, die aus eigener emotionaler Betroffenheit resultieren.

Im Zusammenhang damit ist eine weitere Anforderung zu berücksichtigen: Zwar soll im Kontext pädagogischer Auseinandersetzungen mit Antisemitismus jede:r die Chance haben, eigene Erfahrungen und Überzeugungen zum Ausdruck zu bringen, jedoch ist zugleich ein Rahmen zu gewährleisten, in dem Betroffene vor direkten und indirekten antisemitischen Adressierungen und daraus resultierenden Verletzungen geschützt sind. Folglich ist eine konzeptionelle Planung und didaktische Gestaltung pädagogischer Angebote erforderlich, die für den jeweiligen Kontext angemessene Festlegungen dazu umfasst, wie und in welcher Weise mit dem unauflösbaren Spannungsverhältnis zwischen kommunikativer Offenheit und der Vermeidung unzumutbarer Belastungen umgegangen werden kann.

Damit ist darauf hingewiesen, dass pädagogische Angebote zur Unterstützung der Arbeit gegen Antisemitismus im Kulturbetrieb überaus voraussetzungsvoll sind. Das heißt, sie erfordern eine professionelle Planung und Gestaltung, welche die besonderen Schwierigkeiten einer Auseinandersetzung mit der Thematik berücksichtigen. Dies impliziert ersichtlich hohe Anforderungen an die professionelle Qualifizierung.

IV. Herausforderungen bei der Umsetzung

In Kulturinstitutionen (wie Theatern, Museen, Bibliotheken) und bei kulturellen Ereignissen (wie Inszenierungen, Festivals, Ausstellungen) werden gesellschaftliche Kontroversen artikuliert und Konflikte sichtbar. Dies kann mit problematischen Positionierungen einhergehen, weil die grundrechtlich garantierte Kunstfreiheit Vereindeutigungen und Zuspitzungen zulässt und hier die für die politische Bildung bedeutsamen Prinzipien des Beutelsbacher Konsenses (u. a. Überwältigungsverbot, Kontroversität)¹⁹⁷⁹ ebenso wenig Geltung beanspruchen können wie Erfordernisse einer diskursiv-rationalen Begründung. Dies ermöglicht kreative Grenzüberschreitungen und Infragestellungen des Common Sense. Gerade deshalb sind hier aber

1979 Vgl. Müller/Scaramuzza (2024), S. 35–66.

Anlässe und Potenziale für Aufklärung und kritische Reflexion gegeben: Ob das, was mittels Kunst artikuliert wird, moralisch rechtfertigbar und politisch akzeptabel ist, kann und soll diskutiert werden. Dies gilt nicht nur, aber auch für die Auseinandersetzung mit Antisemitismus.

Antisemitismuskritische Bildungsarbeit kann dabei über unterschiedliche Formate umgesetzt werden, wobei eine fundierte historische und gegenwartsbezogene Analyse für alle Formate eine unabdingbare Voraussetzung ist. Insbesondere vier damit einhergehende Herausforderungen bei der Umsetzung können benannt werden:

Unzureichendes und fehlendes Wissen

Wissen zu jüdischer Geschichte, Kultur und gegenwärtigem jüdischen Leben ist für das Erkennen antisemitischer Artikulationen und Ressentiments bedeutsam, kann aber nicht einfach vorausgesetzt werden. Fehlende Sensibilität kann deshalb eine schlichte Folge von Unkenntnis sein. Denn weder in Schulen noch in Hochschulen findet eine ausreichende Wissensvermittlung für das Benennen und Problematisieren antisemitischer Stereotype und Narrative statt. Außerschulischer Jugend- und Erwachsenenbildung kommt deshalb die Aufgabe zu, Workshops, Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen sowie Qualifizierungen im Bereich des Wissens über Antisemitismus und die Erfordernisse des Schutzes jüdischer Institutionen und Bürger:innen anzubieten. Bildungsangebote sind daher auf die Vermittlung von Wissen auszurichten, das die Geschichte des Antisemitismus, seiner Mechanismen und seiner Funktionen für die nicht-jüdische Mehrheitsgesellschaft ebenso umfasst wie Wissen über Erscheinungsweisen und Rechtfertigungen in unterschiedlichen Milieus.

Vermeidung und Abwehr

Eine Auseinandersetzung mit Antisemitismus wird häufig aus Angst vor unauflösbaren und gegebenenfalls eskalierenden Konflikten oder vor Überforderung vermieden. Es gilt anzuerkennen, dass diesbezügliche Befürchtungen nicht unbegründet sind. Das ist nicht zuletzt deshalb der Fall, weil eine Beschäftigung mit antisemitischen Narrativen und Denkmustern auch eine Auseinandersetzung mit Normalitätsvorstellungen der nicht-jüdischen Mehrheitsgesellschaft bzw. der jeweiligen politischen und religiösen Milieus erfordert. Thematisch werden in Bildungssettings damit auch eigene Selbstverständlichkeiten und die eigene Verstrickung in Perspektiven der nicht-jüdischen Mehrheitsgesellschaft in ihrem historischen, gesellschaftlichen

und biografischen Kontext relevant.¹⁹⁸⁰ Es handelt sich bei antisemitischen Äußerungen oder Narrativen nicht nur um äußerliche Wissensformen, sondern sie sind auch an die eigene Identität, das eigene Selbstbild gekoppelt. Deshalb ist eine selbstreflexive Klärung eigener Überzeugungen, Affekte und Emotionen eine Voraussetzung für die Fähigkeit, sich in Bildungsangeboten auch auf einen substanziellen, pädagogisch tragfähigen Dialog mit den jeweiligen Adressat:innen einzulassen. Dabei ist es erforderlich, nicht nur Wissen zu vermitteln und über Vorurteile aufzuklären, sondern die Bedeutung von Antisemitismus für Selbstbilder, Verortungen und Zugehörigkeiten und damit verbundene emotionale Besetzungen zu berücksichtigen. Eine pädagogische Auseinandersetzung mit den Funktionen des Antisemitismus ist vor diesem Hintergrund auf ein theoretisch fundiertes Verständnis und die Entwicklung eines pädagogisch angemessenen Umgangs mit Abwehrhaltungen angewiesen. Hierzu liegen einschlägige Überlegungen für die Bildungsarbeit vor.¹⁹⁸¹ Sie fordern dazu auf, Antisemitismus in einer Weise als Lerngegenstand zu fassen, die nicht auf eine direkte und moralisierende Einwirkung auf persönliche Überzeugungen ausgerichtet ist, und dies mit einer dialogischen und grenzziehenden Perspektive zu verbinden. Die praktische Umsetzung dieser bildungstheoretischen Überlegungen erfordert eine didaktisch reflektierte Gestaltung von Angeboten und eine spezifische Qualifizierung der Akteure.

Relativierende Vergleiche und Rechtfertigungen

In pädagogischen Auseinandersetzungen mit antisemitischen Wissensbeständen ist vielfach zu beobachten, dass die Adressat:innen Vergleiche mit anderen Formen von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit (insbesondere mit kolonialer Gewalt und Rassismus gegen schwarze Menschen) vornehmen und Ähnlichkeiten feststellen. Dies kann zu problematischen Relativierungen führen, wenn der gegenwärtige Antisemitismus dabei als das weniger gravierende Phänomen gedeutet wird. Obwohl die neuere Forschung auf die Bedeutung der dem Holocaust vorausgehenden Genozide, den kolonialen Rassismus und die Opfer des kolonialen Sklavenhandels sowie auf Zusammenhänge zwischen Rassismus und Antisemitismus hinweist,¹⁹⁸² steht die Bildungsarbeit vor der Herausforderung, die Besonder-

1980 Bernstein (2022).

1981 Holzkamp (1994); Scherr/Schäuble (2006); Scherr (2008, 2013); Müller (2021).

1982 Siehe etwa Brumlik (2025).

heit des Antisemitismus als „Welterklärungsmuster“¹⁹⁸³ aufzuzeigen und in Zusammenhang damit verständlich zu machen, dass Vergleiche keine Relativierungen rechtfertigen können. Eine pädagogische Auseinandersetzung kann auch nicht darauf verzichten, die spezifischen Merkmale des historischen und gegenwärtigen Antisemitismus, also auch die Unterschiede zu Diskriminierung und Rassismus, aufzuzeigen.

In Zusammenhang damit muss hier auch die gegenwärtig virulente Problematik einer solchen Relativierung angesprochen werden, deren Kern die Annahme ist, dass bestimmten Formen des gegenwärtigen Antisemitismus eine zwar problematische, aber verständliche und gegebenenfalls auch moralisch legitime Reaktion auf die israelische Besatzungspolitik und die Kriegsführung des israelischen Staates seien. Eine Auseinandersetzung im Kontext pädagogischer Angebote erfordert die Entwicklung von Konzepten und Materialien, die es ermöglichen, den Unterschied zwischen einer legitimen Kritik israelischer Politik und einer Artikulation von Antisemitismus als Israelkritik verständlich zu machen. Dabei kann nicht ignoriert werden, dass die genaue Bestimmung dieser Unterscheidung sowohl wissenschaftlich als auch politisch umstritten ist.

Eine besondere Schwierigkeit für pädagogische Angebote resultiert insbesondere bei dieser Thematik aus Formen eines intellektuell rationalisierten „gebildeten Antisemitismus“.¹⁹⁸⁴ Denn dieser basiert auf intellektuellen Rechtfertigungen, deren Analyse und Kritik sehr voraussetzungsfull sind. Dies erfordert eine Klärung, für wen pädagogische Angebote geeignet sind und was durch sie nicht erreicht werden kann. Um dies beispielhaft zu verdeutlichen: Versuche, mit pädagogischen Angeboten auf politisierende Szenen von Studierenden einzuwirken, die einen israelbezogenen Antisemitismus mit Elementen postkolonialer Theorie rechtfertigen, haben sowohl theoretisch als auch praktisch sehr geringe Erfolgsaussichten.

Reproduktion antisemitischen Wissens

Jede pädagogische Thematisierung von Stereotypen, Differenzkonstruktionen und Rechtfertigungen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit steht in der Gefahr, zu deren Tradierung beizutragen, und kann unter Umständen auch zu dem kontraproduktiven Effekt führen, dass diese als attraktives Welterklärungsangebot aufgegriffen werden. In der Thematisierung von Antisemitismus könnten insofern auch Formen des Judenhasses sowie

1983 Salzborn (2018).

1984 Schwarz-Friesel (2015).

ihrer historischen und aktuellen Rechtfertigung erlernt werden.¹⁹⁸⁵ In pädagogischen Settings ist es erforderlich, bewusst mit dieser Problematik umzugehen, statt allein auf die positiven Wirkungen guter Absichten zu vertrauen. Ein Ansatzpunkt dazu besteht in einer Didaktik, die darauf ausgerichtet ist, Empathie für das konkrete Leiden konkreter Menschen anzuregen, die die Betroffenen von Antisemitismus waren und sind. Zudem bietet es sich an, die Problematik der Reproduktion und Tradierung explizit anzusprechen und Teilnehmer:innen zu einer offenen Auseinandersetzung damit aufzufordern, was ihr Wissen über Antisemitismus bei ihnen auslöst und für sie bedeutet. Zudem sind Evaluationen unterschiedlicher Angebotsformate zu empfehlen, die diese Problematik gezielt in den Blick nehmen.

V. Handlungsempfehlungen

Mit den hier skizzierten Überlegungen lassen sich Handlungsempfehlungen für die pädagogische Unterstützung der Arbeit gegen Antisemitismus im Kulturbetrieb begründen.

Ansatzpunkte und Grenzen pädagogischer Möglichkeiten klären

Vorbereitende, begleitende und nachbereitende pädagogische Angebote können Informationen über Antisemitismus vermitteln (Ursachen, Formen und Auswirkungen), die Wahrnehmungsfähigkeit für manifeste, latente und indirekte Formen antisemitischer Kommunikation schärfen, zu einer informierten Auseinandersetzung mit aktuellen Begründungen und Rechtfertigungen beitragen sowie zu selbstkritischen Reflexionen anregen. Sie sind deshalb immer dann eine sinnvolle Erweiterung der Präsentation und Rezeption von Kunst, wenn dort antisemitische Stereotype und Narrative artikuliert werden.

Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, dass die Reichweite und die Wirkungsmöglichkeiten pädagogischer Angebote begrenzt sind. Sie können nur diejenigen erreichen, die erreicht werden wollen, und sie sind gewöhnlich nicht in der Lage, gegen solche Formen von Antisemitismus wirksam zu werden, die Bestandteil eines verfestigten ideologischen Weltbildes sind, das durch das soziale Umfeld geteilt und gestützt wird. Notwendig und aussichtsreich sind pädagogische Angebote insofern nur für solche Adres-

1985 Bauer (2021).

sat:innen, die selbst keine Antisemiten sein wollen, die aber nur unzureichend befähigt sind, antisemitische Kommunikation zu erkennen, und die gewillt sind, alte und neue Rechtfertigungen von Antisemitismus kritisch zu analysieren.

Antisemitismus als externer Lerngegenstand und als Gegenstand von (Selbst-)Reflexion

Der primäre Ansatzpunkt pädagogischer Angebote im Kontext des Kunstbetriebs besteht deshalb darin, für unterschiedliche Zielgruppen, bei denen von einer prinzipiellen Ablehnung von Antisemitismus ausgegangen werden kann, didaktisch angemessene Formate anzubieten, die Antisemitismus als historisch und aktuell bedeutsames Phänomen in den Blick rücken und darauf ausgerichtet sind, anti-antisemitische Haltungen zu stärken und für eine Auseinandersetzung mit Antisemitismus zu qualifizieren. Antisemitische Stereotype und Narrative sind auch jenseits einer geschlossenen antisemitischen Ideologie und bei Personen verbreitet, die sich selbst nicht als antisemitisch betrachten. Antisemitismus wird dann entsprechend bei anderen verortet, vorzugsweise in Milieus, denen man sich selbst aus guten Gründen nicht zurechnet. Eine solche Externalisierung bietet durchaus eine Grundlage für pädagogische Angebote, da hier an eine prinzipielle Ablehnung von Antisemitismus angeknüpft werden kann. Gleichzeitig sollten solche Angebote auch dahingehend erweitert werden, dass sie dazu anregen, antisemitische Tendenzen im eigenen Umfeld wahrzunehmen, zu reflektieren und ihnen entgegenzutreten.

Dabei wäre es kontraproduktiv, konzeptionell von einer Logik des Verdachts auszugehen, die darauf ausgerichtet ist, Personen als Antisemit:innen zu entlarven, die dies sind, es aber noch nicht wissen. Eine solche Zuschreibung ist eher dazu geeignet, Abwehrreaktionen gegen Abwertung und Moralisierung zu provozieren, als Lernprozesse zu ermöglichen. Deshalb sollten pädagogische Konzepte auf eine Sensibilisierung für und eine reflexive Auseinandersetzung mit antisemitischen Tendenzen auch im eigenen Milieu ausgerichtet sein, die als Unterstützung und Befähigung zu einer antisemitismuskritischen Haltung erlebt werden können – und nicht als Versuch der Entlarvung und Bekehrung wahrgenommen werden.

Eigenständige Bearbeitung unterschiedlicher Formen von Antisemitismus

Die immer noch einflussreiche Vorstellung, dass die Vermittlung von Wissen über die Geschichte und Gegenwart des Antisemitismus und den Holo-

caust genügt, um gegen Antisemitismus zu immunisieren, ist theoretisch nicht haltbar und hat sich in der pädagogischen Praxis auch nicht bewährt. „Antisemitismus und historische Kenntnisse über den Holocaust müssen sich nicht gegenseitig ausschließen, sondern können parallel zueinander bestehen.“¹⁹⁸⁶ Im Kontext des postkolonialen Antisemitismus wird gegenwärtig zudem argumentiert, dass der Verweis auf den Holocaust als moralische Begründung verwendet wird, um vermeintlich legitime Kritik an israelischer Politik zu delegitimieren. Verschwörungstheoretische Phantasmen des Antisemitismus haben Ursachen und Funktionen, die nicht schon dadurch außer Kraft gesetzt werden, dass auf ihre historischen Vorläufer hingewiesen wird. Pädagogische Angebote können sich deshalb nicht auf eine Thematisierung des historischen Antisemitismus beschränken, sondern sind darauf verwiesen, auch gegenwärtige Erscheinungsformen sowie deren Ursachen und Rechtfertigungen als eigenständige Phänomene zu adressieren. Dies gilt nicht zuletzt für Rationalisierungen von Antisemitismus durch Täter-Opfer-Umkehr, Umwegkommunikationen und Codierungen, in denen das Phantasma ‚Jude‘ durch ‚Israel‘, ‚Zionisten‘, ‚Kolonialstaat‘, ‚Apartheidstaat‘ etc. ersetzt wird.

Dabei sind auch Abwehrhaltungen zu berücksichtigen, die eine rationale Auseinandersetzung erschweren. Diese begründen jedoch keine unüberschreitbare Grenze pädagogischer Einwirkungsmöglichkeiten. Vielmehr können Abwehrhaltungen im Rahmen gezielter pädagogischer Arrangements bearbeitet werden, die über klassische Formen der politischen Bildung hinausgehen, indem für bestimmte Adressatengruppen pädagogisch angeleitete Möglichkeiten zu einer Auseinandersetzung auch mit biografischen und familialen Verstrickungen sowie eigenen emotionalen Involvierungen angeboten werden. Dies ist riskant und voraussetzungsreich, aber nicht unmöglich.

Einbezug jüdischer Akteure und Kooperation

Dass ein Einbezug jüdischer Erfahrungen und Perspektiven auch in pädagogische Angebote anzustreben ist, bedarf hier keiner näheren Begründung. Pädagogische Formate bieten hier die Möglichkeit, Begegnungen und Dialoge in einem geschützten Rahmen stattfinden zu lassen und dazu beizutragen, dass projektive Vorstellungen durch Einblicke in die Lebensrealität von Juden und Jüdinnen heute abgebaut werden. Eine Kooperation von Kulturinstitutionen und pädagogischen Institutionen mit jüdischen

1986 OSCE/Yad Vashem (2007), S. 6.

Gemeinden ist in diesem Zusammenhang naheliegend. Dies gilt auch für die Zusammenarbeit mit Gedenkstätten, die über umfangreiche Erfahrungen über gelungene, weniger gelungene und problematische Bildungssettings verfügen.

Reflexion institutioneller Praxis

Im Kulturbetrieb zeigt sich Antisemitismus vor allem als israelbezogener Antisemitismus – er wird auch dort reproduziert, legitimiert und weiterverbreitet. In zugespitzter Weise deutlich wird dies durch antisemitisch grundierte Kampagnen zur Denunzierung, Ausgrenzung und zum Ausschluss jüdischer und/oder israelischer Künstler:innen auf nationaler und internationaler Ebene. Eine kritische Diskussion über Antisemitismus im Kulturbetrieb ist zwar durchaus in Gang gekommen, hat jedoch bislang nicht zu einem tragfähigen Konsens geführt. Insofern besteht auch ein Bedarf an Bildungsangeboten, die sich spezifisch an Mitarbeitende in Kulturinstitutionen sowie an Studierende an Kunst- und Musikhochschulen richten.

Evaluation und Forschung

Bei pädagogischen Maßnahmen gegen Antisemitismus kann generell nicht auf die positiven Wirkungen guter Absichten vertraut werden. Deshalb sind für künftige Maßnahmen auch im Kontext des Kulturbetriebs Evaluationsmaßnahmen erforderlich, die belastbare Antworten auf die Frage ermöglichen, was bei welchen Zielgruppen durch welche Formate erreicht werden kann und was nicht. Dies ist auch deshalb unverzichtbar, um der Gefahr einer symbolpolitischen Instrumentalisierung von Pädagogik – ihrer Beanspruchung als vermeintliche Lösung für Probleme, die in anderen gesellschaftlichen Teilbereichen nicht zureichend bearbeitet werden – entgegenzuwirken.

Literatur

- Bateson, Gregory (1985): Kulturberührung und Schismogenese. In: ders.: Ökologie des Geistes. Anthropologische, psychologische, biologische und epistemologische Perspektiven. Frankfurt am Main, S. 99–113.
- Bauer, Ullrich (2021): Mit Bildung gegen das kulturelle Gedächtnis eines globalen Judenhasses – geht das? Chancen und Risiken von Prävention und Intervention. In: Marc Grimm/Stefan Müller (Hrsg.): Bildung gegen Antisemitismus. Spannungsfelder der Aufklärung (Antisemitismus und Bildung, Bd. 1). Frankfurt am Main, S. 21–43.

- Benner, Dietrich/Oettingen, Alexander von/Peng, Zhengmei/Stepkowski, Dariusz (2015): *Bildung, Moral, Demokratie. Theorien und Konzepte moralischer Erziehung und Bildung und ihre Beziehungen zu Ethik und Politik*. Paderborn.
- Bernstein, Julia (2021): *Israelbezogener Antisemitismus. Erkennen – handeln – vorbeugen*. Weinheim.
- Bernstein, Julia (2022): Die Reflexion eigener Emotionen, die Überlegung, woher das Unbehagen, die eigene Scham und die Schuldgefühle kommen, sind notwendig, um gegen Antisemitismus zu handeln. In: Victoria Kumar/Werner Dreier/Peter Gautschi/Nicole Riedweg/Linda Sauer/Robert Sigel (Hrsg.): *Antisemitismen – Sondierungen im Bildungsbereich (Antisemitismus und Bildung, Bd. 3)*. Frankfurt am Main, S. 35–44.
- Bernstein, Julia/Diddens, Florian (2022a): *Antisemitische Kontinuitäten in Bildern (Antisemitismus und Bildung, Bd. 5)*. Frankfurt am Main.
- Bernstein, Julia/Diddens, Florian (2022b): Israelbezogener Antisemitismus in Bildungskontexten. In: Marc Grimm/Saskia Müller/Anne Rethmann/Jakob Baier/Ullrich Bauer (Hrsg.): *Wissenschaftliche Einordnung und Ausarbeitung eines Rahmenkonzeptes für das ZADA Pilotprojekt*. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“, S. 39–54, https://www.uni-bielefeld.de/fakultaeten/erziehungswissenschaft/zpi/projekte/zada/WEAR_ZADA_2022.pdf.
- Brumlik, Micha (2025): Zum Verhältnis von Rassismus und Antisemitismus. In: Helen Breit/Claudia Himmelsbach/Rebecca Hofmann/Uwe H. Bittlingmayer/Jürgen Gerd (Hrsg.): *Mit Wissenschaft über Wissenschaft hinaus*. Wiesbaden, S. 183–198.
- Fechler, Bernd/Kössler, Gottfried/Messerschmidt, Astrid/Schäuble, Barbara/Fritz Bauer Institut/Jugendbegegnungsstätte Anne Frank (Hrsg.) (2006): *Neue Judenfeindschaft? Perspektiven für den pädagogischen Umgang mit dem globalisierten Antisemitismus*. Frankfurt am Main.
- Holzkamp, Klaus (1994): Antirassistische Erziehung als Änderung rassistischer „Einstellungen“? Funktionskritik und subjektwissenschaftliche Alternative. In: *Das Argument*, Heft 203, S. 41–58.
- Hormel, Ulrike/Scherr, Albert (2004): *Bildung für die Einwanderungsgesellschaft*. Wiesbaden.
- Jüdisches Museum Wien (1995): *Die Macht der Bilder. Antisemitische Vorurteile und Mythen*. Katalog zur Ausstellung. Wien.
- Kinzel, Tanja/Kistenmacher, Olaf/Klävers, Steffen/Loy, Bianca/Poensgen, Daniel/Schwarz-Friesel, Monika/Stögner, Karin/Thiele, Anja (2022): *Beyond Frenemies. Gemeinsame Erklärung zur Rücknahme unserer Beiträge aus dem Sammelband „Frenemies“*, <https://www.hagalil.com/2022/11/beyond-frenemies/>.
- Koerrenz, Ralf (2022): *Bildung. Eine Theorie der Postmoderne*. Weinheim.
- Lenhart, Volker (2006): *Pädagogik der Menschenrechte*. Wiesbaden.
- Lohrenscheit, Claudia (2004): *Das Recht auf Menschenrechtsbildung*. Frankfurt am Main/London.
- Luhmann, Niklas (2004): *Sozialisation und Erziehung*. In: ders.: *Schriften zur Pädagogik*, hrsg. v. Dieter Lenzen. Frankfurt am Main, S. 111–122.

- Mendel, Meron/Cheema, Saba-Nur/Arnold, Sina (2022). *Frenemies. Antisemitismus, Rassismus und ihre Kritiker*innen*. Berlin.
- Müller, Stefan (2021): Identität und antisemitische Ressentiments in Bildungskontexten. In: *Zeitschrift für Didaktik der Gesellschaftswissenschaften*, 12 (1), S. 36–54, https://daten.wochenschau-verlag.de/download/Mueller_Identitaet_und_antisemitische_Ressentiments.pdf.
- Müller, Stefan (2022): Strategien gegen Antisemitismen: Grenzziehende und dialogische Bildung. In: Julia Bernstein/Marc Grimm/Stefan Müller (Hrsg.): *Schule als Spiegel der Gesellschaft. Antisemitismen erkennen und handeln*. Frankfurt, S. 484–503.
- Müller, Stefan/Scaramuzza, Elia (2024): Mündigkeit in der politischen Bildung. Ein Gespräch über eine reflexive sozialwissenschaftliche Fachdidaktik. Frankfurt am Main, <https://www.wochenschau-verlag.de/media/13/e5/1c/1702284121/9783756616121.pdf?ts=1702284121>.
- OSCE/Yad Vashem (2007): Antisemitismus thematisieren: Warum und wie? Leitfaden für Pädagoginnen und Pädagogen, <https://www.osce.org/de/odihr/29892?download=true>.
- Rohrbacher, Stefan/Schmidt, Michael (1991): *Judenbilder. Kulturgeschichte antijüdischer Mythen und antisemitischer Vorurteile*. Reinbek bei Hamburg.
- Salzborn, Samuel (2018): *Globaler Antisemitismus. Eine Spurensuche in den Abgründen der Moderne. Mit einem Vorwort von Josef Schuster*. Weinheim.
- Schäuble, Barbara (2012): „Anders als wir“ – Differenzkonstruktionen und Alltagsantisemitismus unter Jugendlichen. Anregungen für die politische Bildung. Berlin.
- Scherr, Albert (2008): Kommunikationsfähigkeit ist gefragt. In: bpb, 04.02.2008, <https://www.bpb.de/themen/rechtsextremismus/dossier-rechtsextremismus/41405/kommunikationsfaehigkeit-ist-gefragt/>.
- Scherr, Albert (2013): Ausgangsbedingungen und Perspektiven der Bildungsarbeit gegen Antisemitismus. In: *Der Bürger im Staat*, 4/2013, S. 270–277.
- Scherr, Albert/Schäuble, Barbara (2006): „Ich habe nichts gegen Juden, aber ...“. Ausgangsbedingungen und Ansatzpunkte gesellschaftspolitischer Bildungsarbeit zur Auseinandersetzung mit Antisemitismen. Langfassung Abschlussbericht. Berlin (Stand v. 28.4.2025), <https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/w/files/pdfs/schaublesherrichhabenichtslangversion.pdf>. Schoeps, Julius H./Schlör, Joachim (Hrsg.) (1999): *Bilder der Judenfeindschaft. Antisemitismus – Vorurteile und Mythen*. Augsburg.
- Schwarz-Friesel, Monika (2015): Gebildeter Antisemitismus, seine kulturelle Verankerung und historische Kontinuität: Semper idem cum mutatione. In: dies. (Hrsg.): *Gebildeter Antisemitismus. Eine Herausforderung für Politik und Zivilgesellschaft*. Baden-Baden, S. 13–34.

Schwarz-Friesel, Monika (2024): „Warum die schwarze Antwort des Hasses auf dein Dasein, Israel“. Eruptionen der alten Judenfeindschaft und die Israelisierung des Antisemitismus. Rede anlässlich der Gedenkveranstaltung gegen Gewalt und Rassismus im Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus am Freitag, 3. Mai 2024 im österreichischen Parlament, <https://www.youtube.com/watch?v=DIWL7pWuEHA>.

Weber, Max (2010): *Politik als Beruf* (1919). Berlin: Duncker & Humblot.

8.3 Postkolonialer Antisemitismus und Schuldabwehr im geschichtlichen deutschen Kontext

Steffen Klävers

Gegen Ende der *documenta fifteen* tauchten über Nacht auffällige Plakate auf dem Veranstaltungsgelände auf, deren Botschaft kaum unmissverständlicher hätte sein können: „Free Palestine from German Guilt“ – deutsche Schuldgefühle gegenüber dem Nationalsozialismus, so die Implikation, stünden der Freiheit Palästinas im Wege. Diese Aussage markierte den vorläufigen Höhepunkt eines monatelangen Konflikts um antisemitische Inhalte in einigen der ausgestellten Kunstwerke. Im Kern resultierte dieser Konflikt aus dem Zusammenstoß zweier Positionen: einerseits einer postkolonialen Perspektive und deren Assoziation mit Perspektiven des sogenannten Globalen Südens, andererseits der Antisemitismuskritik. Die Kritik an antisemitischen Elementen in den einzelnen Kunstwerken wurde innerhalb dieses Konflikts dabei vielfach als deutsche Eigenheit zurückgewiesen, die nur im Kontext deutscher Schuld am Holocaust eine Rolle spiele und eurozentrisch-rassistische Denkmuster reproduziere.

Der Slogan „Free Palestine from German Guilt“, erstmals auf der *documenta fifteen* formuliert, spiegelt dabei eine Haltung wider, die nicht neu war. Die Vorstellung, dass deutsche Schuldgefühle gegenüber der Shoah so dominant seien, dass sie den Blick auf andere historische Ereignisse wie den Kolonialismus oder die *Nakba* sowie eine eingeforderte antiisraelische Perspektive im Nahostkonflikt versperren und eine erinnerungskulturelle Leidenshierarchie schaffen, in der der Holocaust unübertroffen bleibt, wurden in den letzten Jahren immer wieder diskutiert. Antisemitismusvorwürfe erscheinen daher denjenigen, die eine breitere, antirassistisch und anti-kolonial geprägte Erinnerungskultur fordern, häufig als Angriff, pietätlos und politisch motiviert. Zwei Gründe werden dabei oftmals für die Angriffe vermutet: Erstens führe die deutsche Schuld zu einer unreflektierten Solidarität mit Israel, die Palästinenser benachteilige, weswegen Kritik an Israel

immer als antisemitisch gelte. Zweitens dienten Antisemitismusvorwürfe wiederum dazu, die eigene Schuld zu externalisieren und autochthonen Antisemitismus zu bagatellisieren.

Auf der anderen Seite, also aus der Perspektive der Antisemitismuskritik, wird gegenüber den entsprechenden Akteuren häufig problematisiert, dass sie Antisemitismus in postkolonialen Theorien, antikolonialen politischen Bewegungen oder eben auch in Kunstwerken wie auf der *documenta fifteen* zu leugnen tendieren, indem er zum Beispiel mit antikolonialen Kämpfen kontextualisiert wird. Außerdem wird häufig kritisiert, dass die spezifischen und beispiellosen Merkmale des Holocaust gegenüber anderen Genoziden, also auch kolonialen, nicht genügend berücksichtigt werden. Dieser Fokus auf den Holocaust wird dann allerdings von postkolonialer Seite teils als eurozentrisch und hinderlich kritisiert, da er mit dem Bestehen auf einer Spezifik wiederum Perspektiven aus ehemals kolonisierten Nationen marginalisiere. Die Holocaust-Erinnerung müsse daher korrigiert oder erneuert werden, gelegentlich ist dies als Forderung nach einer „Entprovinzialisierung“ formuliert worden.

Zusammenfassend stehen somit aktuell drei Positionen in Spannung zueinander. Erstens machen Teile einer als postkolonial zu beschreibenden Kritik geltend, dass der Holocaust die deutsche Erinnerungskultur dominiere („German Guilt“) und dadurch die Artikulation marginalisierter Perspektiven, etwa die Sichtbarmachung der Geschichte und Gegenwart des Kolonialismus, erschwert werde. Sollten innerhalb dieser Kritiken antisemitische Ideologeme kritisiert werden, weist eine postkoloniale Abwehrhaltung wiederum Antisemitismusvorwürfe häufig als durch „German guilt“ verblendet, eurozentrisch und rassistisch motiviert zurück. Demgegenüber hält die Antisemitismuskritik fest, dass postkoloniale Narrative berechnete Antisemitismusvorwürfe leugneten und es sich mit der vermeintlichen Erklärung, diese seien ausschließlich rassistisch motiviert, zu einfach machten.

Vor dem Hintergrund der Auseinandersetzungen um die *documenta fifteen*, der für diese Spannung exemplarisch gelten kann, untersucht dieser Artikel daher folgende Fragen: Welche Verbindungen bestehen zwischen bundesdeutscher Schuldabwehr und postkolonialen Perspektiven auf den Holocaust? Sind sie kompatibel? Bietet der postkoloniale Diskurs eine neue Form antisemitischer Schuldabwehr? Welche Funktionen erfüllt postkolonialer Antisemitismus in Deutschland? Ziel ist es, zu zeigen, wie postkoloniale Perspektiven teils die Auseinandersetzung mit der Shoah relativieren, sowohl in der deutschen Mehrheitsgesellschaft als auch bei antikolonialen

Akteur:innen, die ihre Gewaltgeschichten parallel zur jüdischen Erfahrung positionieren – teils konkurrierend, teils komplementär. Zugleich wird geprüft, ob postkoloniale Kritik berechtigte Ansätze bietet, die ernst genommen werden sollten.

Theoretischer Rahmen: Was ist Schuldabwehrantisemitismus?

Bundesrepublikanische Vergangenheitsbewältigung und der Historikerstreit

Als Schuldabwehrantisemitismus wird eine Variante des Antisemitismus beschrieben, die im historischen Kontext der Nachkriegszeit ein Verarbeitungsmodus von Schuldgefühlen angesichts der nationalsozialistischen Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden ist. Hinter diesem Modus steht primär das Bedürfnis, sich von diesen Schuldgefühlen zu entlasten. Sie können sich auf eigene Verstrickung, auf familiäre Beteiligung, auf das Gefühl der narzisstischen Kränkung und Gefühle des Scheiterns, die die alliierte Niederschlagung des Nationalsozialismus bedeutete, oder auf die Zugehörigkeit zur Tätergruppe bzw. die politische Zugehörigkeit zum Nachfolgestaat des Nationalsozialismus beziehen.

Generell gilt, dass diese Art von Antisemitismus sich erst nach 1945 entwickeln konnte und sich grundlegend anders artikuliert als vergangene Manifestationen. War es in Deutschland bis 1945 möglich und Teil der politischen Realität, Antisemitismus zu bekunden, galt offener Antisemitismus nach dem Nationalsozialismus als gesellschaftlich tabuisiert und verpönt. Er verschob sich ins Private und wurde fast nur noch dort offen artikuliert.¹⁹⁸⁷ Antisemitische Ideologeme hörten also selbstverständlich nicht einfach auf zu existieren, und ihre Träger suchten auch neue Mittel und Wege, sie trotz und wegen dieser bestehenden neuen gesellschaftlichen Realität öffentlich zu artikulieren. Der offene Antisemitismus musste sich also ‚maskieren‘, um weiter bestehen zu können. Die Forschung spricht daher auch verschiedentlich von verdecktem, latentem oder sekundärem Antisemitismus als neuartigen Artikulationsformen antisemitischer Überzeugungen und Gefühle. Diese latenten Formen nahmen in den frühen Jahren der Bundesrepublik deutlich zu.¹⁹⁸⁸ Die Schuldabwehr ist ein elementarer Bestandteil dieses sekundären Antisemitismus, und sie wird von

1987 Longerich (2021), S. 425.

1988 Ebd., S. 429.

denjenigen, die entsprechende Äußerungen tätigen, nicht als antisemitisch verstanden.¹⁹⁸⁹

Dieser Antisemitismus kann sich auf verschiedene Arten manifestieren und tritt in verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen auf. Er ist eine Art falsche Vergangenheitsbewältigung, die eine historische Schuld am Holocaust entweder verleugnet und abstreitet, um sich von Schuld loszusagen, oder die Tat selbst relativiert und bagatellisiert, um die Schwere der Schuld zu lindern oder Antisemitismus zu rationalisieren, gar verständlicher zu machen. Schuldabwehrantisemitismus ist primär ein innerpsychischer Konflikt, der sich über mehrere Generationen nach der Shoah im Bewusstsein der Täter:innen und ihrer Nachkommen manifestiert. Im Ergebnis handelt es sich um eine Strategie mit verschiedenen Ausprägungen, die darauf abzielt, sich selbst oder ein Familienmitglied von der Beteiligung an der nationalsozialistischen Vernichtung des europäischen Judentums freizusprechen oder diese Beteiligung vermeintlich begreif- und entschuldbarer zu machen.

Trotz dieser seit 1945 neu entstandenen Artikulationsformen können allerdings verschiedene Kernelemente des Antisemitismus ausgemacht werden, die sich über einen Zeitraum von mehr als 2.000 Jahren kontinuierlich und unabhängig von der konkreten Erscheinungsform immer wiederfinden. Das „Gerücht über die Juden“, wie Adorno es so prägnant und konzise formuliert hat,¹⁹⁹⁰ ist nämlich vor allem genau das: eine falsche Vorstellung, ein Raunen, eine Verschwörungserzählung. Von den Anfängen der langen Geschichte des Antisemitismus an gibt es die Idee, dass Juden heimlich und im Verborgenen in bössartiger Absicht und/oder in Eigeninteresse dafür verantwortlich seien, dass in der Welt schlechte Dinge geschehen. Er entsteht bereits im frühen Christentum der Antike und wird später mit dem Vorwurf des Gottesmords gewissermaßen auf den Punkt gebracht: Der Tod von Jesu wird als jüdisches Komplott imaginiert. Sie seien nicht nur bössartig, sondern auch unmenschlich-übermächtig (denn wer kann schon den Sohn Gottes töten?) und in dieser Kombination gewissermaßen *dämonisch*.

Es gibt immer wieder Diskussionen darüber, ob und wie sich Antisemitismus definieren lässt – bei seiner langen Geschichte und Wandelbarkeit erscheint es schwierig, eine allgemeingültige Definition zu finden. Dennoch lässt sich vielleicht in dem Sinne eine Art Wesenskern des Antisemitismus darin bestimmen, dass die Elemente „Verschwörung“ und „bössartig“ zentral

1989 Bergmann (2008), S. 300 ff.

1990 Adorno (2001), S. 200.

sind und in verschiedenen Arten und Weisen über die Jahrhunderte immer wieder aufgegriffen werden.

Schuldabwehr in Bezug auf den Nationalsozialismus und den Holocaust ist aus dem Grund als antisemitisch zu bewerten, weil sie die Auseinandersetzung mit der eigenen Verantwortung verweigert und stattdessen projektiv externalisiert. Jüdinnen und Juden werden dabei sowohl abstrakt als auch konkret mit der Erinnerung an die Shoah identifiziert und als Ursache des als belastend empfundenen Schuldgefühls konstruiert. Dadurch reproduziert dieser Modus eine zentrale antisemitische Struktur, nach der die Schuld nicht bei den Tätern liege, sondern auf die Opfer oder ihre Nachfahren verschoben wird.

Schuldabwehrantisemitismus wird auch als ‚sekundärer Antisemitismus‘ bezeichnet. Dieser Begriff stammt aus den Arbeiten der Kritischen Theorie der ersten Generation. Im Kontext des Gruppenexperiments hat Theodor W. Adorno in seinem gleichnamigen Text die Aspekte Schuld und Abwehr bereits in den 1950er Jahren bei den befragten Teilnehmern festgestellt.¹⁹⁹¹ In seiner Studie untersuchte er die Reaktionen seiner Probanden auf den sogenannten Colburn-Brief – ein fiktives Schriftstück eines alliierten Besatzungssoldaten, in dem bestimmte Reize bzw. Stimuli enthalten sind, um eine emotionale Reaktion bei den Befragten hervorzurufen. Aus diesen Reaktionen leitete Adorno eine Reihe von Verarbeitungsmustern her, die Aufschluss über die Psychodynamik der Schuldabwehr der Befragten liefern.

Diese Varianten des sekundären oder Schuldabwehrantisemitismus lassen sich nach Bergmann gemeinhin auf vier Aspekte herunterbrechen: 1. Leugnung und Relativierung, 2. Aufrechnung (z. B. Täter-Opfer-Umkehr), 3. Verweigerung (z. B. die Forderung, einen „Schlussstrich“ unter die Vergangenheit zu ziehen) und 4. den Vorwurf an Juden, den Holocaust zu eigenen Zwecken zu instrumentalisieren.¹⁹⁹² Leugnung kann sich sowohl auf den Aspekt der eigenen Verstricktheit als auch auf das Ereignis selbst beziehen. Offene Holocaustleugnung ist dabei in Deutschland ein Straftatbestand und eher ein Phänomen, das der extremen Rechten zugerechnet wird (vgl. Ursula Haverbeck).

Der erste Historikerstreit der 1980er Jahre ist insofern von besonderer Bedeutung für den Aspekt der Schuldabwehr. Insbesondere der in ihm ausgetragene Konflikt zwischen den zwei zentralen Protagonisten Ernst Nolte und Jürgen Habermas stellt in diesem Zusammenhang einen paradigmatischen

1991 Adorno (1955).

1992 Bergmann (2008), S. 301.

matischen Austausch dar. Nolte vertrat die These eines *kausalen Nexus* zwischen sowjetischen Verbrechen und dem Holocaust, wodurch Auschwitz zur Reaktion auf „asiatische“ Gewalt erklärt und seine postulierte Einzigartigkeit relativiert wurde. Habermas kritisierte dies als neorevisionistisch und warf Nolte eine apologetische Umdeutung der NS-Verbrechen vor.

Ein zweiter zentraler Strang des ersten Historikerstreits dreht sich um die Frage der Historisierung des Nationalsozialismus, also die Frage, ob und wie der Nationalsozialismus in weitere, größere historische Prozesse und Erzählungen eingebettet werden könne. Exemplarisch wurde diese Frage zwischen Martin Broszat und Saul Friedländer diskutiert. Broszat plädierte dafür, die NS-Zeit stärker in allgemeine historische Entwicklungslinien einzubetten, etwa in Bezug auf Modernisierungsprozesse, und damit von einer rein moralischen Betrachtung abzurücken. Friedländer warnte hingegen vor einer Verharmlosung und Entgrenzung des Holocausts, insbesondere durch die Gefahr, „Vulkane“ der NS-Verbrechen in eine „Hügellandschaft“ der Geschichte einzugliedern.¹⁹⁹³

Der erste Historikerstreit ist also direkt mit deutschen Fragen um Schuldabwehr verknüpft. Auch wenn es nach dieser intensiven Auseinandersetzung keinen eindeutigen Konsens gab, war der Historikerstreit doch insofern von großer Bedeutung für die Geschichte der Bundesrepublik, als Anfang der 1990er Jahre ein neues Bewusstsein für die Taten des Nationalsozialismus mehrheitsfähig wurde: Es wurde nicht mehr verdrängt, sondern bekannt, es wurde nicht mehr geschwiegen, sondern geredet, nachgedacht und aufgearbeitet. Auf bundespolitischer Ebene setzte sich die Erkenntnis durch, dass die Holocaust-Aufarbeitung ein wichtiger Baustein im neu vereinigten Deutschland bieten könnte: Die Formel „Nie wieder“ und die Erinnerung an den Nationalsozialismus wurden staatstragend.

Der Post-Shoah-Antisemitismus war geografisch maßgeblich auf die konkreten Schauplätze des Nationalsozialismus in Europa fokussiert. Spätestens seit dem Ausbruch des Sechstagekrieges 1967 begann sich aber auch eine weitere Form des Antisemitismus zu entwickeln, die in Deutschland zunächst und hauptsächlich der politischen Linken zuzurechnen ist: der israelbezogene Antisemitismus und der Nahostkonflikt. Hatte die deutsche, aber auch die globale Linke noch zuvor tatsächlich häufig auch sympathisierende Einstellungen gegenüber dem Staat Israel als sicherem Zufluchtsort für Juden nach der Shoah und seinen sozialistischen Kibbuzim, wan-

1993 Friedländer (1987), S. 43. Ausführlich zum Thema Singularität, dem ersten Historikerstreit und der Auseinandersetzung zwischen Broszat und Friedländer vgl. Klävers (2019), 15 ff.

delte sich dieses Bild mit Kriegseinbruch relativ schlagartig. Fortan galt Israel in antiimperialistischen Gruppen als Imperium und in antikolonialistischen Gruppen als Kolonie – und damit als Ziel linker Kritik und Agitation.

Im engen Zusammenhang dazu steht die Genese einer durch den Antiimperialismus maßgeblich mitgeprägten akademischen Strömung, deren Grenzen zum politischen Aktivismus schon immer fließend waren: der postkolonialen Theorie und der Postcolonial Studies.

Postkoloniale Kritik, Erinnerung an den Kolonialismus in Deutschland und der Historikerstreit 2.0

Postkoloniale Theorie *avant la lettre* (der Name entstand erst in den 1980er Jahren) kam Anfang der 1970er Jahre in der westlichen Literaturwissenschaft zunächst im Kontext von *literary theory* auf, also als theoretische Herangehensweise an die Interpretation von literarischen Texten. Prägend für diese Disziplin waren die Werke der drei aus dem ehemaligen britischen Commonwealth stammenden Literaturwissenschaftler Edward Said, Homi Bhabha, und Gayatri Chakravorty Spivak, die oftmals auch als *holy trinity* der postkolonialen Studien gelten. Saims *Orientalism* gilt, trotz mannigfaltiger Kritik auch innerhalb der postkolonialen Theorie,¹⁹⁹⁴ als deren Gründungsdokument oder gar Manifest.

Die postkoloniale Theorie beschäftigt sich nicht nur mit der Geschichte kolonialer Herrschaft, sondern vor allem mit deren langfristigen materiellen und epistemischen Folgen. Sie geht davon aus, dass Kolonialismus kein abgeschlossenes historisches Phänomen ist, sondern sich in vielfacher Weise in der Gegenwart fortsetzt, sei es in politischen und ökonomischen Strukturen in ehemaligen Kolonien oder in Denk-, Wissens- und Deutungsmustern der ehemaligen Kolonialmächte. Postkoloniale Theorie versteht sich insofern als kritische Analyse der Gegenwart unter kolonialismuskritischer Perspektive, die auch in die Vergangenheit blickt.

Wie Ina Kerner betont, richten postkoloniale Theorien ihren Blick zum einen auf „postkoloniale Konstellationen im zeitlichen Sinne“¹⁹⁹⁵, also auf die historische Analyse kolonialer Expansion seit der Frühen Neuzeit des europäischen Kolonialismus. Zugleich aber betonen sie die Langzeitwirkungen kolonialer Herrschaft, die sich etwa in postkolonialen Staaten in Form von Armut, autoritären Regimen oder fragiler Rechtsstaatlichkeit

1994 Zum Beispiel Ahmad (2008); Chibber (2013).

1995 Kerner (2012), S. 12.

ebenso manifestierten wie im Fortbestehen rassistischer und eurozentrischer Strukturen in den ehemaligen Kolonialmächten. Der Begriff des „Postkolonialen“ verweist also nicht primär auf eine Epoche nach dem Kolonialismus, sondern auf die politische, soziale und kulturelle Verflechtung der Gegenwart mit kolonialen Vergangenheiten.

Entstehungsgeschichtlich sind die Postcolonial Studies aus der Rezeption marxistischer, psychoanalytischer und hegemonietheoretischer Ansätze durch Intellektuelle aus vormalig kolonisierten Gesellschaften hervorgegangen. In späteren Phasen (insbesondere nach dem sogenannten *linguistic turn*) traten verstärkt dekonstruktivistische, poststrukturalistische und diskurstheoretische Perspektiven in den Vordergrund. Diese verlagerten den Fokus vieler postkolonialer Studien auf Fragen kultureller Repräsentation, Sprachkritik und „epistemischer Gewalt“¹⁹⁹⁶ – etwa in der Tradition von Edward Saids Analyse des Orientalismus oder Gayatri Chakravorty Spivaks Reflexion über das Sprechen für und über Subalterne.

Diese theoretische Wendung blieb jedoch nicht ohne interne Kritik: So warnte Benita Parry davor, dass der postkoloniale Diskurs in seiner sprach- und kulturtheoretischen Ausrichtung dazu tendiere, die materiellen und ökonomischen Grundlagen kolonialer Gewalt aus dem Blick zu verlieren.¹⁹⁹⁷ Kolonialismus werde verstärkt als „cultural event“ statt als soziales und politisches Gewaltverhältnis analysiert und damit auch reduziert. In ähnlicher Weise problematisiert Anne McClintock die binäre Grundstruktur vieler postkolonialer Ansätze, so etwa die in postkolonialen Arbeiten oftmals verwendete binäre Gegenüberstellung von Kolonisierenden und Kolonisierten, die in diesem Reduktionismus komplexe Binnenverhältnisse, soziale Differenzierungen oder auch ökonomische Dynamiken überdecke.¹⁹⁹⁸

Die Gefahr besteht also auch darin, dass postkoloniale Ansätze zwar neue Perspektiven auf die Weltgeschichte bieten, dabei aber teilweise eher selbst ideologisch und schematisch vorgehen und bestimmte zu kritisierende Verhältnisse gar reproduzieren. Außerdem steht die Frage im Raum, was alles Gegenstand postkolonialer Kritik sein soll und inwiefern das in der Theorie verwendete begriffliche Instrumentarium sich für welche gesellschaftlichen und historischen Konstellationen in welchem Umfang nutzen ließe. Vilashini Cooppan kritisierte diesbezüglich, der Begriff „postkoloni-

1996 Castro Varela/Dhawan (2005), S. 8.

1997 Parry (2004).

1998 McClintock (1992).

al“ werde inzwischen oftmals so unspezifisch verwendet, dass er zur ideologischen Projektionsfläche für jegliche Form vermeintlich oppositioneller Kritik geworden sei.¹⁹⁹⁹ Die postkoloniale Theorie drohe so, strukturell und analytisch unscharf zu werden. Die Folge sei, dass koloniale Analogien und Schlagworte wie Subalternität, Hybridität oder auch ganz allgemein Kolonialität inflationär verwendet würden, ohne kontextuell und historisch differenziert eingesetzt zu werden.

Trotz dieser internen Spannungen eint postkoloniale Theorien ein kritischer Impuls, der in der Auseinandersetzung mit den Hinterlassenschaften nicht nur des Kolonialismus, sondern auch der europäischen Moderne insgesamt besteht. In dieser Hinsicht stellt sich die postkoloniale Theorie nicht nur gegen koloniale Gewaltstrukturen, sondern auch gegen einen als eurozentrisch und universalistisch kritisierten Wissens- und Wertekanon – einschließlich des westlich geprägten Verständnisses von Aufklärung, Vernunft und Universalismus. Gleichzeitig stellt sie sich ganz dezidiert gegen die Vorstellung, die Auseinandersetzung mit dem Kolonialismus sei nicht dringlich, da es sich beim Kolonialismus um ein legitimes Projekt gehandelt habe, und betont demgegenüber, dass er den kolonisierten Ländern der Welt auf lange Sicht weit mehr Schaden zugefügt habe, als es etwaige Nutzen ausgleichen könnten. Häufig wird diese Vorstellung auch als „koloniale Amnesie“ beschrieben oder als Verklärung der Kolonialzeit zurückgewiesen. Hier werden dann der Mehrheitsgesellschaft Einstellungen vorgeworfen, die teilweise zumindest strukturell mit jenen Abwehrdynamiken kompatibel sind, die sich in Bezug auf die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus stellen, also eine Art postkoloniale Erinnerungsabwehr.

Postkoloniale Ansätze kritisieren die westliche Wissensproduktion also zusammenfassend hinsichtlich ihrer kolonialen Leerstellen, fordern ihre Dekolonisierung sowie eine stärkere gesellschaftliche Kritik des westlichen Kolonialismus und weisen dabei immer wieder auf bestehende globale Fortwirkungen des Kolonialismus hin. Die politische und gesellschaftliche Dimension der postkolonialen Theorie geht in vielen Aspekten allerdings auch bedeutend weiter als eine Kritik des historischen Kolonialismus und seiner Nachwirkungen sowie einer ausbleibenden Aufarbeitung, Anerkennung und Restitution. So gab es immer wieder politische Auseinandersetzungen um die Deutungsangebote der postkolonialen Theorie in Bezug auf gesellschaftliche Themenfelder wie Antisemitismus, Israel bzw. den Nahost-

1999 Vgl. Cooppan (2000), S. 33 f.

konflikt, Zionismus und den Islam bzw. die arabische Welt. Hier wurden Theoriekonzepte der postkolonialen Theorie auf politische Konflikte angewendet, was nicht selten für kontroverse Beiträge gesorgt hat und auch heute noch sorgt. Gleichzeitig kritisieren postkoloniale Positionen immer wieder westliche Kritik an nicht-europäischen, nicht-weißen, nicht-christlich und/oder nicht-jüdischen Akteur:innen, Praktiken oder historischen Prozessen als entweder überheblich, paternalistisch, neokolonial bis rassistisch oder von kolonialen Doppelstandards geprägt. In vielen Fällen ist diese Kritik auch zutreffend.

Die Debatten im ersten Historikerstreit um Vergleichbarkeit und Historisierung des Holocaust ist eine Vorgeschichte zu Diskussionen über die Einordnung des Holocaust in eine Globalgeschichte der kolonialen Massengewalt und die Kompatibilität von antisemitismuskritischen und postkolonialen Perspektiven. Diese Diskussionen verwiesen dabei insbesondere auf die wissenschaftliche Debatte in der internationalen Geschichtswissenschaft, ob und welche Bezüge es zwischen Kolonialismus und Nationalsozialismus bzw. Kolonialgenozid und Holocaust gibt, die seit den frühen 2000er Jahren maßgeblich durch die Arbeiten von Jürgen Zimmerer angestoßen wurde.²⁰⁰⁰ Dass diese wissenschaftliche ein paar Jahre später zu einer geschichtspolitischen öffentlichen Debatte werden sollte, und dies nicht nur mit Blick auf bestimmte thematische Fragestellungen, sondern auch hinsichtlich des Ausmaßes der darin diskutierten deutschen Vergangenheitsbewältigung des Nationalsozialismus, konnten die Teilnehmer dieser wissenschaftlichen Debatte noch nicht wissen.

Diese öffentliche Debatte ist, in Anlehnung an den oben skizzierten ersten, auch zweiter Historikerstreit oder Historikerstreit 2.0 genannt worden.²⁰⁰¹ Sie ist eine seit dem Frühjahr 2020 andauernde erinnerungspolitische Debatte um das Verständnis des Antisemitismus, der Shoah sowie des Staates Israel vor dem Hintergrund einer zunehmenden gesellschaftlichen Beschäftigung mit der Geschichte des europäischen Kolonialismus und der postkolonialen Theorie. Zurück geht sie auf wissenschaftliche Debatten in der NS- und Holocaustforschung, die sich auf die Jahrtausendwende datieren lassen und in denen über das Verhältnis von Kolonialismus und Nationalsozialismus gestritten wurde.

2000 Zimmerer (2011); vgl. auch Essner (2005); Fitzpatrick (2008); Gerwarth/Malinowski (2007); Grosse (2005); Klävers (2018, 2019); Kühne (2013); Moses (2010); Zollmann (2007).

2001 Für einen kompakten Debattenüberblick vgl. bspw. Bajohr/O'Sullivan (2022); Krienbaum (2021).

Im „Historikerstreit 2.0“ stehen sich im Kern zwei Positionen gegenüber. Die erste, die sich als postkoloniale Intervention versteht, problematisiert aus ihrer Sicht bestehende Defizite in der deutschen Erinnerungskultur zu Nationalsozialismus und Shoah vor dem Hintergrund einer zunehmenden Beschäftigung mit Kolonialgeschichte und postkolonialer Theorie. Sie wendet sich gegen einen erinnerungspolitischen Konsens, den der Genozidforscher A. Dirk Moses den „Katechismus der Deutschen“ genannt hat.²⁰⁰² Dieser Katechismus hat laut Moses rassistische und völkische Implikationen und gehöre daher abgeschafft. Er bestehe aus mehreren Überzeugungen, von denen die wichtigste sei, dass 1. die Vorstellung einer „Singularität“ des Holocaust koloniale und andere Genozide als weniger wichtig oder marginal einstufe, was 2. rassistische Ausgrenzung fördere und 3. zu einer falsch abgeleiteten Solidarität mit Israel führe, das aus postkolonialer Perspektive häufig als kolonialer Apartheidstaat gilt.²⁰⁰³

Die zweite Position wiederum kritisiert einige dieser postkolonialen Interventionen und weist viele ihrer Thesen zu Nationalsozialismus, Shoah und Erinnerungskultur als fragwürdig, problematisch und irreführend bis unhaltbar, ahistorisch, verschleiern und relativierend zurück.²⁰⁰⁴

Postkolonialer Antisemitismus

Nach Lars Rensmann ist der postkoloniale Antisemitismus Teil einer längeren Ideologieggeschichte und Variante dessen, was Thomas Haury „Antisemitismus von links“²⁰⁰⁵ genannt hat.²⁰⁰⁶ Diese Manifestation des Antisemitismus ist spätestens seit dem 7. Oktober 2023 virulent angestiegen und findet ihren Ausdruck in aller Regel in verbalen und tätlichen Angriffen gegen Jüdinnen und Juden, zionistische Organisationen und Einzelpersonen und in verschiedenen Arten gegen den jüdischen Staat Israel. Sie tritt als

2002 Mit dem Titel seines bewusst polemisch intonierten Aufsatzes *Der Katechismus der Deutschen*, eine Anspielung auf Heinrich von Kleists gleichnamige Schrift aus dem Jahr 1809, beschreibt Moses eine von ihm so diagnostizierte religiöse Dimension der deutschen Erinnerungskultur, in der postkoloniale Kritiker der deutschen, angeblich auf die Shoah verengten Erinnerungskultur wie Achille Mbembe als „Häretiker“ verunglimpft würden. „Es scheint“, so schreibt er, „als ob wir zunehmend zu Zeugen von nicht weniger als öffentlichen Exorzismen werden, die unter der Aufsicht selbsternannter ‚Hohepriester‘ den ‚Katechismus der Deutschen‘ bewachen“ (Moses 2021).

2003 Vgl. ebd.

2004 Vgl. bspw. Friedländer u. a. (2022).

2005 Haury (2002).

2006 Rensmann (2025).

vermeintlich progressive und widerständige Kraft auf und orientiert sich an einem binären antikolonialen Weltbild, in dem die Palästinenser die kolonial unterdrückten „Verdammten dieser Erde“²⁰⁰⁷ darstellen und daher Unterstützung gegen den als westliche Kolonialmacht geltenden jüdischen Staat Israel benötigen.²⁰⁰⁸ In diesem Weltbild erscheint es dann auch als folgerichtig, das antisemitische Massaker der Hamas vom 7. Oktober 2023 als Akt des antikolonialen Widerstands zu relativieren, zu rationalisieren und teilweise auch zu begrüßen.²⁰⁰⁹ All dies geht in der Konsequenz häufig einher mit einer derartigen Abwertung des jüdischen Staates und seiner Bewohner, dass die sich gegen sie entladende Gewalt, die auch explizit Zivilisten zum Ziel hat und nicht nur als Kollateralschäden in Kauf nimmt, auch immer gerechtfertigt ist und trotz aller Grausamkeit erklärbar, selbstverschuldet und notwendig erscheint.

In Anlehnung an die Arbeiten von Ingo Elbe lässt sich postkolonialer Antisemitismus in vier Ausprägungen feststellen: 1. als „[b]egriffliche Eliminierung des Antisemitismus“, 2. als Angriff auf die sogenannte Singularitätsthese des Holocaust sowie das damit einhergehende Missverständnis der Spezifik der Shoah gegenüber anderen Genoziden, 3. als Antisemitismus gegen Israel und dessen „Dämonisierung“ und 4. als Ignoranz oder Rationalisierung des islamischen Antisemitismus.²⁰¹⁰ Zwischen all diesen Ausprägungen gibt es große Überschneidungen, sie dienen daher lediglich als orientierende Kategorien.

Punkt 1 verweist darauf, dass es in postkolonialen Theorien und in ihrer Kritik bereits seit längerer Zeit Diskussionen darüber gibt, ob Antisemitismus mit dem begrifflichen Instrumentarium der Theorie überhaupt adäquat beschrieben werden kann. Die postkoloniale Theorie hat dabei einen Rassismusbegriff verwendet, der stark an diskurstheoretischen Arbeiten Michel Foucaults oder auch Saids orientiert ist, in denen Rassismus hauptsächlich Ausdruck einer Dominanzstruktur der Mehrheitsgesellschaft ist. Diese Theorien begreifen Rassismus nach einem Muster von Aufwertung und Abwertung: Rassistisch äußern sich diejenigen, die das Selbst auf Kosten eines Anderen abwerten. Dadurch können dann auch rassistische Diskriminierungs- und Ausbeutungspraktiken rationalisiert werden. Die Grundstruktur des Antisemitismus ist mit diesem Muster allerdings

2007 Nach Fanon (1961).

2008 Rensmann (2025), S. 217.

2009 Vgl. Stosberg (2024).

2010 Elbe (2024), S. 5 f.

nur begrenzt kompatibel; wesentliche Elemente seiner Dynamik sind mit einem derartigen Muster nicht erfassbar. So sind sowohl vormoderner als auch moderner Antisemitismus immer schon von Vorstellungen geprägt gewesen, die, wie oben bereits erläutert, Juden als verschwörerische und bösartige Macht interpretieren, die die Welt ins Verderben stürzen wolle. Indem diese Spezifik des Antisemitismus aber nicht anerkannt wird, Juden sogar teils selbst als weiß und privilegiert und damit prinzipiell der Diskriminierung unanfällig verstanden werden, werden wesentliche Elemente des Antisemitismus ignoriert und damit bagatellisiert.²⁰¹¹

Punkt 2 geht zurück auf die bereits erwähnten wissenschaftlichen Diskussionen um die Vergleichbarkeit von Kolonialismus und Nationalsozialismus sowie die Auseinandersetzungen im Historikerstreit 2.0, bei denen die Frage nach der sogenannten Singularität des Holocaust zentral ist. Grob zusammengefasst gehen Vertreter einer Singularitäts- oder Präzedenzlosigkeitsthese²⁰¹² davon aus, dass sich in der europäischen Judenvernichtung eine Dynamik offenbarte, die es in dieser Form in der Menschheitsgeschichte noch nicht gegeben hatte. Diese Neuartigkeit liege in der Ideologie des Antisemitismus begründet. Kennzeichnend für den modernen und den nationalsozialistischen Antisemitismus ist, dass er Juden zu absoluten Feinden erklärt, die für alle Übel der Welt verantwortlich seien. Durch den Holocaust wollten sich die Nationalsozialisten von diesem angeblichen Bösen erlösen. Der Historiker Saul Friedländer sprach daher auch von einem „Erlösungsantisemitismus“ der Nationalsozialist:innen. In diesem Aspekt liegt das qualitativ Beispiellose des Holocaust: Niemals zuvor wurde in der bisherigen Geschichte eine Gruppe für alles Leid der Welt verantwortlich gemacht, wurde eine Gruppe sowohl für eine Übermacht als auch für unsichtbare „Parasiten“ gehalten. Viele Genozide der Geschichte ereigneten sich in konkreten Konflikten, in denen es zuvor schon konkrete Auseinandersetzungen (bspw. um Territorien und Ressourcen) gegeben hatte. Doch es gab keinen konkreten Konflikt mit dem Judentum, es ging auch keine reale Gefahr von ihm aus. Jüdische Menschen sollten auch nicht aus ökonomischen Gründen ermordet und auch nicht ausschließlich als Arbeitskräfte ausgebeutet werden. Der Vernichtungsantisemitismus der Nazis war auch keine übertriebene oder paranoide Einschätzung eines realen Konfliktes

2011 Vgl. ausführlich Klävers, (2019), S. 178–219.

2012 Ausführlichere Darlegungen zur Singularitätsthese und zu ihrer Genese und warum besser von Präzedenzlosigkeit oder Beispiellosigkeit gesprochen werden sollte, vgl. Klävers (2019, S. 26–39, o. J.).

– er war reine Paranoia, reine Projektion. Dass eine Menschengruppe ausschließlich aufgrund eines solchen paranoiden Verschwörungsglaubens vollständig aus der Welt ausgelöscht werden sollte, hatte es in der Geschichte noch nicht gegeben. Dieses Element findet sich auch nicht im (kolonialen) Rassismus. In der Konsequenz, so das von Elbe formulierte Argument, werde über die pauschale Abwehr der Argumente des Singularitätsparadigmas der Holocaust „systematisch relativiert“²⁰¹³

Punkt 3 ist bereits angesprochen worden und bezieht sich auf die Dämonisierung Israels als künstliches, koloniales Gebilde ohne Daseinsberechtigung. Besonders nach dem 7. Oktober 2023 ist deutlich geworden, wie affektiv aufgeladen in vielen postkolonialen Beiträgen der Staat Israel und seine Bewohner:innen geradezu verdammt wurde. Die Vorstellung ist, dass die Gründung des Staates Israel ausschließlich kolonisatorische Aspekte hatte und völlig einseitig mit Gewalt und Vertreibung der Palästinenser:innen einherging. Vollständig ausgeblendet wird in diesen Interpretationen nicht nur die Vorgeschichte der Staatsgründung und die bereits Jahrzehnte zurückliegende antijüdische Gewalt durch Palästinenser:innen gegen den Jischuv, sondern auch die Geschichte des Zionismus und der bereits weit vor dem Holocaust verbreiteten Vorstellung, dass im Staat Israel ein Schutzraum für vom grassierenden Antisemitismus in Europa betroffene Juden und Jüdinnen entstehen müsse. Der israelbezogene Antisemitismus, der ungefähr zeitgleich mit den postkolonialen Studien entsteht, findet in postkolonialen Ansätzen diverses Vokabular, um antisemitische Ideologeme zu verschleiern und als vermeintlich progressive Positionen zu maskieren. Die zionistische Bewegung insgesamt wird bereits in der Idee als kolonialistisch und rassistisch diffamiert und damit abgelehnt. In der Konsequenz lässt sich diese Deutung so auslegen, dass, wer Israel das Existenzrecht abspricht, auch die Vorstellung ablehnt, das Judentum habe das Recht auf einen eigenen Staat, in dem es sich selbst verwalten und vor antisemitischen Bedrohungen schützen kann. „All dies“, so Rensmann, „verweist nicht nur auf Versuche, Israel in Teilen der radikalen Linken immer wieder als besonders verbrecherisch darzustellen und auszusondern – andere Staaten, in denen teils Minderheiten systematisch verfolgt und ermordet werden, werden von Akteuren der globalen Linken selten oder gar nicht des Genozids bezichtigt.“²⁰¹⁴

Dieser Punkt ist durchaus auch relevant für die Diskussion um postkolonialen Antisemitismus und ganz allgemein den linken Hass auf Israel nach

2013 Elbe (2024), S. 83.

2014 Rensmann (2025), S. 226.

dem 7. Oktober 2023. Während sich also im Sudan im Jahr 2024 tatsächlich ein Genozid abspielte, kamen zu entsprechenden Kundgebungen beispielsweise in Berlin nicht ansatzweise so viele Menschen zur Bekundung von Solidarität zusammen wie bei den wöchentlichen Demonstrationen, Kundgebungen und vereinzelt Universitätsbesetzungen gegen einen vermeintlichen Genozid im Gazastreifen. Über die Gründe, warum die Protestierenden, die laut dort präsentierten Schildern „Gegen jeden Genozid“ demonstrierten, nicht auch für die Opfer des Genozids im Sudan mobilisiert werden konnten, kann nur spekuliert werden. Man könnte vielleicht argumentieren, dass der Sudan noch weiter von der Lebensrealität vieler in Berlin lebender Menschen entfernt ist als der Nahostkonflikt, zu dem zahlenmäßig doch mehr Menschen einen Bezug haben. Es erscheint dennoch mindestens zynisch, dass es so ein markantes Ungleichgewicht in den Demonstrationszahlen gibt, wenn diejenigen, die sich für die Perspektiven des Globalen Südens einsetzen, bei einem verheerenden Genozid in einem Land des Globalen Südens, das der Sudan ist, mehrheitlich schweigen und kaum die Empörung und entgrenzte Gewaltbereitschaft zeigen, die sie gegenüber der Reaktion Israels auf das genozidale Massaker der Hamas an den Tag legen.

Punkt 4 schließlich bezieht sich in diesem Zusammenhang darauf, dass im Reden über Antisemitismus in der postkolonialen Theorie häufig das Thema islamischer Antisemitismus in Geschichte und Gegenwart bzw. Antisemitismus in muslimischen Communitys kaum Beachtung findet. Das zeigt sich nur im Nahostkonflikt und auch hier insbesondere seit dem 7. Oktober 2023, aber auch in Diskussionen über die antisemitischen Darstellungen auf der *documenta fifteen* und die Verantwortung von *documenta*-Leitung und der verantwortlichen Kuratorengruppe *ruangrupa*.

Schnittmengen: Die *documenta fifteen* als Kulminationspunkt postkolonialer Schuldabwehr

Die *documenta fifteen* entwickelte sich im Jahr 2022 zu einem der markantesten Schauplätze gegenwärtiger erinnerungskultureller Auseinandersetzungen in Deutschland. Kuratiert vom indonesischen Kollektiv *ruangrupa*, das auf Prinzipien wie Partizipation, Gemeinschaftlichkeit und eine politische Verortung im Globalen Süden setzte, wurde sie zunächst als Hoffnungsträgerin einer dekolonialen Wende in der Kunstrezeption gefeiert. Doch bereits im Vorfeld kam Kritik an israelfeindlichen Haltungen einzelner beteiligter Gruppen auf. Mit der Eröffnung eskalierte der Konflikt, in dessen Zentrum das Banner *People's Justice* des indonesischen Kollektivs

Taring Padi stand, auf dem eine Figur mit antisemitischen Merkmalen dargestellt war – eine Karikatur, die viele Beobachter:innen an Darstellungen des *Stürmers* erinnerte.

Die Auseinandersetzung beschränkte sich jedoch nicht auf dieses Einzelwerk. Vielmehr entwickelte sich ein erinnerungspolitischer Grundsatzkonflikt, bei dem der Antisemitismusvorwurf selbst unter Verdacht geriet. Internationale Verteidiger:innen der Ausstellung und Teile des Kuratorenteams deuteten ihn als Ausdruck struktureller deutscher Arroganz, als Zensurversuch und gar als neokoloniale Herrschaft. Die Parole „Free Palestine from German Guilt“ brachte dieses Narrativ schließlich auf den Punkt: Nicht der Antisemitismus und der Holocaust, sondern dessen Thematisierung und die Erinnerung daran wurden zum Problem erklärt, weil sie angeblich globalen Kämpfen für Gerechtigkeit im Wege stünden.

In dieser Konstellation kulminierten zentrale Motive, die zuvor in theoretischer Perspektive bereits ausgearbeitet wurden: Schuldabwehr als Externalisierung historischer Verantwortung, israelbezogener und postkolonialer Antisemitismus, ein universalistisch gewendeter Antirassismus, der die Singularität des Holocaust relativiert, sowie eine diskursive Immunisierung gegen Antisemitismusvorwürfe, die als kolonial motiviert delegitimiert wurden.

Dabei wurde *People's Justice* nicht nur als agitatorisches Kunstwerk, sondern als visuelle Umsetzung des postkolonialen Weltdeutungsangebots sichtbar: Die Welt erschien als binäre Ordnung von Unterdrücker:innen und Widerstandskämpfer:innen, wobei Israel und der Westen als Projektionsfläche für Ausbeutung, Gewalt und Heuchelei dienten. Der Widerstand dagegen – „Resistance Cultural Movement“ – wurde zum heroischen Gegenbild stilisiert. Dass dabei antisemitische Tropen genutzt wurden, wurde von den Künstler:innen selbst wie auch von Unterstützer:innen systematisch relativiert, mit dem Verweis auf den kulturellen Kontext verteidigt oder durch Schuldumkehr in Form von Rassismusvorwürfen entkräftet. Auch dieser Umgang mit Kritik verweist auf ein Muster, das aus der Diskussion um Achille Mbembe und dem Historikerstreit 2.0 bereits bekannt war: Kritik an israelbezogenem Antisemitismus wird als Angriff auf den postkolonialen Diskurs gerahmt, das Reden über Antisemitismus erscheint als Machtinstrument, das antikoloniale Stimmen unterdrücken soll.

Die *documenta fifteen* wurde so zu einem performativen Raum der erinnerungskulturellen Entgrenzung, in dem Schuldabwehr und Antisemitismus unter postkolonialem Vorzeichen eine neue Konstellation eingingen. Es zeigte sich dabei auch, dass nicht nur die „Anderen“ im Globalen Süden

antisemitische Inhalte verbreiten können, sondern dass auch die deutsche Kunst- und Kulturszene bereit ist, Antisemitismus zu relativieren, wenn er sich als vermeintlich unverdächtige und unschuldige Kritik am Westen oder an Israel tarnt.

Fazit

Die Untersuchung der *documenta fifteen* als Beispielfall aktueller erinnerungspolitischer Konflikte zeigt, dass postkoloniale Narrative und deutsche Schuldabwehrantisemitismen sich in spezifischen Konstellationen gegenseitig verstärken können. Das betrifft sowohl die Art und Weise, wie Antisemitismus gelegnet oder relativiert wird, als auch die diskursive Umdeutung von Kritik an antisemitischen Inhalten in Rassismuskritik.

Gerade das Beispiel *ruangrupa* macht deutlich, wie postkoloniale Kritik gegen Antisemitismuskritik immunisiert werden kann – auch wenn diese sich auf eine reale antisemitische Bildsprache bezieht. Der offene Brief vom September 2022,²⁰¹⁵ verbale Angriffe auf das Internationale Auschwitz Komitee²⁰¹⁶ und die Rhetorik von einer angeblich nicht existenten Meinungsfreiheit zeigen, dass die Kritik am Antisemitismus systematisch delegitimiert wurde. Der eigentliche Skandal – die antisemitischen Inhalte – wurde überlagert von der Empörung über deren Thematisierung. Wenn Sri Maryanto sich enttäuscht darüber äußert, dass ein Werk wie *People's Justice* in Deutschland überhaupt für Skandalisierung sorgt,²⁰¹⁷ zeigt sich das Missverständnis, Antisemitismus sei vor allem eine Frage der kulturellen Perspektive.

Die Tatsache, dass Mitglieder von *ruangrupa* anschließend noch mit akademischen Ehren bedacht wurden,²⁰¹⁸ wirft ein bezeichnendes Licht auf

2015 Siehe werefuseweareangry.wordpress.com.

2016 Siehe www.faz.net/aktuell/feuilleton/kunst-und-architektur/documenta/documenta-streit-eskaliert-ruangrupa-nennt-auschwitz-komitee-rassistisch-18316347.html.

2017 Sri Maryanto von *Taring Padi* gab zu Protokoll, es sei im Vorfeld nicht kommuniziert worden, dass Bilder wie *People's Justice* derartige Reaktionen auslösen könnten. Darüber sei er „enttäuscht“: „Ich dachte, dass man als Künstler gerade in einem Land, in dem Meinungsfreiheit herrscht wie in Deutschland, sich über mehr Grenzen hinwegsetzen darf.“ Siehe www.spiegel.de/kultur/antisemitismus-auf-der-documenta-war-es-ein-kontrollverlust-mit-ansage-a-21435bce-3663-4101-88c4-82e6e76f73ab.

2018 Zwei Mitglieder von *ruangrupa*, also der Gruppe, die mit verantwortlich für *People's Justice* und die weiteren antisemitischen Bildinhalte der *documenta fifteen* war,

den Umgang mit Antisemitismus in bestimmten Milieus des Kunst- und Kulturbetriebs. Diese Konstellation ermöglicht nicht nur eine Abwehr der Kritik, sondern auch eine symbolische Entlastung, denn wer sich auf die Seite der postkolonialen Gerechtigkeit schlägt, kann kein Antisemit sein. Wer hingegen Antisemitismus benennt, kann in dieser Logik allerdings durchaus als reaktionär, rassistisch oder gar kolonial gelten.²⁰¹⁹ Damit bietet postkoloniales Denken in bestimmten Spielarten eine projektive Erinnerungsabwehr, die man durchaus auch als neuartigen Teilaspekt eines Schuldabwehrantisemitismus begreifen kann.

Auch die weiteren der von Bergmann vorgestellten vier Varianten des Schuldabwehrantisemitismus finden sich in der einen oder anderen Form auch in diesen Debatten um postkolonialen Antisemitismus transformiert wieder: Indem die Spezifik des Holocaust nicht angemessen anerkannt wird, werden Elemente des Holocaust relativiert, indem die Politik des Staates Israels in einen Zusammenhang mit dem Holocaust gebracht wird, werden Opfer und Täter vertauscht. Sich im Kontext postkolonialer Debatten nicht mit der Geschichte des Nationalsozialismus und der Gegenwart des Antisemitismus auseinandersetzen zu wollen, kann als Verweigerungshaltung bezeichnet werden, und der Vorwurf an die Juden, den Holocaust für eigene Zwecke zu instrumentalisieren, kann in der einen oder anderen Form in aktuellen Vorwürfen auch analog an den Staat Israel gerichtet werden. Unterschiedlich sind selbstverständlich auch hier die politischen Vorzeichen. Dennoch sollte festgehalten werden, dass diese Art der Kommunikation über Antisemitismus auch einem autochthon deutschen Personenkreis durchaus auch als Möglichkeit dienen kann, mit einem als überkommen und nicht mehr zeitgemäß wahrgenommenen Gedenken zu brechen und es durch ein neues zu ersetzen. Diese Tendenz eint zumindest den ersten und zweiten Historikerstreit, auch wenn es hier um andere, zuweilen gar gegenläufige politische Forderungen ging und geht. Dennoch:

erhielten im Wintersemester 2022/23 Gastprofessuren an der Kunsthochschule Hamburg.

- 2019 Allein die Tatsache, dass tatsächlich rechte oder reaktionäre Kräfte so gut wie nie daran interessiert sind, die Geschichte des Kolonialismus aufzuarbeiten oder anzuerkennen, sollte eigentlich gegen eine solche Argumentation sprechen. Ein großer Teil der Kritik an postkolonialem Antisemitismus geht in deutschen Mehrheitsdiskursen doch allerdings so gut wie immer mit dem Zugeständnis einher, dass die Aufarbeitung und Thematisierung des Kolonialismus ein sehr wichtiges Anliegen sei, das allerdings nicht auf Kosten der Erinnerung an den Holocaust und das Verständnis von Antisemitismus als spezifischer Diskriminierungsideologie gehen sollte.

Wer meint, dass der Fokus auf deutsche Schuld am Holocaust eine als besser wahrgenommene Erinnerungskultur negativ beeinflusse oder gar verhindere, hat zwar möglicherweise verschiedene Ziele vor Augen, argumentiert aber strukturell gleich.

Es gibt ernst zu nehmende Kritik an deutscher Selbstgerechtigkeit im Erinnern, an einem überzogenen Stolz auf die eigene „Wiedergutwerdung“²⁰²⁰ oder an einer weitverbreiteten Ignoranz gegenüber kolonialer Gewaltgeschichte. Diese berechtigten Anliegen sollten nicht diskreditiert, sondern in produktiven Austausch Perspektive gebracht werden. Die Herausforderung liegt dabei möglicherweise vor allem darin, genau hinzuschauen: Wo dient postkoloniale Erinnerungspolitik der Öffnung des Diskurses und wo dient sie seiner Verengung und der Begünstigung von antisemitischer Schuldabwehr, der Relativierung von Antisemitismus, Holocaust und Israelhass? Die Diskussion um die *documenta fifteen* war in dieser Hinsicht ein Seismograf. Die Aufgabe der Zukunft ist es nun, die Bruchlinien, Leerstellen und Ressentiments, die sie sichtbar machte, ernst zu nehmen und daraus Konsequenzen für eine globale und solidarische, aber klare, deutliche und konsequente antisemitismuskritische Erinnerungskultur zu ziehen.

Literaturverzeichnis

- Adorno, Theodor W. (1955): Schuld & Abwehr. Eine qualitative Analyse zum Gruppenexperiment. In: ders.: Soziologische Schriften II.1. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 121–327.
- Adorno, Theodor W. (2001): *Minima Moralia: Reflexionen aus dem beschädigten Leben*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Ahmad, Aijaz (2008): In *Theory. Classes, Nations, Literatures*. London: Verso.
- Bajohr, Frank/O’Sullivan, Rachel (2022): Holocaust, Kolonialismus und NS-Imperialismus: Forschung im Schatten einer polemischen Debatte. In: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*, 70 (1), S. 191–202, <https://doi.org/10.1515/vfzg-2022-0008>.
- Bergmann, Werner (2008): Sekundärer Antisemitismus. In: *Handbuch des Antisemitismus. Judenfeindschaft in Geschichte und Gegenwart*, hrsg. von Wolfgang Benz, Bd. 2. München: De Gruyter Saur, S. 300–302.
- Castro Varela, María do Mar/Dhawan, Nikita (2005): *Postkoloniale Theorie. Eine kritische Einführung*. Bielefeld: Transcript.
- Chibber, Vivek (2013): *Postcolonial Theory and the Specter of Capital*. London: Verso.
- Cooppan, Vilashini (2000): W(h)ither Post-Colonial Studies? Towards the Transnational Study of Race and Nation. In: Laura Chrisman/Benita Parry (Hrsg.): *Postcolonial Theory and Criticism*. Cambridge: D. S. Brewer, S. 1–35.

2020 Geisel (1984).

- Elbe, Ingo (2024): Antisemitismus und postkoloniale Theorie. Der „progressive“ Angriff auf Israel, Judentum und Holocausterinnerung (Critica diabolis 328). 2. Aufl., Berlin: Edition Tiamat.
- Essner, Cornelia (2005): „Border-line“ im Menschenblut und Struktur rassistischer Rechtsspaltung. Koloniales Kaiserreich und „Drittes Reich“. In: Micha Brumlik/Susanne Meinel/Werner Renz (Hrsg.): Gesetzliches Unrecht. Rassistisches Recht im 20. Jahrhundert (Fritz Bauer Institut: Jahrbuch 2005 zur Geschichte und Wirkung des Holocaust). Frankfurt am Main: Campus, S. 27–64.
- Fanon, Frantz (1961): *Les Damnés de la Terre*. 2. Aufl., Paris: Maspero.
- Fitzpatrick, Matthew P. (2008): The Pre-History of the Holocaust? The Sonderweg and Historikerstreit Debates and the Abject Colonial Past. In: *Central European History*, 41 (3), S. 477–503, <https://doi.org/10.1017/S0008938908000599>.
- Friedländer, Saul/Frei, Norbert/Steinbacher, Sybille/Diner, Dan (2022): *Ein Verbrechen ohne Namen. Anmerkung zum neuen Streit über den Holocaust*. München: C. H. Beck.
- Geisel, Eike (1984): *Lastenausgleich, Umschuldung. Die Wiedergutwerdung der Deutschen. Essays, Polemiken, Stichworte*. Berlin: Edition Tiamat.
- Gerwarth, Robert/Malinowski, Stephan (2007): Der Holocaust als „kolonialer Genozid“? Europäische Kolonialgewalt und nationalsozialistischer Vernichtungskrieg. In: *Geschichte und Gesellschaft*, 33 (3), S. 439–66.
- Grosse, Pascal (2005): What Does German Colonialism Have to Do with National Socialism? A Conceptual Framework. In: Eric Ames/Marcia Klotz/Lora Wildenthal (Hrsg.): *Germany's Colonial Pasts*. Lincoln/London: Nebraska UP, S. 115–134.
- Haury, Thomas (2002): *Antisemitismus von links. Kommunistische Ideologie, Nationalismus und Antizionismus in der frühen DDR*. Hamburg: Hamburger Edition.
- Kerner, Ina (2012): *Postkoloniale Theorien zur Einführung*. Hamburg: Junius.
- Klävers, Steffen (2018): Postkoloniale Normalisierung: Anmerkungen zur Debatte um eine koloniale Qualität von Nationalsozialismus und Holocaust. In: *Zeitschrift für Kritische Sozialtheorie und Philosophie*, 5 (1), S. 103–116, <https://doi.org/10.1515/zksp-2018-0007>.
- Klävers, Steffen (2019): *Decolonizing Auschwitz? Komparativ-postkoloniale Ansätze in der Holocaustforschung*. Berlin: De Gruyter Oldenbourg.
- Klävers, Steffen (o. J.): Was heißt „Singularität des Holocaust“ – und was nicht? In: *haGalil*, <https://www.hagalil.com/singularitaet-des-holocaust/> (06.02.2024).
- Kreienbaum, Jonas (2021): Koloniale Ursprünge? Zur Debatte um mögliche Wege von Windhuk nach Auschwitz. In: *bpb*, 01.10.2021, <https://www.bpb.de/apuz/geschichte-und-erinnerung-2021/341135/zur-debatte-um-moegliche-wege-von-windhuk-nach-auschwitz>.
- Kühne, Thomas (2013): Colonialism and the Holocaust. Continuities, Causations, and Complexities. In: *Journal of Genocide Research*, 15, S. 339–362.
- Longerich, Peter (2021): *Antisemitismus. Eine deutsche Geschichte. Von der Aufklärung bis heute*. München: Siedler.
- McClintock, Anne (1992): The Angel of Progress. Pitfalls of the Term „Post-Colonialism“, *Social Text* 31/32, S. 84–98.

- Moses, A. Dirk (2010): Colonialism. In: Peter Hayes/John K. Roth (Hrsg.): The Oxford Handbook of Holocaust Studies. Oxford: Oxford UP, S. 68–80.
- Moses, A. Dirk (2021): Der Katechismus der Deutschen, 23.05.2021, <https://geschichte-dergegenwart.ch/der-katechismus-der-deutschen/>.
- Parry, Benita (2004): The Institutionalization of Postcolonial Studies. in The Cambridge Companion to Postcolonial Literary Studies, hg. von Neil Lazarus (Cambridge).
- Rensmann, Lars (2025): Politischer Antisemitismus im postfaktischen Zeitalter. Formen und Ursachen in Demokratien des 21. Jahrhunderts. Baden-Baden: Nomos, <https://doi.org/10.5771/9783845276489>.
- Stosberg, Tim (2024): „Dekolonisierung ist KEINE Metapher“: Zur Kritik postkolonialer Perspektiven auf den arabisch-israelischen Konflikt. In: Luca Zarbock/Salome Richter/Marc Seul/Franziska Thureau/Andreas Borsch/Luisa Gärtner/Lennard Schmidt/Dorothea Seiler (Hrsg.): Antisemitismus zwischen Latenz und Leidenschaft. Opladen/Berlin: Verlag Barbara Budrich, S. 229–242.
- Zimmerer, Jürgen (2011): Von Windhuk nach Auschwitz? Beiträge zum Verhältnis von Kolonialismus und Holocaust. Münster: Lit.
- Zollmann, Jakob (2007): Polemics and Other Arguments. A German Debate Reviewed. In: Journal of Namibian Studies: History, Politics, Culture, 1, S. 109–130.

8.4 Antisemitismus in postkolonialen und feministischen Szenen

Karin Stögner

Der Terrorangriff der Hamas, des Islamischen Jihad und weiterer palästinensischer Gruppen am 7. Oktober 2023 markiert einen Tiefpunkt antisemitisch-misogynen Gewalt. Die Vergewaltigung, Ermordung und Entführung von Frauen und Mädchen, von den Terroristen gefilmt und ins Netz gestellt, hätten eine klare, feministische Verurteilung weltweit erwarten lassen – verbunden mit der Forderung nach sofortiger Freilassung aller Geiseln, Solidarität mit den israelischen Opfern und der Anerkennung von Israels Recht auf Selbstverteidigung.

Zwar gab und gibt es einzelne feministische Stimmen, die diese Position vertreten, doch deutlich lauter sind seitdem Gruppen und Akteurinnen, die sich als intersektional- oder queer-feministisch verstehen, zugleich aber – im Namen einer missverstandenen Solidarität mit Palästina und im Einklang mit der „Boycott, Divestment, Sanctions“- (BDS-) Kampagne – Täter-Opfer-Umkehr betreiben. Die Gewalt der Hamas wird dabei nicht nur relativiert, sondern zuweilen als vermeintlich legitimer Widerstand gegen eine angebliche israelische Besatzung des Gazastreifens dargestellt, häufig

verbunden mit der Forderung nach einem Palästina „from the river to the sea.“²⁰²¹

Solche Reaktionen aus intersektionalen und queer-feministischen Bewegungen in den USA und Europa sind erschütternd, kommen jedoch nicht völlig überraschend. Sie stehen in Kontinuität mit einem seit rund zwei Jahrzehnten zu beobachtenden Trend: Teile dieser Bewegungen unterstützen die BDS-Kampagne, die Israel durch akademische, kulturelle und wirtschaftliche Boykotte zu einem vollständigen Rückzug aus allen sogenannten besetzten Gebieten, worunter je nach Definition häufig auch das Kernland Israels fällt, und zur Rückkehr palästinensischer Flüchtlinge zwingen will – Forderungen, die auf die faktische Abschaffung Israels hinauslaufen. Die dabei hervortretenden Zusammenhänge von Antisemitismus, Postkolonialismus und intersektionalem Feminismus wurden auch 2022 während der *documenta fifteen* in Kassel deutlich.

Vor diesem Hintergrund werde ich in diesem Beitrag erstens anhand von zahlreichen Beispielen beleuchten, inwiefern und warum der Antisemitismus seit langem ein blinder Fleck insbesondere in postkolonialen und intersektional-feministischen Zusammenhängen ist. Demgegenüber werde ich in einem zweiten Schritt einen Zugang zu Intersektionalität skizzieren, der Antisemitismus nicht ausschließt, sondern in intersektionaler Ideologiekritik Antisemitismus und Sexismus in gegenseitiger Verschränkung erkennt und kritisiert. Diesen Zugang werde ich einerseits an der Ideologie der Hamas, andererseits an *Taring Padi*s antisemitischem Bild auf der *documenta fifteen* exemplifizieren. In einem Fazit werde ich in einigen Punkten mögliche Gegenstrategien für den akademischen Diskurs formulieren.

2021 Bereits unmittelbar nach dem 7. Oktober wurden Erklärungen gegen Israel online veröffentlicht, etwa das inzwischen vom Netz genommene *Statement in Solidarity with the Palestinian People* der Universität Ghent vom 10.10.2023, das eindeutig die Hamas unterstützt, eine virulente Opfer-Täter-Umkehr vorgenommen und das Massaker eine legitime anticoloniale Widerstandshandlung genannt hat (<https://www.ugent.be/ps/conflict-ontwikkeling/en/news-events/news/statementpalestinianpeople>, letzter Zugriff: 02.11.2023); oder das Palestine Digital Action Toolkit des Palestinian Feminist Collective: „All Out For Palestine. Stop the Genocide! End U.S. Aid to Israel! Free Palestine! October 2023“ (https://actionnetwork.org/user_files/user_files/000/098/772/original/All_Out_Palestine_Toolkit_3.0.pdf?fbclid=IwAR3e-fON7vRJz560yXzIL-G86FGNsfl8vtolcK4OlvuxNZ-DBS3ZY8_pYE0, letzter Zugriff: 13.06.2025).

Antisemitismus als blinder Fleck

Ausgangspunkt meiner Überlegungen bildet das intersektionale feministische Prinzip, das die Notwendigkeit betont, feministische Aufmerksamkeit nicht allein auf geschlechtsspezifische Ungleichheiten zu richten, sondern auch andere Formen der Unterdrückung in den Blick zu nehmen. Grund dafür ist, dass sich innerhalb der Kategorie Geschlecht vielfältige Verflechtungen mit weiteren Ungleichheitsdimensionen, insbesondere Race und Klasse, offenbaren. Intersektionales Denken fungiert hier sowohl als Instrument der Selbstreflexion als auch als Impulsgeber für eine umfassende, universelle Solidarität. So waren es insbesondere die Intersektionalitätsdebatten, die ab den späten 1970er Jahren eine grundlegende Kritik an einem monolithischen Verständnis von Geschlecht anstießen: Ein Feminismus, der sich ausschließlich auf die Gleichstellung der Geschlechter konzentriert, vernachlässigt Machtverhältnisse, die durch Homophobie, Rassismus, Kolonialismus und Klassenhierarchien strukturiert sind.²⁰²²

Gleichwohl lässt sich seit etwas mehr als zwei Jahrzehnten beobachten, dass diese notwendige Kritik an einer reduktionistischen Geschlechterdichotomie in zahlreichen intersektionalen Ansätzen mit einer ebenfalls vereinfachenden Gegenüberstellung von Globalem Süden und Westen einhergeht.²⁰²³ In der Folge werden diskursive Muster reaktiviert, die bereits in den 1960er Jahren in linken Kontexten auffällig waren: Damals wurde der feministische Kampf um Gleichberechtigung als Nebenwiderspruch betrachtet und dem Klassenkampf untergeordnet. Dahinter stand die Annahme, die sogenannte „Frauenfrage“ werde durch die Überwindung des Kapitalismus gleichsam automatisch gelöst. In ähnlicher Weise werden in gegenwärtigen intersektionalen Debatten oftmals feministische Forderungen nach Geschlechtergerechtigkeit der Frage nach kultureller Anerkennung nachgereiht. In solchem Kulturrelativismus erscheinen feministische Forderungen als Ausdruck eines westlichen Fokus und werden folglich als Hindernis für die angestrebte Befreiung des Globalen Südens vom kulturellen Imperialismus des Westens abgelehnt.²⁰²⁴

In diesem Kontext werden nicht-intersektionale feministische Positionen häufig als weiß, westlich und liberal diskreditiert.²⁰²⁵ Ihnen wird vorgeworfen, rassistische Machtverhältnisse gegenüber People of Color und dem

2022 CRC (1978); Crenshaw (1991); Hill-Collins (2015).

2023 Vgl. z. B. Vargès (2021); Buck-Morss (2006).

2024 Vgl. Hochberg/Maikey/Rima (2010).

2025 Jesella (2024).

Globalen Süden nicht nur zu ignorieren, sondern sogar zu reproduzieren. Zwar ist nicht zu bestreiten, dass liberale feministische Ansätze zum Teil blinde Flecken im Hinblick auf rassistische Segregation und Klassenhierarchien aufweisen können, jedoch tendieren intersektionale und dekoloniale Feminismen ihrerseits mitunter dazu, patriarchale Geschlechterverhältnisse in nicht-westlichen Gesellschaften als kulturelle Besonderheiten zu legitimieren und deren Anerkennung einzufordern. In solchen Fällen wird Emanzipation primär als Befreiung vom westlichen Paternalismus verstanden, während die Befreiung von patriarchaler Unterdrückung in den Hintergrund tritt.²⁰²⁶

Angela Davis, eine zentrale Figur der US-amerikanischen Bürgerrechtsbewegung und des Schwarzen Feminismus sowie eine engagierte Befürworterin einer globalen Allianz zwischen queer-feministischen Ansätzen und der BDS-Kampagne – kurz: Queer BDS²⁰²⁷ –, hat in den entsprechenden Debatten eine prominente Rolle eingenommen. In diesem Zusammenhang definiert sie Intersektionalität als eine „Intersectionality of Struggles“²⁰²⁸ und verknüpft den antirassistischen Kampf um Bürgerrechte in den Vereinigten Staaten unmittelbar mit dem palästinensischen Kampf gegen Israel. Dabei interpretiert sie den antisemitischen Terror von Gruppierungen wie Hamas, Islamischer Dschihad oder PFLP als legitime Form des Widerstands gegen einen vermeintlichen israelischen Staatsterrorismus.

Ungeachtet der Verdienste von Davis im Kontext des US-amerikanischen Bürgerrechtskampfes und des Black Feminism offenbart ihre politische Positionierung eine deutliche Anfälligkeit für antisemitische Narrative in Form von israelfeindlichen Deutungen: So charakterisiert sie Israel als illegitimen Siedlerkolonialstaat²⁰²⁹ und erklärte Palästina nach dem 7. Oktober zum „Zentrum der Welt“²⁰³⁰. Diese Rhetorik erinnert an Parolen wie „Palestine will set us free!“, die auf antiisraelischen Demonstrationen zu hören und zu lesen sind und nahelegen, dass weibliche Emanzipation erst durch die Befreiung Palästinas realisiert werden könne. Ein entsprechender Slogan wurde bereits vor dem 7. Oktober im Rahmen einer Kampagne des „Palestinian Feminist Collective“ verwendet – eines in den Vereinigten Staaten ansässigen Netzwerks palästinensischer und arabischer Frauen und

2026 Vgl. Butler (2009); Vargès (2021); Buck-Morss (2006).

2027 Vgl. Davis (2016b).

2028 Davis (2016a); kritisch dazu Blackmer (2022); Stögner (2021, 2023b).

2029 Davis (2016a).

2030 Paroles d'Honneur (2024).

Feministinnen.²⁰³¹ Dieses Kollektiv fordert eine „wirklich intersektionale und dekoloniale feministische Vision für die Vereinigten Staaten, Palästina und unsere Welt, [...] die das Erbe der Solidarität zwischen palästinensischen, schwarzen, indigenen, feministischen Arbeiterinnen und Arbeiterinnen der Dritten Welt und queeren Gemeinschaften bewahrt.“²⁰³²

Zentrales Element dieser Vision ist eine antizionistische Vorstellung von Erlösung: „Wir denken und schaffen eine neue Welt, die frei ist von Systemen geschlechtsspezifischer, rassistischer und ökonomischer Ausbeutung, die menschliches Leben und Land zu Waren macht. Unsere Vision ist eine radikal andere Zukunft, die auf lebensbejahender Verbundenheit, der Stärkung der Arbeiterklasse und der Liebe zueinander, zum Land, zum Leben und zum Planeten selbst basiert. Aus diesem Grund verpflichten wir uns, Palästina als feministische Angelegenheit anzuerkennen, und werden diese Verpflichtung in unserem täglichen Leben und unserer Organisationspraxis aufrechterhalten.“²⁰³³ Diese Perspektive verweist auf eine politische Theologie, in der sich die Sehnsucht nach Erlösung im postfaktischen Zeitalter artikuliert. In manichäischer Weise wird dabei das Böse der Welt auf Israel projiziert. Der Weltfrieden und die Zukunft des gesamten Planeten scheinen von der Lösung der sogenannten „Israel-Frage“ abzuhängen, wodurch diese zu einer monströs erweiterten Variante der alten „Judenfrage“ wird.²⁰³⁴

Die aufgeführten Beispiele verdeutlichen einen Trend, demzufolge sich der intersektionale Feminismus zunehmend von einer universellen Forderung nach der Befreiung von Frauen aus männlicher Dominanz entfernt hat. Wie Koschka Linkerhand betont, ist jedoch eine explizit feministische intersektionale Perspektive nur dann gegeben, wenn „die verschiedenen Diskriminierungsarten in Bezug zum Geschlechterverhältnis gesetzt werden – nicht im Sinne einer Rangordnung oder eines Hauptwiderspruchs, sondern im Sinne eines inhaltlichen Fokus.“²⁰³⁵ Diese Voraussetzung erfüllen zahlreiche gegenwärtige intersektionale Ansätze nicht. Statt Geschlecht gemeinsam mit Kategorien wie „Rasse“, Religion oder Ethnizität im Sinne einer verflochtenen Analyse zu betrachten, etablieren viele eine binäre Gegenüberstellung von Weißen und People of Color, die zugleich mit einer

2031 Palestinian Feminist Collective (2021).

2032 Ebd.

2033 Ebd.

2034 Fine/Spencer (2018); Seymour (2019).

2035 Linkerhand (2025), S. 225.

strikten Dichotomisierung zwischen dem Westen und dem Globalen Süden einhergeht.²⁰³⁶

Insbesondere im antiisraelischen Aktivismus wird der Globale Süden häufig als homogener Block ohne interne Differenzen oder Interessenkonflikte konstruiert. In dieser Konzeption dient er als Projektionsfläche für antiwestliche Narrative, die ein wachsendes Unbehagen gegenüber zentralen Prinzipien der Moderne wie Individualität, Autonomie und Emanzipation artikulieren. Solche Narrative operieren mit der Zuweisung von Menschen zu starren Kollektiven und konzipieren diese in absoluten und widerspruchsfreien Begriffen. Das Interesse vieler Aktivist:innen richtet sich dabei insbesondere auf Konflikte im Globalen Süden, deren Deutung jedoch monokausal auf die Folgen kolonialer Machtausübung eingeschränkt wird.

Der postkoloniale Konflikt wird als der alles strukturierende Konflikt wahrgenommen, dem alles untergeordnet wird. Wie Olúfẹ́mí Táíwò²⁰³⁷ kritisch anmerkt, blenden zahlreiche dekoloniale Ansätze derart die politische Handlungsfähigkeit afrikanischer Gesellschaften sowie deren innere Konflikte aus. Statt den kulturellen oder religiös-patriarchalen Ursprüngen bestimmter Konflikte *im* Globalen Süden nachzugehen, wird deren Ursache ausschließlich im westlichen – oder spezifisch: im israelischen – Einfluss gesehen. In dieser Perspektive wird der Zionismus als ein Siedlerkolonialismus²⁰³⁸ interpretiert, der nicht nur rassistisch sei, sondern darüber hinaus darauf abziele, tradierte islamische Geschlechternormen in der MENA-Region zu unterminieren und durch westliche, als neokolonial verstandene Geschlechternormen zu ersetzen.²⁰³⁹ Joseph Massad, der das Massaker der Hamas vom 7. Oktober auf der Plattform *Electronic Intifada* ausdrücklich begrüßte,²⁰⁴⁰ vertritt die Auffassung, dass der Westen einer „authentischen“ arabischen Sexualität westliche Vorstellungen von Frauenrechten, sexueller Autonomie und LGBT-Identitäten aufzwingt und dadurch die islamische Kultur zerstört.²⁰⁴¹ Bereits nach den Anschlägen vom 11. September 2001 hatten Judith Butler und Susan Buck-Morss Anerkennung für islamische Geschlechternormen geäußert, die sie als Kritik an einer westlichen Frei-

2036 Elbe (2024).

2037 Táíwò (2022).

2038 Für eine Kritik der Behauptung, Israel sei ein Siedlerkolonialismus, siehe Bassi (2023) und Kirsch (2024).

2039 Vgl. Puar (2007), S. 57.

2040 Massad (2023).

2041 Massad (2007); kritisch dazu Dhawan (2015).

heitsidee verstanden, die Frauen auf Konsumobjekte reduziere und vor der nicht-westliche Frauen geschützt werden müssten.²⁰⁴²

Antisemitismus stellt seit langem einen blinden Fleck innerhalb intersektionaler und postkolonialer Diskurse dar.²⁰⁴³ Diese Leerstelle resultiert aus einem theoretischen Bezugsrahmen, in dem Antisemitismus primär in mehrheitlich weißen Gesellschaften verortet wird, während Rassismus vorrangig als System der Unterdrückung, Ausbeutung und Marginalisierung Schwarzer Menschen, People of Color sowie ehemals kolonialisierter Bevölkerungsgruppen begriffen wird. In diesem Denksystem können von Rassismus betroffene Menschen ebenso wenig antisemitisch sein wie Linke und Progressive. Antisemitismus wird ausschließlich mit Rechtsextremismus und dem Nationalsozialismus verkoppelt. Andere Formen des Antisemitismus, insbesondere der islamische und der auf Israel bezogene, werden konsequent verleugnet. Da Juden und Jüdinnen zudem nicht im klassischen Sinn rassistisch diskriminiert werden, bleiben sie aus dem intersektionalen Rahmen häufig ausgeschlossen oder werden nicht als eine Minderheit anerkannt, die historisch und gegenwärtig systemischer Gewalt sowie existenziellen Vernichtungsandrohungen ausgesetzt ist. Im Unterschied zum kolonialen Rassismus basiert Antisemitismus nicht auf phänotypischen Merkmalen wie Hautfarbe, sondern auf Verschwörungsmythen, in denen Jüdinnen und Juden als übermächtig, im Geheimen operierend und global einflussreich konstruiert werden.²⁰⁴⁴ Aufgrund seiner strukturellen Abweichung vom klassischen postkolonialen Verständnis rassistischer Hierarchien erfährt Antisemitismus innerhalb dieser Diskurse nur geringe analytische und politische Aufmerksamkeit.²⁰⁴⁵

Diese begriffliche Einschränkung zeigt sich besonders deutlich in Debatten rund um den Staat Israel. Formen des israelbezogenen Antisemitismus stellen Jüdinnen und Juden in Israel oftmals als weiße Kolonisator:innen dar und sprechen ihnen damit das Recht auf nationale Selbstbestimmung

2042 Butler (2009); Buck-Morss (2006).

2043 Vgl. Elbe (2024); Stögner (2021, 2023b).

2044 Vgl. Schraub (2019). Ein begrenztes Verständnis von Rassismus als Konflikt zwischen Weißen und People of Color oder zwischen dem Westen und dem Globalen Süden ignoriert nicht nur Antisemitismus, sondern auch andere Formen von Rassismus, die sich nicht auf die Hautfarbe oder postkoloniale Beziehungen zurückführen lassen, beispielsweise Rassismus gegen Osteuropäer:innen in Westeuropa; siehe Kalmar (2022).

2045 Vgl. Illouz (2024), S. 34; zum Unterschied zwischen Rassismus und Antisemitismus vgl. Stögner (2025).

ab.²⁰⁴⁶ Forderungen nach einer „Dekolonisierung Palästinas“, wie sie etwa von Judith Butler²⁰⁴⁷ formuliert wurden, implizieren nicht selten – ob offen oder verschleiert – die Auflösung Israels als jüdischen Staat. Eine solche Position verkennt die Funktion Israels als Schutzraum für Jüdinnen und Juden, die weltweit antisemitischer Bedrohung ausgesetzt sind.

Diese Rhetorik steht exemplarisch für eine weiterreichende Kontroverse um konkurrierende Opferpositionen. Stimmen wie Michael Rothberg²⁰⁴⁸ oder – in radikalisierte Form – Dirk Moses²⁰⁴⁹ vertreten die Auffassung, dass die erinnerungskulturelle Fokussierung auf den Holocaust die Anerkennung kolonialer und rassistischer Gewaltverhältnisse überlagere. Enzo Traverso schlägt in dieselbe Kerbe, wenn er in der deutschen Erinnerungspolitik eine „Rechtfertigung für imperiale und neokoloniale Politik“ zu erkennen glaubt. Er fordert, „die Erinnerung an Auschwitz [solle] mobilisiert werden, um neue Völkermorde zu verhindern, nicht um sie zu rechtfertigen“²⁰⁵⁰ – womit er nahelegt, dass Israel einen Genozid begehe, der durch deutsche Gedenkpolitik legitimiert werde.

Solche Argumentationen verlagern die Verantwortung für koloniales Unrecht von europäischen Gesellschaften auf Israel und Juden und Jüdinnen. Dabei wird die Singularität des Holocaust relativiert und seine erinnerungspolitische Bedeutung in ein vermeintliches Ungleichgewicht der globalen Erinnerungskultur umgedeutet. Die Konstruktion der Shoah als Quelle gegenwärtiger politischer Verzerrungen entzieht jüdischer Erinnerung ihre moralische Autorität und transformiert sie in ein Symbol hegemonialer Herrschaft. In diesem Prozess verlieren Jüdinnen und Juden ihren Status als bedrohte Minderheit und erscheinen stattdessen als Angehörige einer vermeintlich global agierenden, kolonialen Elite.²⁰⁵¹ Dies ermöglicht es insbesondere Akteur:innen aus ehemaligen Kolonialmächten, sich symbolisch von ihrer eigenen kolonialen Gewaltgeschichte zu distanzieren, ohne diese kritisch aufzuarbeiten, und stattdessen Israel als Projektionsfläche für Schuld- und Verantwortungszuschreibungen zu nutzen.

Gerade im deutschen und österreichischen Kontext gewinnt diese Verschiebung eine besondere psychopolitische Relevanz. Die häufig subtile, mitunter aber auch explizite Gleichsetzung Israels mit dem NS-Staat fun-

2046 Vgl. Bassi (2023).

2047 Butler (2012).

2048 Rothberg (2009).

2049 Moses (2021).

2050 Feroz (2025).

2051 Vgl. Illouz (2024), S. 34.

giert hier als Abwehrmechanismus gegenüber nicht aufgearbeiteter Schuld. Indem den Jüdinnen und Juden Verbrechen analog zum Nationalsozialismus unterstellt werden, wird versucht, die historische Täterrolle symbolisch umzukehren – ein Vorgang, der weniger der Analyse realer Verhältnisse dient als der psychologischen Entlastung der Nachfahren nationalsozialistischer Täter:innen.²⁰⁵²

Postkoloniale und intersektionale Diskurse vernachlässigen häufig die ideologische Struktur des Antisemitismus, insbesondere seine fundamentale Verankerung in verschwörungstheoretischen Weltdeutungen und seine wiederkehrenden Vernichtungsfantasien gegenüber Jüdinnen und Juden – Phänomene, die sowohl in westlichen als auch in islamischen Varianten des Antisemitismus zu beobachten sind.²⁰⁵³ In diesen theoretischen Rahmungen fungieren jüdische Frauen oftmals als Repräsentantinnen eines vermeintlich weißen, liberalen und westlich-hegemonialen Feminismus, dem eine grundlegende Empathielosigkeit gegenüber den Lebenserfahrungen von Women of Color unterstellt wird.²⁰⁵⁴ Diese konstruierte Dichotomie zwischen „weißen“ Jüdinnen und Women of Color trägt maßgeblich dazu bei, dass intersektional-feministische Diskurse so wenig Solidarität mit den israelischen Frauen erkennen lassen, die während der Angriffe der Hamas am 7. Oktober 2023 schwerste sexuelle Gewalt erlitten haben. Als Reaktion auf dieses Missverhältnis ist der Hashtag *#MeToo_UNless_UR_a_Jew*²⁰⁵⁵ entstanden, der die selektive Wahrnehmung feministischer Solidarität kritisiert.

Statt eine eindeutige Verurteilung der antisemitisch motivierten sexuellen Gewalt durch die Hamas zu formulieren und Empathie mit den betroffenen israelischen Frauen zu zeigen, unterzeichneten 1.800 Personen – darunter auch Angela Davis – den offenen Brief „Open Letter to the Israeli and US Governments and Others Weaponizing the Issue of Rape“,²⁰⁵⁶ in dem vor einer „rassistischen Instrumentalisierung sexueller Übergriffe“ gewarnt wird. In extremen Ausprägungen intersektionaler oder postkolonialer Positionierungen wurde die Tat sogar in ihrer faktischen Evidenz in Zweifel gezogen, teils verbunden mit impliziten Legitimierungen der Gewalttaten als Akte des Widerstands.

2052 Vgl. Rajal (2025).

2053 Vgl. Herf (2024).

2054 vgl. Jesella (2024).

2055 <https://www.metoo-unlessurajew.com>.

2056 Open Letter to the Israel and US Governments and Others Weaponizing the Issue of Rape, <https://stopmanipulatingsexualassault.org>.

Ein Beispiel hierfür bietet die Liste Gaza, eine kleine österreichische Partei, die zur Nationalratswahl 2024 antrat, jedoch den Einzug ins Parlament verfehlte. Auf ihrem offiziellen Instagram-Account spricht die Partei offen von „Vergewaltigungslüge“. Der Beitrag offen zeigt eine Demonstrantin mit einem T-Shirt der Kampagne „Bring Them Home Now“ und einem Schild mit der Aufschrift „Believe Israeli Women“. Liste Gaza kommentiert dazu: „Während in Gaza Menschen an Hunger und mangelnder medizinischer Versorgung sterben, spenden Deutsche 10k dafür, dass eine Frau, die auf Demos von zig Polizisten umgeben das Opfer spielt, weiterhin die Vergewaltigungslüge vom 7/10 verbreiten darf. Ist Deutschland okay?!“²⁰⁵⁷

In solchen Zusammenhängen wird die Verschränkung von Antisemitismus und Misogynie besonders deutlich.

Antisemitismus als intersektionale Ideologie

Während viele intersektionale Ansätze den Antisemitismus kaum berücksichtigen und ihn selten in ihre Analyserahmen integrieren, ist diese Auslassung nicht auf die Konzeption von Intersektionalität als solche zurückzuführen. Vielmehr lässt sich der Antisemitismus selbst als eine *intersektionale Ideologie* begreifen, insofern er sich systematisch mit sexistischen, homophoben und nationalistischen Momenten verschränkt. Eine solche Analyse erfordert jedoch eine veränderte Perspektive auf Intersektionalität – eine Perspektive, die ich als „Intersektionalität von Ideologien“ bezeichnet habe.²⁰⁵⁸

Dabei knüpfe ich an die frühe Kritische Theorie an, insbesondere an Theodor W. Adorno und Else Frenkel-Brunswik, die bereits in den 1940er Jahren in ihren Studien zur *Authoritarian Personality*²⁰⁵⁹ herausarbeiteten, dass ideologische Einstellungen nicht isoliert auftreten, sondern innerhalb eines autoritär-antidemokratischen Syndroms miteinander verwoben sind. In gewisser Weise wurde damit das von Black Feminists wie dem Combahee River Collective (1978) später formulierte Konzept intersektionaler Herrschaftsverhältnisse bereits vorweggenommen. Aufbauend auf dieser Erkenntnis analysiere ich Ideologien nicht als voneinander isolierte, sondern als intersektional miteinander verwobene Phänomene, die sich gegenseitig verstärken, transformieren und in je neuen Kontexten reaktivie-

2057 Screenshot vorhanden.

2058 Stögner (2017).

2059 Adorno u. a. (2019).

ren.²⁰⁶⁰ In dieser Perspektive erscheint Antisemitismus als intersektionale Masterideologie, insofern er ein umfassendes Weltbild entwirft, das antisemitische Narrative mit rassistischen, sexistischen, homophoben, nationalistischen oder postnationalistischen Motiven verknüpft und gleichzeitig kapitalistische wie koloniale Ausbeutungsverhältnisse in der Figur der Jüdin bzw. des Juden personifiziert oder auf Israel als den „Juden unter den Staaten“²⁰⁶¹ projiziert.

Ein paradigmatisches Beispiel für das Ineinandergreifen antisemitischer und sexistischer Ideologeme bietet der Islamismus. Wie im europäischen Antisemitismus symbolisieren auch hier Jüdinnen und Juden sowie der Zionismus jene Modernisierungsprozesse – insbesondere die Emanzipation der Frau und die sexuelle Selbstbestimmung –, die als Bedrohung religiös-traditionalistischer Geschlechterordnungen verstanden werden.²⁰⁶² Der Zionismus wird zur Projektionsfläche für den Zerfall religiöser Normsysteme, insbesondere im Bereich von Sexualität und Geschlecht. In der Islamischen Republik Iran etwa bilden eliminatorischer Antizionismus und Geschlechterapartheit zwei untrennbare Bestandteile einer staatlich kodifizierten Ideologie.²⁰⁶³ Es ist ebenso unvorstellbar, dass das Mullahregime das Existenzrecht Israels anerkennt, wie dass es den Zwang zum Tragen des Kopftuchs aufhebt.²⁰⁶⁴

Auch die Hamas betont in den Artikeln 17 und 18 ihrer Charta die Bedeutung traditioneller islamischer Geschlechternormen für den Jihad. Der Zionismus erscheint hier als zersetzende Kraft, die – mittels Geld, Medien, Filmen und Bildung – muslimische Frauen vom Islam entfremde. Daraus leitet sich die Forderung ab, zionistische Organisationen, einschließlich Israels, zu vernichten und weibliche Sexualität sowie gesellschaftliche Teilhabe von Frauen strikt zu kontrollieren.²⁰⁶⁵

In der Ideologie der Hamas ist die Auslöschung Israels untrennbar mit einem sexistisch-homophoben Geschlechterregime verknüpft. Die sexuelle Gewalt während der Angriffe vom 7. Oktober 2023 lässt sich als Ausdruck eines dreifachen Hasses interpretieren: gegen Jüdinnen und Juden, gegen Frauen und gegen Israel.²⁰⁶⁶ Diese ideologische Struktur – die Verbindung von Antisemitismus mit rigiden Männlichkeitskulten, strikter Sexualitäts-

2060 Stögner (2014).

2061 Poliakov (2025), S. 33.

2062 Vgl. Marz (2014); Mernissi (1987); Charlier (2017); Benslama (2017).

2063 Naghibzadeh (2008).

2064 Maani (2024).

2065 Hamas (1988); vgl. Gerdes (2025).

2066 Vgl. Pohl (2023).

kontrolle und nihilistischer Todesverherrlichung – ist kein Einzelfall. Vielmehr stellt sie ein Muster dar, das sich auch in anderen Varianten von Sexismus, Antifeminismus, Homophobie und Transfeindlichkeit wiederfindet. Diese Ideologien überlappen sich nicht zufällig mit antisemitischen Motiven, sondern sind tief in deren Struktur eingeschrieben. Der Hass der Hamas richtet sich gegen individuelle Freiheit, sexuelle Selbstbestimmung, Gleichstellung der Geschlechter – gegen jene emanzipatorischen Ideale, die im Antisemitismus, Antifeminismus und in der Queerfeindlichkeit als Bedrohung erscheinen und ausgemerzt werden sollen.

Was in der Ermordung von Jüdinnen und Juden, von emanzipierten Frauen oder queeren Menschen zum Ausdruck kommt, ist somit letztlich der Vernichtungswille gegenüber dem Streben nach Freiheit, Emanzipation und Glück. Eine intersektionale Ideologiekritik kann diese Zusammenhänge sichtbar machen – und damit den Antisemitismus als vielschichtig mit anderen Ideologien verwobene Gegenerzählung zur Moderne erkennen.

Intersektionale Kritik der *documenta* fifteen

Innerhalb des ideologischen Rahmens, der die Hamas-Massaker relativiert oder gar legitimiert, hat der Kulturrelativismus die universalistische Idee von Emanzipation ersetzt. Der Universalismus wird als Ausdruck eines „westoxischen“ Denkens abgewertet, das als neokoloniale Zumutung erscheint, vor der die Bevölkerungen des Globalen Südens zu schützen seien. Nicht Freiheit im Sinne der Aufklärung, sondern Freiheit *von* westlichem Einfluss wird als anzustrebendes Ziel konstruiert.²⁰⁶⁷ Dabei wird eine vermeintlich ursprüngliche, unmittelbare und authentische Lebensweise idealisiert, deren repressiver Charakter jedoch weitgehend unreflektiert bleibt. In dieser Verklärung des „Authentischen“ ähneln viele Vertreter:innen solcher Positionen jenen kulturellen Reaktionären, die Adorno in den *Minima Moralia* als „jene[n] Typus Reaktion“ beschrieb, „der sich nicht als solche bekennt, sondern auch noch das reaktionäre Moment selber für avanciert ausgibt.“²⁰⁶⁸

Kulturrelativistischer Progressivismus tritt insbesondere in Bezug auf Antisemitismus und Antifeminismus in Erscheinung: Beide Phänomene werden durch eine gezielte Kontextualisierung provinzialisiert und in ihrer Relevanz relativiert, was deren Verleugnung erleichtert – ein Muster, das nicht nur im akademischen Diskurs, sondern ebenso im Kunst- und Kul-

2067 Buck-Morss (2006); kritisch dazu: Elbe (2024).

2068 Adorno (1997), S. 247.

turbetrieb zu beobachten ist. Ein paradigmatisches Beispiel hierfür bildet die *documenta fifteen*, die im Jahr 2022 in Kassel stattfand und aufgrund antisemitischer Inhalte internationale Kritik auf sich zog.

So bekannten sich Mitglieder des indonesischen Künstler:innenkollektivs *ruangrupa*, das die kuratorische Leitung übernahm, offen zur antisemitisch agierenden BDS-Kampagne. Darüber hinaus wurden auf der Ausstellung mehrere Werke präsentiert, die mit expliziten und impliziten antisemitischen Symboliken operierten. Besonders im Fokus stand dabei das monumentale Wimmelbild *People's Justice* des Kollektivs *Taring Padi*, das später entfernt wurde. Das Werk inszeniert eine dichotomische Gegenüberstellung eines korrupten westlichen Imperialismus und einer unterdrückten indigenen Welt. Die westliche Seite wird dabei durch groteske und dämonisierte Figuren dargestellt, unter ihnen ein Soldat mit Davidstern und Schweinegesicht sowie eine zentral platzierte Gestalt mit blutunterlaufenen Augen, Hakennase, Brille, Schläfenlocken und Melonenhut, auf dem das SS-Symbol erkennbar ist. Diese Figur erscheint im Bild als Strippenzieher hinter einer imperialistischen Weltordnung und reproduziert klassische antisemitische Motive: Sie ist mit vampirartigen Zähnen versehen und steht so gleichermaßen für das antisemitische Stereotyp des „Blutsaugers“ wie für eine sexualisierte, dekadente Bedrohung. Die gesamte Szenerie des Bildes ist von sexuellen Anspielungen durchzogen; phallische Symbole und lüsterne Figuren verstärken den politischen Gehalt des Werks durch regressive Sexualsymbolik. Diese Darstellung offenbart nicht nur die antisemitische, sondern auch die sexistische Dimension des gezeigten Weltbildes.

Während der Antisemitismus in dem Bild schnell aufgedeckt und heftig kritisiert wurde, was zu seiner Entfernung führte, blieben die sexistischen und antifeministischen Inhalte weitgehend unkommentiert. Dabei sind sie ebenso wirkungsvoll und effektiv. In unmittelbarer Nähe zur antisemitischen Darstellung des Juden als blutsaugender Strippenzieher befinden sich auffällige Darstellungen monströser, sexuell verschlingender Frauen. Nackt oder spärlich bekleidet, mit entblößten Brüsten und lustvoll heraushängenden Zungen, halb Tier, halb Mensch, erscheinen sie als Verführerinnen. Zugleich erscheinen sie selbst wiederum von der jüdischen Figur und seiner Geldmacht verführt. Sie schieben einen vollen Einkaufswagen vor sich her, auf den ihr Begehren gerichtet zu sein scheint. Damit wird eine auf Lust ausgerichtete Sexualität, die sich den engen Grenzen der Fortpflanzung entzieht, als widerwärtig, oberflächlich, böse und abscheulich angeprangert. Freie Sexualität wird in diesem Bild zu einer Monstrosität verzerrt, auf verächtlichen Konsumismus reduziert, der auf dem Rücken des „Globalen

Süden“ stattfinde, und mit Huren und Juden identifiziert – beide symbolisieren unnatürliche, dekadente Gier und Lust.

Im Gegensatz dazu symbolisiert die rechte Seite des Gemäldes idealisierte Gemeinschaften indigener Völker, die unter dem Joch des imperialistischen Westens leiden. Diese Welt ist in klaren, erdigen Farben gemalt, die vor allem eine Verbindung zur Erde und eine Verwurzelung in der Tradition zum Ausdruck bringen. Es gibt keinen Hinweis auf sexuelles Verlangen und alle Körper sind bedeckt – mit Ausnahme einer männlichen Figur, die mit nacktem Oberkörper harter Feldarbeit nachgeht. Auf dieser Seite des Gemäldes sind Frauen hauptsächlich als leidende, aber fürsorgliche Mütter mit Kindern dargestellt. Ihre Not ist, wie die Szenerie insinuiert, ausschließlich auf die Unterdrückung durch die Mächte auf der anderen Seite des Bildes zurückzuführen. Die traditionellen patriarchalischen Gemeinschaftsstrukturen werden hingegen als harmonisch idealisiert. Jeglicher interne Widerspruch und Konflikt wird von der indigenen Seite ausgeschieden und stattdessen auf die westliche Seite projiziert.

Aus intersektionaler Perspektive wird deutlich, dass sich der Antisemitismus in diesem Gemälde nicht auf die Darstellung von Juden beschränkt, sondern die gesamte Komposition durchdringt: von der Gegenüberstellung einer dekadenten, imperialistischen Moderne und einer authentischen Unmittelbarkeit bis hin zu den Motiven pathologischer Abwehr transgressiver Sexualität. Diese Momente fungieren als Scharnier zwischen Antisemitismus und Antifeminismus. Das Gemälde von *Taring Padi* ist ein Symbol für die Verflechtung von Kulturindustrie und Kulturrelativismus. Es enthält nicht nur einzelne antisemitische und sexistische Figuren, sondern die gesamte Bildkomposition spiegelt eine antisemitische und antifeministische Weltanschauung wider.

Die Reaktionen auf den Skandal in der Kunstwelt und in der breiten Öffentlichkeit waren gemischt. Einerseits wurden Forderungen nach mehr Bewusstsein für Antisemitismus in postkolonialen Kontexten laut, andererseits wurde bestritten, dass solche Bilder als antisemitisch angesehen werden könnten – gerade weil der Kontext postkolonial ist. Dies offenbart eine spezifische Provinzialisierung des Antisemitismus: Antisemitismus und das Bewusstsein dafür seien vor allem in Deutschland aufgrund der nationalsozialistischen Vergangenheit ein Thema. Allerdings sei es, so das Argument, unzulässig, diesen spezifisch deutschen Rahmen auf Akteure zu übertragen, die sich in einem anderen kulturellen Kontext identifizieren. Ein und dieselbe Handlung – das Zeigen antisemitischer Symbolik – wird mit unterschiedlichen Bedeutungen belegt, je nachdem, wer sie begeht.

Die globale Natur des Antisemitismus in Vergangenheit und Gegenwart wird dabei ebenso ignoriert wie die globale Dimension des nationalsozialistischen Programms zur weltweiten Vernichtung der Juden, das Gegner, aber auch prominente Befürworter in der islamischen Welt hatte.²⁰⁶⁹ Vor diesem Hintergrund ist es wichtig, auf einem universalistischen Verständnis zu beharren, das Antisemitismus als ein allgemeines Problem der Menschheit erkennt und fordert, dass sich alle gleichermaßen ihm entgegenstellen. Im Gegensatz dazu konzentriert sich die partikularistische Sichtweise, die aus einer kulturellrelativistischen Perspektive argumentiert, auf die kulturellen Positionalisierungen der Subjekte, während die objektive Ebene und das Phänomen selbst – der Antisemitismus, aber ebenso der Antifeminismus – ignoriert werden.

Die Verflechtungen von Kulturellrelativismus, manichäischem Antiimperialismus, antiwestlichen Ressentiments, Antifeminismus, Israelhass und Antisemitismus werden in *Taring Padis* Gemälde deutlich. Ein Jahr nach dem *documenta*-Skandal likten im Oktober 2023 zwei Mitglieder des Kuratorenkollektivs *ruangrupa*, das für die Präsentation der antisemitischen Bilder verantwortlich war, in den sozialen Medien Videos, in denen zu sehen war, wie Muslime die Massaker der Hamas am 7. Oktober bejubelten und als Widerstand gegen eine Besatzungsmacht feierten.

Fazit: Was ist zu tun? Förderung von Ambiguitätstoleranz

In aktuellen Anwendungen intersektionaler und postkolonialer Theorien zeigt sich ein Trend zum Identitarismus: Individuum und Kultur werden oft als deckungsgleich betrachtet, wodurch Spannungen ausgeblendet werden. Die Philosophin Isolde Charim nennt dies das Streben nach „voller Identität“. Damit geht häufig eine verengte Sicht auf den Globalen Süden oder religiöse Minderheiten einher, die als homogene Opfer westlicher Unterdrückung dargestellt werden. Besonders Israel wird in diesem Zusammenhang zum Fokus eines akademischen Antisemitismus.

Um dieser Tendenz zu begegnen, wird die Förderung von Ambiguitätstoleranz empfohlen – also die Fähigkeit, Widersprüche auszuhalten, anstatt sie vorschnell aufzulösen. Intersektionale Ansätze sind ursprünglich entstanden, um genau solche Mehrdeutigkeiten sichtbar zu machen, etwa dass Geschlechterungleichheit mit anderen Formen von Diskriminierung verflochten ist. Angesichts des grassierenden Antisemitismus, der sich in-

2069 Küntzel (2024); Motadel (2014).

tersektional und postkolonial verkleidet, halte ich daher zusammenfassend folgende fünf Punkte für relevant:

Es braucht erstens einen offenen und beweglichen Begriff von Antisemitismus, um der Wandelbarkeit dieser Ideologie gerecht zu werden.²⁰⁷⁰ Sekundärer Antisemitismus, der die Erinnerung an den Holocaust abwehrt, und israelbezogener Antisemitismus, der alles Schlechte des Westens wie Kapitalismus und Kolonialismus auf den jüdischen Staat projiziert und diesen von der Landkarte streichen will, sind zwei zusammenhängende Formen des gegenwärtigen Antisemitismus, die sich vom Muster des Rassismus grundlegend unterscheiden. Ein Charakteristikum des linken Antisemitismus ist, dass er sich selbst als progressiv und oppositionell ausgibt, als Widerstand gegen Kapitalismus, Imperialismus und Kolonialismus, und solcherart als scheinbar legitimer Aufschrei der Unterdrückten verstanden wird. Deshalb wird er von Linken und Progressiven oft nicht erkannt. Die Arbeitsdefinition der International Holocaust Remembrance Alliance (2016) versucht, diese Vielfalt abzubilden, wird aber wegen ihrer Offenheit oft kritisiert. Die Jerusalemer Erklärung (JDA 2021) hingegen verengt Antisemitismus auf offenen Judenhass und verkennt so verstecktere Formen.

Vor diesem Hintergrund sollte zweitens Antisemitismus zum Ausgangspunkt von intersektionalen Überlegungen gemacht werden: Er tritt selten isoliert auf, sondern ist oft mit Sexismus, Homophobie, Antifeminismus und anderen reaktionären Ideologien verknüpft (z. B. bei der Hamas). Ein intersektionaler Blick muss diese Verflechtungen erkennen, um antisemitische und antiemanzipatorische Strukturen aufzudecken.

Drittens kann ein intersektionaler Ansatz, der Ideologien statt Identitäten ins Zentrum stellt, postkoloniale Theorien vor Kulturrelativismus bewahren. Anstatt universalistische Ansprüche (wie Emanzipation) als „westlich“ abzulehnen, sollten die lokalen Widerstände gegen patriarchale Strukturen aufgesucht und ernst genommen werden, wie etwa bei „Frau – Leben – Freiheit“ in Iran oder palästinensischen Protesten gegen die Hamas.

Damit zusammenhängend kann viertens Israel neu im postkolonialen Kontext gedacht werden. Die postkoloniale Theorie muss Israel nicht zwangsläufig als Vertreter des Imperialismus und Kolonialismus betrachten. Ein alternativer Ansatz erkennt Israel als einen Staat an, der von Flüchtlingen gegründet wurde, trotz des Widerstands der britischen Kolonialmächte entstanden ist und als Zufluchtsort für Juden und Jüdinnen weltweit in einer antisemitischen Welt dient. Albert Memmi, der an antiko-

2070 Siehe dazu z. B. Rensmann (2017); Grigat (2023).

lonialen Kämpfen in Tunesien teilnahm, aber aufgrund seiner jüdischen Identität früh ausgeschlossen wurde, betrachtete den Zionismus als eine dekoloniale Bewegung, die auf die einzigartige Situation des weltweiten Judentums reagierte. Dementsprechend kann eine postkoloniale Perspektive den Zionismus als nationale Befreiungsbewegung der Juden und Jüdinnen verstehen, vergleichbar mit anderen anti- und postkolonialen Befreiungsbewegungen im Maghreb.²⁰⁷¹

Schließlich ist fünftens ein Zurück zu einer evidenzbasierten Debatte erforderlich. Debatten über Israel und Palästina sind oft moralisch aufgeladen statt faktenbasiert. Eine moralisierende Haltung ersetzt dabei häufig differenzierte Analysen. Positionen wie die von Nancy Fraser, die politisches Engagement ohne Fachwissen für ausreichend hält,²⁰⁷² verstärken diese Entwicklung. Stattdessen braucht es kritische Selbstreflexion, Neugier und wissenschaftliche Redlichkeit, um ideologische Engführungen und Indoktrinierung zu vermeiden und neue Einsichten zu ermöglichen.

In diesem Sinn plädiere ich für eine offene, selbstkritische und ideologiekritische intersektionale Analyse, die Ambiguität zulässt, Antisemitismus ernst nimmt, universale Emanzipationsansprüche verteidigt und weder den misogynen Antisemitismus der Hamas noch das Grauen, das Palästinenser:innen durchleben, ignoriert. Wir brauchen eine feministische kritische Theorie, die wirklich intersektional ist, damit Antirassismus, Antisexismus und der Kampf gegen Antisemitismus nicht mehr gegeneinander ausgespielt werden. Das wäre ein wichtiges Signal sowohl für die israelischen Opfer des Hamas-Terrors als auch für die Palästinenser:innen, die selbstbestimmt und frei, auch vom islamistischen Terror der Hamas, leben wollen.

Literatur

- Adorno, Theodor W. (1997): *Minima Moralia. Reflexionen aus dem beschädigten Leben* (Gesammelte Schriften, Bd. 4). Frankfurt am Main.
- Adorno, Theodor W./Frenkel-Brunswik, Else/Levinson, Daniel J./Sanford, R. Nevitt (2019): *The Authoritarian Personality*, London.
- Bassi, Camilla (2023): *Outcast. How Jews Were Banished from the Anti-Racist Imagination*. London.

2071 Memmi (1993); Frosh (2023).

2072 Ronald Pohl (2023).

- Benhabib, Seyla/Stögner, Karin (2022): „Das Partikulare im Namen des Universellen mobilisieren“ – ein Interview mit Seyla Benhabib zu den Grundlagen einer feministischen Kritischen Theorie. In: Karin Stögner/Alexandra Colligs (Hrsg.): *Kritische Theorie und Feminismus*. Berlin, S. 61–74.
- Benslama, Fethi (2017): *Der Übermuslim. Was junge Menschen zur Radikalisierung treibt*. Berlin.
- Blackmer, Corinne (2022): *Queering Anti-Zionism. Academic Freedom, LGBTQ Intellectuals, and Israel/Palestine Campus Activism*. Detroit.
- Buck-Morss, Susan (2006): *Thinking Past Terror. Islamism and Critical Theory on the Left*. London/New York.
- Butler, Judith (2009): *Krieg und Affekt*. Zürich.
- Butler, Judith (2012): *Parting ways. Jewishness and the critique of Zionism*. New York.
- Charim, Isolde (2018): *Ich und die Anderen. Wie die neue Pluralisierung uns alle verändert*. Wien.
- Charlier, Mahrokh (2017): *Ost-westliche Grenzgänge. Psychoanalytische Erkundungen kultureller und psychischer Differenzen zwischen „Orient“ und „Okzident“*. Gießen.
- CRC (1978): *The Combahee River Collective Statement*, <https://www.blackpast.org/african-american-history/combahee-river-collective-statement-1977/> (11.02.2025).
- Crenshaw, Kimberlé (1991): *Mapping the Margins: Intersectionality, Identity Politics and Violence against Women of Colour*. In: *Stanford Law Review*, 43 (6), S. 1241–1299.
- Davis, Angela (2016a): *Freedom is a Constant Struggle. Ferguson, Palestine and the Foundation of a Movement*. Chicago.
- Davis, Angela (2016b): *What Is Queer BDS? Pinkwashing, Intersections, Struggles, Politics*, <https://www.youtube.com/watch?v=M4VX6z5FV4Y>.
- Dhawan, Nikita (2015): *Homonationalism and state-phobia: The postcolonial predicament of queering modernities*. In: María A. Viteri/Manuela Lavinas Picq (Hrsg.): *Queering Paradigms V: Queering Narratives of Modernity*. Lausanne, S. 51–68.
- Elbe, Ingo (2024): *Antisemitismus und postkoloniale Theorie. Der ‚progressive‘ Angriff auf Israel, Judentum und Holocausterinnerung*. Berlin.
- Feroz, Elias (2025): *Germany’s Reckoning With the Past Is No Longer a Model*. An Interview with Enzo Traverso. In: *Jacobin*, 25.01.2025, <https://jacobin.com/2025/01/germany-holocaust-antisemitism-islamophobia-gaza> (05.04.2025).
- Fine, Robert/Spencer, Philip (2018): *Antisemitism and the Left. On the Return of the Jewish Question*. Manchester.
- Frenkel-Brunswik, Else (1974): *Intolerance of Ambiguity as an Emotional and Perceptual Personality Variable (1974/1949)*. In: dies.: *Selected Papers*, hrsg. von Nanette Heiman und Joan Grant. New York, S. 58–91.
- Frush, Stephen (2023): *Antisemitism and racism: Ethical challenges of psychoanalysis*. London.

- Gerdes, Gesche (2025): Inceldom meets Jihadism. Antisemitismus und Misogynie in gegenwärtigen Rebellionen gegen die Moderne. In Stephan Grigat/Karin Stögner (Hrsg.): Projektiver Antizionismus. Antisemitismus gegen Israel vor und nach dem 7. Oktober. Baden-Baden, S. 201–226.
- Grigat, Stephan (Hrsg.) (2023): Kritik des Antisemitismus in der Gegenwart. Erscheinungsformen – Theorien – Bekämpfung. Baden-Baden.
- Hamas (1988) ‘The Covenant of the Islamic Resistance Movement’. The Avalon Project, 18 August 1988, https://avalon.law.yale.edu/20th_century/hamas.asp.
- Herf, Jeffrey (2024): Drei Gesichter des Antisemitismus. Rechts, links und islamisch. Leipzig.
- Hill Collins, Patricia (2015): Intersectionality’s Definitional Dilemmas. In: Annual Review of Sociology, 41, S. 1–20.
- Hochberg, Gil Z./Maikey, Haneen/Rima, Samira Saraya (2010): No Pride in Occupation: A Roundtable Discussion. In: GLQ: A Journal of Lesbian and Gay Studies, 16 (4), S. 599–610.
- International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA) (2016): Working definition of antisemitism, <https://holocaustremembrance.com/resources/working-definition-antisemitism>.
- Illouz, Eva (2024): Le 8-October. Généalogie d’une Haine Vertueuse. Paris.
- JDA (2021): Jerusalem Declaration on Antisemitism, <https://jerusalemdeclaration.org>.
- Jesella, Kara (2024): A History of Feminist Antisemitism. In: Rosa Freedman/David Hirsh (Hrsg.): Responses to 7 October: Universities. London, S. 37–52.
- Johnson, Alan (2023): ‘Progressives’ and the Hamas Pogrom: An A–Z Guide. In: Fathom: For A Deeper Understanding of Israel and the Region, October 2023, <https://fathomjournal.org/progressives-and-the-hamas-pogrom-an-a-z-guide/> (13.02.2025).
- Kalmar, Ivan (2022): White But Not Quite. Central Europe’s Illiberal Revolt. Bristol.
- Kirsch, Adam (2024): On Settler Colonialism. Ideology, Violence, and Justice. New York.
- Küntzel, Matthias (2024): Nazis, Islamic Antisemitism and the Middle East. Abingdon/New York.
- Linkerhand, Koschka (2025): Intersektionalität als Sich-in-Beziehung-Setzen. In: Karin Stögner/Elke Rajal (Hrsg.): Intersektionalität neu verhandelt. Kritik von Ideologie und Identität. Freiburg im Breisgau, S. 221–240.
- Maani, Sama (2024): „What Israelis should know about Iranians“. Die iranische Gesellschaft und der Antisemitismus des Regimes. In: Vojin Saša Vukadinović (Hrsg.): Siebter Oktober Dreiundzwanzig. Antizionismus und Identitätspolitik. Berlin, S. 111–119.
- Marz, Ulrike (2014): Kritik des islamischen Antisemitismus. Zur gesellschaftlichen Genese und Semantik des Antisemitismus in der Islamischen Republik Iran. Berlin.
- Massad, Joseph (2007): Desiring Arabs. Chicago.
- Massad, Joseph (2023): Just another battle or the Palestinian war of liberation? In: Electronic Intifada, 08.10.2023, <https://electronicintifada.net/content/just-another-battle-or-palestinian-war-liberation/38661>.

- Matsuda, Mari J. (1991): *Beside my sister, facing the enemy: Legal theory out of coalition*. In: *Stanford Law Review*, 43, S. 1183–1192.
- Memmi, Albert (1993): *The Colonizer and the Colonized*. Boston.
- Mernissi, Fatima (1987): *Geschlecht, Ideologie, Islam*. München.
- Moses, A. Dirk (2021): *The German Catechism*. In: *Geschichte der Gegenwart*, 23.05.2021, <https://geschichtedergegenwart.ch/the-german-catechism/>.
- Motadel, David (2014): *Islam and Nazi-Germany's War*. Cambridge, Mass./London.
- Naghibzadeh, Fathiyeh (2008): *Die göttliche Mission der Frau: Zu Geschichte und Struktur des Geschlechterverhältnisses im Gottesstaat Iran*. In: Stephan Grigat/Simone D. Hartmann (Hrsg.): *Der Iran. Analyse einer islamischen Diktatur und ihrer europäischen Förderer*. Innsbruck, S. 102–110.
- Palestinian Feminist Collective (2021): *Pledge that Palestine is a Feminist Issue*, https://actionnetwork.org/petitions/pledge-declaring-palestine-is-a-feminist-issue?fbclid=IwARISufztPhUMv0tTy9zLQRnYUtH_FNcjLR5Sx5oPpG4gVA9lzfZ0oZKfGZc.
- Paroles D'Honneur (2024): *Judith Butler – Contre l'Antisémitisme et pour la Paix Révolutionnaire en Palestine*, <https://www.youtube.com/watch?v=rLQNBjOq-0E&t=2s> (13.02.2025).
- Pohl, Rolf (2023): *Wo bleibt hier der Aufschrei?* In: *Süddeutsche Zeitung*, 06.11.2023.
- Pohl, Ronald (2023): *US-Philosophin Nancy Fraser: „Niemand verharmlost Hamas“*. In: *Der Standard*, 14.11.2023, <https://www.derstandard.at/story/3000000194979/us-philosophin-nancy-fraser-niemand-verharmlost-hamas> (13.02.2025).
- Poliakov, Léon (2022): *Von Moskau nach Beirut. Essays über die Desinformation*. Freiburg.
- Puar, Jasbir K. (2007): *Terrorist Assemblages. Homonationalism in queer times*. Durham.
- Rajal, Elke (2025): *Guilt and Defense in the October 7 Debate in Germany: Right and Left Narratives of “Schuldkult” and “German Guilt”*. In: *Journal of Contemporary Antisemitism*, 8 (1), S. 39–62.
- Rensmann, Lars (2017): *The Politics of Unreason. The Frankfurt School and the Origins of Modern Antisemitism*. Albany.
- Rothberg, Michael (2009): *Multidirectional Memory. Remembering the Holocaust in the Age of Decolonization*. Palo Alto.
- Schraub, David (2019): *White Jews*. In: *AJS Review*, 43 (2), S. 379–407, <https://doi.org/10.1017/S0364009419000461>.
- Seymour, David (2019): *Continuity and discontinuity: From antisemitism to antizionism and the reconfiguration of the Jewish question*. In: *Journal of Contemporary Antisemitism*, 2 (2), S. 11–24, <https://doi.org/10.26613/jca/2.2.30>.
- Stögner, Karin (2014): *Antisemitismus und Sexismus. Historisch-gesellschaftliche Konstellationen*. Baden-Baden.
- Stögner, Karin (2017): *Intersektionalität von Ideologien – Antisemitismus, Sexismus und das Verhältnis von Gesellschaft und Natur*. In: *Psychologie & Gesellschaftskritik*, 41 (2), S. 25–45.

- Stögner, Karin (2021): Intersektionalität zwischen Ideologie und Kritik. In: Heiko Beyer/Alexandra Schauer (Hrsg.): Die Rückkehr der Ideologie. Zur Gegenwart eines Schlüsselbegriffs. Frankfurt am Main, S. 431–466.
- Stögner, Karin (2023a): Kritische Theorie und feministisches Urteilen heute. In: Zeitschrift für kritische Theorie, 29 (56–57), S. 227–241.
- Stögner, Karin (2023b): Angela Davis und Queer BDS. Was hat Palästina mit Feminismus zu tun?, CARS Working Paper #016, https://kidoks.bsz-bw.de/frontdoor/deliver/index/docId/4523/file/CARS_WorkingPaper_016.pdf.
- Stögner, Karin (2025): Critical Theory of Racism, Antisemitism, and the Demonisation of Israel: Understanding Their Complex Interrelations. In: European Journal of Social Theory, online first, <https://journals.sagepub.com/doi/pdf/10.1177/13684310251323158>.
- Táíwò, Olufémi (2022): Against Decolonisation. Taking African Agency Seriously. London.
- Vargès, Françoise (2021): A Decolonial Feminism. London.

8.5 Anti-israelische Boykottkampagnen in kulturellen Feldern

Jakob Baier

I. Einleitung

Im Mai 2024 geriet die schwedische Stadt Malmö in den Fokus internationaler Aufmerksamkeit, als sie Austragungsort des Eurovision Song Contest (ESC) wurde – eines Musikwettbewerbs, der sich seit seiner Gründung 1956 dem Ideal eines nationenverbindenden Austauschs verpflichtet sieht. Die Teilnahme der 20-jährigen israelischen Sängerin Eden Golan wurde jedoch von massiven Protesten und offenen antisemitischen Anfeindungen überschattet.²⁰⁷³ Tausende Demonstrierende versammelten sich unter palästinensischen Fahnen und forderten lautstark den Ausschluss der Teilnehmerin aus Israel. Die Sicherheitsvorkehrungen rund um die israelische Delegation wurden erheblich verschärft: Golan durfte sich nur unter Polizeischutz zwischen Hotel und Veranstaltungsort bewegen, nahm nicht an öffentlichen Rahmenveranstaltungen teil und wurde wiederholt Ziel von Morddrohungen und digitaler Hetze.²⁰⁷⁴

2073 Vgl. tagesschau (2024).

2074 Vgl. eurovision.de (2024).

Ein Jahr später, beim ESC 2025 in Basel, wiederholten sich die Proteste mit noch größerer Intensität. Erneut richteten sich teils gewalttätige Demonstrationen gegen die Teilnahme Israels; in mehreren Fällen kam es zu gewaltsamen Ausschreitungen, die ein Eingreifen der Polizei erforderlich machten.²⁰⁷⁵ Parallel dazu verbreiteten international vernetzte antiisraelische Aktivist:innengruppen Boykottaufrufe.²⁰⁷⁶ Unterstützung fanden diese Kampagnen bei zahlreichen Musiker:innen weltweit – unter ihnen der Sieger des ESC 2025, JJ,²⁰⁷⁷ der Vorjahressieger Nemo²⁰⁷⁸ sowie einige ehemalige ESC-Teilnehmer:innen.²⁰⁷⁹ Letztere forderten den Ausschluss der israelischen Teilnehmerin, Yuval Raphael, sowie des öffentlich-rechtlichen Senders Kan vom Wettbewerb. Ihre Begründung stützte sich auf Narrative, die bereits seit vielen Jahren zentraler Bestandteil antiisraelischer Diskurse sind: Sie warfen der israelischen Rundfunkanstalt eine Komplizenschaft bei dem „Genozid an den Palästinenser:innen in Gaza“, dem „jahrzehntelangen Apartheidstaat-Regime“ und der „jahrzehntelangen militärischen Besatzung der gesamten palästinensischen Bevölkerung“²⁰⁸⁰ vor. Während des Auftritts von Yuval Raphael – eine Überlebende des Nova-Festival-Massakers am 7. Oktober 2023 – verhinderten Sicherheitskräfte einen Farbanschlag auf die Sängerin.²⁰⁸¹

Diese Entwicklungen stellen einen vorläufigen Kulminationspunkt in der Nutzung kultureller Plattformen für die politische Agenda des antiisraelischen Aktivismus dar. Der Eurovision Song Contest – ursprünglich als unpolitische Musikveranstaltung konzipiert – ist damit zu einem symbolischen Austragungsort antiisraelischer Mobilisierungen geworden. Das vorliegende Gutachten nimmt diesen Befund zum Ausgangspunkt für eine Analyse des wachsenden Einflusses antiisraelischer Boykottkampagnen in kulturellen Räumen und damit auf öffentliche Diskurse. Besonderes Augenmerk gilt dabei dem Wandel der Boykottpraxis seit den 2010er Jahren: von zunächst marginalisierten Positionen in subkulturellen Szenen hin zu öffentlichkeitswirksamen und in Teilen institutionell und popkulturell anschlussfähigen Protestformen. Dabei werden die strukturellen Dynamiken, Akteur:innennetzwerke und diskursiven Strategien, die diese Verschiebung ermöglicht haben, untersucht – ebenso wie die qualitative Radikalisierung,

2075 Vgl. RND (2025).

2076 Vgl. BDS-CH (2025); Artists for Palestine UK (2025); DiEM25 (2025).

2077 Vgl. eurovision.de (2025).

2078 Ebd.

2079 Vgl. Artists for Palestine UK (2025).

2080 Ebd.

2081 Vgl. RND (2025).

die seit dem terroristischen Angriff der Hamas am 7. Oktober 2023 in Teilen des Kulturbetriebs zu beobachten ist. Durch die Fokussierung auf kulturelle Felder als Träger politischer Symbolik leistet das Gutachten einen Beitrag zur Einordnung einer Entwicklung, die nicht nur kulturpolitische, sondern auch gesellschaftspolitische Relevanz beansprucht.

II. Methodisches Vorgehen und Untersuchungsrahmen

Das vorliegende Gutachten untersucht antiisraelische Boykottkampagnen im kulturellen Feld auf der Grundlage einer qualitativen Analyse ausgewählter Text- und Bildquellen. Der zeitliche Fokus liegt auf dem Zeitraum von 2005 bis 2025, mit besonderer Berücksichtigung der Entwicklungen seit dem 7. Oktober 2023. Ziel ist es, zentrale Narrative, Argumentationsmuster und Forderungen dieser Kampagnen hinsichtlich ihrer ideologischen Ausrichtung, ihrer antisemitischen Gehalte sowie ihrer diskursiven Funktion im öffentlichen Raum zu analysieren und einzuordnen.

Die methodische Grundlage bildet eine hermeneutische, sinnverstehende Analyse von Dokumenten, Social-Media-Beiträgen, Kampagnentexten, offenen Briefen, künstlerischen Stellungnahmen sowie visuellem Kampagnenmaterial (z. B. Social-Media-Kits oder grafische Protestmedien). Diese Quellen wurden auf wiederkehrende semantische Strukturen, symbolische Codierungen, rhetorische Strategien und ideologische Bezugnahmen hin untersucht. Die Ergebnisse dieser Analysen wurden anschließend in ihren historischen, politischen und gesellschaftlichen Kontext eingebettet, insbesondere im Hinblick auf den öffentlichen Diskurs über Antisemitismus, erinnerungspolitische Spannungsfelder und die politische Positionierung von Künstler:innen und kulturellen Institutionen seit der Etablierung der BDS-Bewegung.

Ziel des Gutachtens ist es nicht nur, die Verschiebung in den Zielsetzungen und Aktionsformen antiisraelischer Kampagnen nachzuzeichnen, sondern auch antisemitische Aussagen, Darstellungsweisen und Deutungsmuster in den untersuchten Quellen zu identifizieren und kontextuell zu verorten. Damit soll ein Beitrag zur differenzierten Auseinandersetzung mit jenen Formen des kulturellen Aktivismus geleistet werden, die unter Berufung auf Menschenrechte, Antikolonialismus und/oder Solidarität mit Palästina häufig narrative Elemente enthalten, die feindselige Motive gegenüber Israel im Speziellen und Jüdinnen und Juden im Allgemeinen transportieren.

Die Untersuchung erhebt nicht den Anspruch, die Geschichte der BDS-Bewegung in ihrer gesamten Tiefe oder Komplexität abzubilden. Ebenso wenig enthält das Gutachten eine netzwerkanalytische Auswertung der dezentral agierenden Gruppierungen oder eine juristische Bewertung einzelner Aussagen und Kampagnen. Diese Aspekte bleiben ausgeklammert, um den Schwerpunkt auf die diskursive Wirkung und ideologische Aufladung des antiisraelischen Aktivismus in kulturellen Feldern zu legen.

Statt einer umfassenden Bewegungsgeschichte bietet das Gutachten eine strukturierte Bestandsaufnahme zentraler Dynamiken: Es zeichnet nach, wie sich antiisraelische Kampagnen – beginnend mit dem Fokus auf israelische Institutionen – zunehmend auf internationale Künstler:innen, Veranstalter:innen und schließlich auf nationale Kultureinrichtungen verlagert haben. Gleichzeitig dokumentiert es eine diskursive Radikalisierung, insbesondere nach dem 7. Oktober 2023, die sich in der Relativierung islamistischer Gewalt, der Normalisierung antisemitischer Denkfiguren und der Ausdehnung der Boykottlogik auf (antisemitismuskritische) Künstler:innen und Kultureinrichtungen manifestiert. In diesem Sinne versteht sich das Gutachten als analytischer Beitrag zur kulturpolitischen Einordnung gegenwärtiger Entwicklungen, nicht als abschließende Bewertung einzelner Akteure. Es zielt auf eine sachlich fundierte Sichtbarmachung von Grenzverschiebungen, die für eine pluralistische Kulturöffentlichkeit, demokratische Diskurse und den Schutz vor Antisemitismus gleichermaßen von Relevanz sind.

III. Geschichte des antiisraelischen Boykotts

Bereits vor der Staatsgründung Israels riefen arabische Akteure zu organisierten Boykottmaßnahmen gegen die im Britischen Mandatsgebiet Palästina lebenden Jüdinnen und Juden auf. So forderte etwa der 1922 in Nablus tagende Arabische Kongress, Waren von jüdischen Verkäufer:innen zu boykottieren.²⁰⁸² Dass Aufrufe arabischer Akteursgruppen bereits frühzeitig mit judenfeindlichen Motiven verknüpft wurden, zeigt jener der „Jerusalem Arab Students“ von 1929. Darin heißt es: „O Araber! Erwinnere dich daran, dass der Jude dein stärkster Feind ist und der Feind deiner Vorfahren seit uralten Zeiten. Lass dich nicht von seinen Tricks täuschen, denn er ist es, der Christus gefoltert hat – Friede sei mit ihm – und der Mohammed

2082 Vgl. Feuerherdt/Markl (2020), S. 16 ff.

vergiftet hat – Friede und Anbetung sei mit ihm. Er ist es, der nun versucht, dich abzuschlachten, so wie er es gestern tat. Wisse, dass der beste Weg, dich selbst und dein Vaterland aus dem Griff des fremden Eindringlings und gierigen Juden zu retten, darin besteht, ihn zu boykottieren. Darum boykottiere ihn und unterstütze die Industrie deines Vaterlandes – und Gottes.“²⁰⁸³

In den Jahrzehnten nach der Staatsgründung Israels wurden die isolationspolitischen Bestrebungen vieler arabischer Staaten maßgeblich durch die sogenannte Khartum-Resolution geprägt, die 1967 im Anschluss an den Sechstagekrieg von der Arabischen Liga verabschiedet wurde. In dieser Erklärung wurden die berühmten „drei Neins von Khartum“ formuliert: *keine Anerkennung Israels, kein Frieden mit Israel, keine Verhandlungen mit Israel*. Diese kompromisslose Haltung prägte über Jahre hinweg das politische Verhältnis zwischen Israel und seinen Nachbarstaaten und führte zu einer anhaltenden arabischen Blockadehaltung.²⁰⁸⁴ Trotz mehrerer Friedensinitiativen und Waffenstillstandsabkommen blieb das Verhältnis dauerhaft angespannt und mündete immer wieder in kriegerische Auseinandersetzungen und militärische Konflikte.²⁰⁸⁵ Nach dem Scheitern der Friedensverhandlungen von Camp David eskalierte der israelisch-palästinensische Konflikt erneut. Eine zentrale Zäsur bildete die *Zweite Intifada* (2000–2005), in deren Verlauf zahlreiche Terroranschläge in Israel verübt

2083 Übersetzt vom Autor aus dem Englischen: „O Arab! Remember that the Jew is your strongest enemy and the enemy of your ancestors since olden times. Do not be misled by his tricks for it is he who tortured Christ, peace be upon him, and poisoned Mohamed, peace and worship be with him. It is he who now endeavours to slaughter you as he did yesterday. Be aware that the best way to save yourself and your Fatherland from the grasp of the foreign intruder and greedy Jew is to boycott him. Therefore boycott him and support the industry of your Fatherland and God.“ The Jerusalem Arab Students Leaflet, zit. nach Gilbert (1977), S. 79. Auffällig ist dabei die Verknüpfung klassisch antisemitischer Phantasmagorien – etwa der vermeintlichen jüdischen Gier – mit tradierten Motiven sowohl des christlichen (Beschuldigung des Jesusmords) als auch des islamischen Antijudaismus (Legende der Vergiftung des Propheten Mohammed).

2084 vgl. Busse/Reuß (2025), S. 283.

2085 Einen außenpolitischen Wendepunkt markieren hingegen die Abraham-Abkommen von 2020, die unter Vermittlung der Vereinigten Staaten geschlossen wurden. In deren Folge kam es bislang zu offiziellen Normalisierungsvereinbarungen zwischen Israel und mehreren arabischen Staaten – darunter die Vereinigten Arabischen Emirate, Bahrain, Sudan und Marokko. Vgl. Busse/Reuß (2025), S. 281 ff.

wurden, bei denen etwa 1.000 Menschen – überwiegend israelische Zivilisten – ums Leben kamen.²⁰⁸⁶

Gleichzeitig verschärfen sich auch die Rhetorik und die politischen Initiativen gegenüber Israel, insbesondere innerhalb multilateraler politischer Organisationen. Einen Höhepunkt dafür bildete die „Internationale Weltkonferenz gegen Rassismus“ der Vereinten Nationen, die 2001 im südafrikanischen Durban stattfand. Ursprünglich als globales Forum zur Bekämpfung von Diskriminierung und Rassismus konzipiert, geriet die Konferenz aufgrund zahlreicher antisemitischer Vorfälle massiv in die Kritik.²⁰⁸⁷ Besonders auf der parallel organisierten NGO-Konferenz kam es zu offen antisemitischen Äußerungen durch teilnehmende Organisationen und Aktivist:innen. In Reaktion darauf verließen die Delegationen Israels und der Vereinigten Staaten demonstrativ die UN-Konferenz. Die Abschlusserklärung der NGOs dokumentierte eine eindeutig israelfeindliche Haltung: Israel wurde darin nicht nur mit dem südafrikanischen Apartheidregime gleichgesetzt, sondern zugleich schwerwiegender Verbrechen bezichtigt – darunter „Völkermord“,²⁰⁸⁸ „ethnische Säuberungen“ und weitere „rassistische Verbrechen.“²⁰⁸⁹

Vor dem Hintergrund dieser politischen Gemengelage wurde 2005 die international agierende BDS-Bewegung gegründet. BDS steht für „Boycott, Divestment and Sanctions“ und verfolgt das Ziel, Israel auf wirtschaftlicher, wissenschaftlicher und kultureller Ebene zu isolieren. Mit der Veröffentlichung ihres Manifests *Palestinian Civil Society Call for BDS* im Jahre 2005 zielten die palästinensischen Initiator:innen öffentlichkeitswirksam auf einen breiten Zusammenschluss zivilgesellschaftlicher Organisationen.²⁰⁹⁰ Jedoch erscheinen in der Liste der Gründungs- und Unterstützerorganisationen mehrere Gruppierungen, die von der Europäischen Union als terroristische Vereinigungen eingestuft werden, darunter die Hamas, der Palästinensische Islamische Dschihad und die Popular Front for the Liberation of Palestine (PFLP).²⁰⁹¹

Wortwahl und Argumentationslogik des BDS-Gründungsmanifests weisen deutliche Parallelen zu den rhetorischen Mustern und semantischen

2086 Vgl. Nasrallah (2013), S. 65; Weinberg (2018), S. 50 f.; Yehoshua (2018), S. 298 f.; Norman (2021), S. 149 ff.

2087 Vgl. Feuerherdt/Markl (2020), S. 54 ff.

2088 World Forum Against Racism, zit. nach Feuerherdt/Markl (2020), S. 57.

2089 Ebd.

2090 Vgl. BDS Call (2005).

2091 Vgl. Amtsblatt der Europäischen Union (2009); Halbfinger/Wines/Erlanger (2019).

Rahmungen der NGO-Abschlussklärung der Durban-Konferenz auf. So operiert auch das Manifest auf der diskursiven Ebene mit delegitimierenden Zuschreibungen, etwa durch die Behauptung, Israel sei „größtenteils auf Land gegründet [worden], das zuvor von seinen palästinensischen BesitzerInnen ethnisch gesäubert wurde.“²⁰⁹² Diese Formulierung bedient sich bewusst historisch negativ konnotierter Begriffe, um eine moralische Deutungshoheit zu etablieren. Darüber hinaus wird Israel eine „koloniale und diskriminierende Politik“²⁰⁹³ unterstellt, wobei explizit eine historische Analogie zum rassistischen Apartheidregime in Südafrika hergestellt wird. Der Aufruf zu einem umfassenden Boykott orientiert sich dabei nicht nur formal, sondern auch normativ an der internationalen Kritik am Apartheidregime – eine Strategie, die auf die Verknüpfung politischer Kritik und moralischer Verurteilung zielt und damit zur diskursiven Delegitimierung Israels beiträgt.

Diese Darstellungen und Vergleiche zielen darauf ab, die Politik Israels gegenüber den Palästinenser:innen – teils sogar die Existenz des jüdischen Staates an sich – in eine historische Kontinuität kolonialer Gewaltverhältnisse zu rücken. Dabei stützte sich die BDS-Bewegung bereits frühzeitig auf Annahmen, die weder durch den historischen Forschungsstand noch durch völkerrechtliche Bewertungen hinreichend gedeckt sind. Dazu zählen insbesondere die pauschale Unterstellung „ethnischer Säuberungen“ im Zuge der Staatsgründung Israels sowie die Behauptung einer damit einhergehenden neokolonialen Expansionsstrategie Israels. Solche antizionistischen Narrative sind zentraler Bestandteil antiisraelischer Propagandamuster, wie sie insbesondere in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts von der Sowjetunion und deren Bündnispartner systematisch verbreitet wurden.²⁰⁹⁴

Insbesondere der Vergleich Israels mit dem rassistischen Apartheidregime Südafrikas diente somit bereits frühzeitig sowohl der Dämonisierung als auch der moralischen Diskreditierung des jüdischen Staates und zielte letztlich auf dessen politische Delegitimierung. Die Berufung auf universelle Menschenrechte sowie auf Prinzipien des internationalen Rechts verlieh den Boykottforderungen der BDS-Bewegung eine zusätzliche Legitimationsbasis und trug zur Selbstinszenierung ihrer Initiator:innen als moralisch integre, gewaltfrei agierende Akteur:innen bei. Tatsächlich jedoch verfolgt die Bewegung mit ihren zentralen Forderungen ein politisches Programm,

2092 BDS Call (2005).

2093 Ebd.

2094 Vgl. Holz/Haury (2022), S. 129 ff.

das – konsequent umgesetzt – auf die Auflösung Israels als jüdischer und zugleich demokratischer Staat hinauslief.

IV. Zur antisemitischen Programmatik und Methodik von BDS

Die internationale BDS-Bewegung agiert als loses Kampagnennetzwerk und versteht sich selbst als gewaltfreie, zivilgesellschaftliche Initiative, die sich für die Rechte der Palästinenser:innen einsetzt. Seit ihrer Gründung im Jahr 2005 beruft sie sich auf menschenrechtliche Prinzipien und beansprucht für sich daher eine moralische Autorität. Doch sowohl die inhaltliche Ausgestaltung ihrer politischen Zielsetzungen als auch die Wahl ihrer Aktionsformen werfen zentrale Fragen auf: Was genau fordert die Bewegung – und mit welchen Konsequenzen für den israelischen Staat, für das jüdische Selbstbestimmungsrecht und für den gesellschaftlichen Diskurs in demokratischen Gesellschaften? Um Antworten auf diese Frage zu geben, ist es zum einen notwendig, die programmatischen Kernforderungen der BDS-Kampagne im Hinblick auf ihre begrifflichen Unklarheiten, ihre politische Tragweite und ihre ideologische Aufladung zu untersuchen. Zum anderen gilt es, die bevorzugten Aktionsformen der Kampagne zu analysieren – von wirtschaftlichen Boykottaufrufen über universitäre Mobilisierungsstrategien bis hin zu kulturellen Interventionen. Im Zentrum steht dabei die Frage, auf welche Weise die Bewegung durch Kampagnen und Aktionen, moralischen Druck und diskursive Umcodierungen eine öffentliche Wirkung erzielen möchte – und welche antisemitischen Erscheinungsformen dabei zutage treten.

Ziele von BDS

Obwohl die programmatischen Zielsetzungen der BDS-Kampagne auf den ersten Blick den Eindruck politischer Legitimität und menschenrechtlicher Orientierung vermitteln, zeigt eine genauere Analyse nicht nur erhebliche begriffliche Unschärfen, sondern auch die strategische Absicht, Israel als Unrechtsstaat zu diffamieren und seine staatliche Legitimität grundlegend infrage zu stellen.²⁰⁹⁵ Bereits die erste Kernforderung – die Beendigung der „Besetzung und Kolonisierung allen arabischen Landes“²⁰⁹⁶ – ist durch eine strategische Vagheit gekennzeichnet. Die Formulierung bleibt bewusst

2095 Vgl. Müller (2020), S. 185 ff.

2096 BDS Call (2005).

ungenau und lässt offen, welches Territorium konkret gemeint ist. In einer radikalen, panarabisch-nationalistischen Auslegung bezieht sich „alles arabische Land“ nicht nur auf das Westjordanland und Ostjerusalem, sondern auf das gesamte Gebiet zwischen Mittelmeer und Jordan – einschließlich des israelischen Staatsgebiets. Eine solche Interpretation zielt letztlich auf die vollständige Delegitimierung Israels als jüdischer Staat ab und impliziert dessen politische Auflösung.

Gerade diese begriffliche Unschärfe ermöglicht BDS eine breite Anschlussfähigkeit und kann zugleich radikalen Interpretationen Vorschub leisten. In ihrer maximalistischen Auslegung läuft diese Forderung auf die Auflösung der staatlichen Existenz Israels hinaus. Die argumentative Offenheit fungiert dabei als rhetorisches Mittel, um ganz unterschiedliche politische Akteure – von liberalen Menschenrechtsinitiativen bis hin zu dezidiert israelfeindlichen Bewegungen und islamistischen Terrorgruppen – zu mobilisieren und unter einer gemeinsamen Zielsetzung zu versammeln. Dass es sich hierbei nicht lediglich um hypothetische Lesarten handelt, sondern um explizit vertretene Positionen innerhalb der Bewegung, belegen Äußerungen prominenter BDS-Akteure. So erklärte etwa Omar Barghouti, Mitbegründer der Bewegung, 2019 in einem Interview mit der *New York Times* unmissverständlich, dass er die Auflösung Israels als jüdischer Staat befürworte.²⁰⁹⁷

Auch die zweite zentrale Forderung der BDS-Bewegung erscheint zunächst als legitimes Plädoyer für die Einhaltung rechtsstaatlicher Gleichheitsprinzipien gegenüber Palästinenser:innen. Sie adressiert jene arabisch-palästinensischen Bürger:innen, die nicht in den palästinensischen Autonomiegebieten, sondern als israelische Staatsangehörige im Kernland Israels leben. In diesem Zusammenhang fordert die Kampagne, der Staat Israel solle das „Grundrecht der arabisch-palästinensischen BürgerInnen Israels auf völlige Gleichheit anerkenn[en].“²⁰⁹⁸ Bei näherer Betrachtung treten jedoch wesentliche Unklarheiten zutage: Die Formulierung impliziert, Israel verweigere einem bedeutenden Teil seiner Bevölkerung bürgerliche und politische Grundrechte. Dieser Vorwurf ist in seiner pauschalen Form jedoch kaum haltbar. Zwar bestehen innerhalb der israelischen Gesellschaft zweifellos Formen struktureller und institutioneller Benachteiligung und sozioökonomischer Diskriminierung gegenüber arabisch-palästinensischen Bevölkerungsgruppen – etwa im Bildungssektor oder in der kommunalen

2097 Vgl. Halbfinger/Wines/Erlanger (2019).

2098 BDS Call (2005).

Infrastruktur. Diese Ungleichheiten sind Ausdruck einer gesellschaftlichen Polarisierung sowie rassistischer Tendenzen innerhalb der multiethnischen israelischen Gesellschaft, die sich unter den Bedingungen eines fortdauernden palästinensisch-israelischen Konflikts und des Erstarkens der extremen Rechten und ultranationalistischer Akteure in Politik und Gesellschaft weiter verschärfen.²⁰⁹⁹ Gleichwohl existiert im israelischen Rechtssystem derzeit keine formalisierte ethnische Diskriminierung, die arabisch-palästinensischen Staatsangehörigen ihre staatsbürgerlichen Grundrechte qua Gesetz abspricht. Die Behauptung einer verfassungsmäßigen *Ungleichheit* – wie sie durch die BDS-Forderung suggeriert wird – greift daher zu kurz und verkennt die Realität eines demokratischen, wenn auch konfliktbeladenen israelischen Rechtssystems.²¹⁰⁰

Die dritte zentrale Forderung im Gründungsmanifest der BDS-Bewegung bezieht sich auf die palästinensische Flüchtlingsfrage und betrifft damit einen der zentralen politischen Streitpunkte des arabisch-israelischen Konflikts. So fordert BDS die uneingeschränkte Anerkennung der „Rechte der palästinensischen Flüchtlinge, in ihre Heimat und zu ihrem Eigentum zurückzukehren, wie es in der UN-Resolution 194 vereinbart wurde.“²¹⁰¹ Ein Appell für die Wahrung der Rechte von Geflüchteten erscheint als moralisch legitim und völkerrechtlich begründet dargestellt. Gleichwohl impliziert ihre praktische Umsetzung eine potenzielle fundamentale Veränderung der demografischen Mehrheitsverhältnisse zu Ungunsten der jüdischen Bevölkerung – und zielt somit auf eine Erosion der politischen Struktur Israels als jüdischer und zugleich demokratischer Staat. Schließlich definiert die von der UN-Generalversammlung 1949 gegründete Hilfsorganisation „United Nations Relief and Work Agency“ (UNRWA) als palästinensische Flüchtlinge nicht nur jene Personen, die infolge des arabisch-israelischen Krieges von 1948 ihre Heimat verlassen haben bzw. verlassen mussten, sondern erstreckt sich – über Generationen hinweg – auch auf deren Nachkommen.²¹⁰² Die allermeisten von ihnen leben in den Anrainerstaaten Israels – darunter mehrheitlich in Jordanien, Syrien sowie dem Libanon²¹⁰³ –, wo sie einer teils erheblichen Diskriminierung durch die

2099 Vgl. Fischer (2022), S. 271.

2100 Vgl. Hostovsky Brandes (2022), S. 123 ff.

2101 BDS Call (2005).

2102 Vgl. Al Hussein (2025), S. 365 ff.; Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages (2006), S. 6.

2103 vgl. Al Hussein (2025), S. 373.

dort herrschenden Regime ausgesetzt sind.²¹⁰⁴ Diese historisch einzigartige De-facto-Vererbbarkeit des Flüchtlingsstatus und nicht zuletzt die Weigerung diverser arabischer Staaten, die dort lebenden Palästinenser:innen als Staatsbürger:innen gesellschaftlich zu integrieren,²¹⁰⁵ hat seit Mitte des 20. Jahrhunderts zu einem massiven Anstieg politisch anerkannter palästinensischen Flüchtlinge geführt – deren Gesamtzahl sich heute auf nahezu 6 Millionen beläuft.²¹⁰⁶ Eine Umsetzung der Rückkehrforderung für die gesamte Flüchtlingspopulation würde demzufolge zu einer drastischen Veränderung der demografischen Mehrheitsverhältnisse in Israel führen: Bei einer Gesamtbevölkerung von knapp 9 Millionen Menschen – davon etwa 6,8 Millionen Jüdinnen und Juden sowie rund 2 Millionen arabische Israelis bzw. palästinensisch-arabische Staatsbürger – wäre eine jüdische Bevölkerungsmehrheit nicht mehr gegeben. Diese demografische Umkehrung würde die konstitutive Grundlage Israels als jüdischer und zugleich demokratischer Nationalstaat erodieren lassen und hätte weitreichende Folgen für seine geopolitische Existenz. In der Konsequenz würde dies nicht nur das Ende des jüdisch-demokratischen Staates bedeuten, sondern auch die Rolle Israels als demokratisch organisierter Schutzraum für Jüdinnen und Juden weltweit fundamental beeinträchtigen.

Methodik von BDS

Die Vorgehensweise der BDS-Bewegung ist eng mit ihrer programmatischen Zielsetzung verknüpft, die – in ihrer radikaleren Auslegung – auf die Delegitimierung und letztlich Abschaffung des jüdisch-demokratischen Staates Israel abzielt. Die gewählten Aktionsformen speisen sich aus einem zivilgesellschaftlichen Repertoire, das auf öffentlichen Druck, Mobilisierung und symbolische Sichtbarkeit setzt. Lokale Ableger der transnationalen Bewegung organisieren regelmäßig Protestaktionen vor Kaufhäusern, die israelische Produkte vertreiben, vor Firmensitzen mit wirtschaftlichen Verbindungen nach Israel sowie auf dem Gelände von Universitäten. Ziel dieser Interventionen ist es, wirtschaftliche und institutionelle Kooperationen mit dem Staat Israel als moralisch inakzeptabel zu desavouieren und so wirtschaftliche Einbußen zu evozieren.

Insbesondere im universitären Umfeld, etwa in Großbritannien oder Nordamerika, stößt BDS auf positive Resonanz. Dort zählen nicht nur

2104 Ebd.

2105 Vgl. Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages (2006), S. 4.

2106 Vgl. UNRWA (2021).

studentische Initiativen, sondern auch namhafte Intellektuelle wie Judith Butler, Jasbir Puar, Achille Mbembe oder Mahmood Mamdani zu den Unterstützenden der Bewegung. Ihre öffentliche Parteinahme verleiht der Kampagne intellektuelle Legitimität und verstärkt ihre Sichtbarkeit im akademischen Diskurs.²¹⁰⁷ Gleichzeitig berichten Studien aus den Vereinigten Staaten von einem signifikanten Anstieg antisemitisch motivierter Vorfälle an Hochschulen, insbesondere im Zusammenhang mit Aktivitäten BDS-naher Gruppen.²¹⁰⁸ Und auch in Deutschland kam es wiederholt zu massiven Störungen von Veranstaltungen, etwa 2017 an der Humboldt-Universität Berlin, als eine Rede der israelischen Shoah-Überlebenden Dvora Weinstein von BDS-Aktivist:innen niedergeschrien wurde.²¹⁰⁹

Neben dem akademischen Raum entfaltet die BDS-Kampagne auch im kulturellen Sektor eine beachtliche Wirkungskraft. Prominente Künstler:innen wie Brian Eno oder Kae Tempest positionieren sich offen zugunsten von BDS und rufen zu einem kulturellen Boykott Israels auf. Besonders hervorzuheben ist in diesem Zusammenhang der britische Musiker Roger Waters, der sich durch wiederholte provokative Aktionen und Äußerungen als einer der lautstärksten Fürsprecher der Bewegung profiliert hat. In seinen Auftritten und Interviews verwendet Waters wiederholt antisemitische Bild- und Sprachmuster – etwa durch die Darstellung eines mit einem Davidstern versehenen Luftballons in der Form eines Schweins auf Konzerten oder durch die Verbreitung von Verschwörungserzählungen über eine angeblich jüdische Kontrolle amerikanischer Politik.²¹¹⁰

Waters und andere prominente BDS-Unterstützer:innen verstehen ihr antiisraelisches Engagement als humanitären Einsatz gegen Unterdrückung und setzen Israels Politik in geschichtsrelativierender Weise nicht selten mit der Politik des Nationalsozialismus gleich. Waters etwa verglich seinen Einsatz für BDS mit dem Widerstand der Weißen Rose gegen das NS-Regime.²¹¹¹ Auch BDS-Initiator Omar Barghouti griff in öffentlichen Äußerungen wiederholt auf NS-Analogien zurück, etwa wenn er politische Maßnahmen Israels mit dem Vorgehen der Nationalsozialisten gegenüber Jüdinnen und Juden verglich oder die „Euthanasie“ des Zionismus forderte.²¹¹² Solche

2107 Vgl. Nelson (2019); Gansinger (2018); Elbe (2020).

2108 Vgl. AMCHA Initiative (2019); Nelson/Friedland/O’Connell (2024), S. 36 f.

2109 Vgl. Schönball (2017).

2110 Vgl. Holstein (2013); Winer (2020).

2111 Vgl. Waters (2019).

2112 Vgl. Rosenfeld (2018). Der Begriff „Euthanasie“ (sinngemäß „Sterbehilfe“) wird insbesondere mit der nationalsozialistischen Praxis assoziiert, physisch und psy-

Aussagen stehen exemplarisch für eine antisemitische Diskurspraxis, die – vor dem Hintergrund der historischen und gegenwärtigen Bedeutung Israels als Nachfolgestaat der Überlebenden der Shoah sowie als Schutzraum für Jüdinnen und Juden vor antisemitischer Verfolgung und Gewalt – in eine Täter-Opfer-Umkehr mündet.²¹¹³

Nicht nur sprachlich, auch visuell bedienen sich BDS-Akteure solcher Dämonisierungs- und Delegitimierungsmuster: Im Rahmen des Eurovision Song Contest 2019 in Tel Aviv verbreitete die Bewegung über ihre Kanäle eine Illustration, in der das Logo der Veranstaltung mit Stacheldraht, einem gebrochenen Herzen und einer Grafik versehen wurde, deren Form einer SS-Rune entspricht.²¹¹⁴ Diese Form von symbolischer Radikalisierung geht nicht selten mit öffentlichem Druck auf Künstler:innen einher, die sich einer Beteiligung an der Kampagne verweigern. So berichteten etwa Nick Cave oder die Band Radiohead von massiven Anfeindungen durch BDS-nahe Akteure.²¹¹⁵ 2015 wurde der jüdisch-amerikanische Musiker Matisyahu vom spanischen Rototom Sunsplash Festival ausgeladen, nachdem er sich geweigert hatte, eine Erklärung zugunsten von BDS zu unterzeichnen. Erst infolge internationaler Proteste wurde diese Entscheidung rückgängig gemacht. Sein Auftritt blieb dennoch nicht frei von politischen Störversuchen – etwa in Form überdimensionaler Palästina-Flaggen, die von BDS-Aktivist:innen im Publikum demonstrativ geschwenkt wurden.²¹¹⁶

An diesen Beispielen zeigt sich, dass die BDS-Bewegung nicht nur auf strukturelle Boykottmaßnahmen zielt, sondern mit moralischen Überwältigungsstrategien operiert, die insbesondere im Kulturbereich hohe Sichtbarkeit und emotionalisierende Wirkung entfalten. Die Methode ist nicht zuletzt deshalb wirksam, weil sie auf eine diskursive Verschiebung setzt, die Israel nicht als Schutzraum für Jüdinnen und Juden, sondern vor allem als globale Bedrohung inszeniert.

chisch erkrankte Menschen, Menschen mit Behinderung sowie als „asozial“ oder „gemeinschaftsfremd“ stigmatisierte Personen systematisch zu ermorden.

2113 Zur Bedeutung der Täter-Opfer-Umkehr in antisemitischen Argumentationen vgl. Salzborn (2018), S. 64 ff.

2114 Vgl. BDS Deutschland (2018).

2115 Vgl. Beaumont-Thomas (2018); Rolling Stone (2017).

2116 Vgl. Jerusalem Post (2015).

V. Zur Politisierung kultureller Räume durch antiisraelische Kampagnen in den 2010er Jahren

Seit den frühen 2010er Jahren lässt sich innerhalb internationaler Kulturszenen eine signifikante Zunahme antiisraelischer Positionierungen beobachten, die sich vor allem in künstlerischen, aktivistischen und subkulturellen Milieus artikulieren. Die internationale BDS-Bewegung, deren Aktivitäten bis dahin primär auf akademische und wirtschaftliche Bereiche fokussiert waren, weitete ihre Kampagnen zunehmend auf kulturelle Räume aus – insbesondere auf solche mit hoher symbolischer Reichweite wie Musik-, Kunst- und Clubkulturen. Frühe Beispiele für diese Entwicklung bildeten etwa die Initiative Punks for Palestine (2011) sowie Artists for Palestine (2015), die jeweils versuchten, innerhalb ihrer Szenen Solidarität mit der BDS-Agenda zu mobilisieren.

In den Folgejahren zielten die Boykottaufrufe auf größere Musikfestivals mit namhaften Musiker:innen wie dem Festival Pop-Kultur 2017 in Berlin. Auslöser der BDS-Kampagne waren Reisezuschüsse für die israelische Musikerin Riff Cohen von etwa 500 Euro durch die Botschaft des Staates Israel in Deutschland.²¹¹⁷ Mehrere Künstler:innen – darunter der aus Syrien stammende Rapper Mohammad Abu Hajar, die tunesische Singer-Songwriterin Emel Mathlouthi, die finnische Metal-Band Oranssi Pazuzu sowie die Schottische Band Young Fathers – sagten daraufhin ihre Teilnahme ab.²¹¹⁸ In den Folgejahren intensivierten sich die Boykottaufrufe gegen das Pop-Kultur-Festival.²¹¹⁹ Einen ähnlich breiten öffentlichen Resonanzraum erreichte die Kampagne DJs for Palestine im Jahr 2018, die durch einen Boykottaufruf der BDS-Bewegung gegen das in Israel geplante Meteor Festival ausgelöst wurde.²¹²⁰ Obwohl nur wenige Künstler:innen tatsächlich aus dem Line-up austraten, verbreitete sich im Vorfeld des Festivals im September 2018 der Hashtag *#DJsForPalestine* viral – vielfach auch unter Akteur:innen, die gar nicht an dem Festival beteiligt waren. Unter den Unterstützer:innen fanden sich prominente DJs und Musiker:innen wie Ben UFO, Laurel Halo, Caribou und Roger Waters.²¹²¹

Seitdem lässt sich eine zunehmende Mobilisierung beobachten, die über einzelne Initiativen hinausgeht. Im Mai 2021 erschien ein offener Brief mit

2117 Vgl. Leister (2017).

2118 Ebd.

2119 Vgl. Pop-Kultur (2022).

2120 Vgl. Potter (2022), S. 44 ff.

2121 Ebd.

dem Titel *A Letter Against Apartheid* (18. Mai 2021),²¹²² dem binnen Tagen weitere öffentliche Stellungnahmen aus den Bereichen Architektur/Stadtplanung²¹²³ sowie der Musikindustrie²¹²⁴ folgten. In Deutschland wurde wenig später mit der Initiative Berlin Nightlife Workers Against Apartheid ein weiteres dezidiert antiisraelisches Narrativ innerhalb des städtischen Clubmilieus propagiert.²¹²⁵

Diese Dynamiken stehen im Zusammenhang mit einer breiteren kulturellen Politisierung, die sich nicht zuletzt in einem wachsenden Bekenntnisdruck unter Künstler:innen niederschlägt: Die Forderung, sich öffentlich zu Israel zu positionieren – und dabei vorzugsweise kritisch oder boykottunterstützend bzw. -relativierend aufzutreten –, gewinnt zunehmend an Bedeutung. Kampagnen wie die Initiative GG 5.3 Weltoffenheit, die sich 2020 gegen eine Bundestagsresolution aus dem Jahr 2019 wandte, die zur staatlichen Nichtförderung BDS-naher Veranstaltungen aufrief, verstärkten diesen Trend. Die Kampagne wurde von Vertreter:innen zahlreicher namhafter Kultur- und Bildungsinstitutionen getragen und unterstützt – darunter das Hebbel am Ufer (HAU), das Deutsche Theater, Kampnagel, das Thalia Theater sowie das Goethe-Institut.²¹²⁶ Wenige Tage später erschien ein weiterer, deutlich schärfer formulierter offener Brief mit dem Titel *Nothing Can Be Changed Until It Is Faced*, der – frei von Belegen – erklärte, die Bundestagsresolution *Der BDS-Bewegung entschlossen entgegenzutreten – Antisemitismus bekämpfen* führe dazu, dass Menschen mit kritischen Positionen gegenüber Israel systematisch zum Schweigen gebracht würden.²¹²⁷

Diese sich verschränkenden Prozesse kultureller Mobilisierung fanden 2022 in der Debatte um Antisemitismus auf der *documenta fifteen* in Kassel einen vorläufigen Kulminationspunkt. Bereits im Vorfeld äußerten jüdische Organisationen und Kommentator:innen die Sorge, die Nähe einiger Künstler:innen zur BDS-Bewegung könne zu antisemitischen Darstellungen in der Ausstellung führen.²¹²⁸ Diese Befürchtungen bestätigten sich, als gleich mehrere Exponate antisemitische Motive aufwiesen. Der Antisemitismus auf der *documenta fifteen* und nicht zuletzt das von Abwehr geprägte Verhalten der *documenta*-Verantwortlichen – darunter das verantwortliche Kurator:innenkollektiv *ruangrupa* – verdeutlichten exemplarisch,

2122 Vgl. e-flux (2021a).

2123 Architecture and Urban Against Apartheid, 24. Mai 2025, vgl. e-flux (2021b).

2124 Musicians for Palestine, 27. Mai 2021; vgl. Kreps (2021).

2125 Vgl. Berlin Nightlife Workers Against Apartheid (2021).

2126 Vgl. Stiftung Humboldt Forum im Berliner Schloss (2020).

2127 Vgl. *Nothing Can Be Changed Until It Is Faced* (2020).

2128 Vgl. Schmidt (2022).

wie sich antisemitisch grundierter Aktivismus im Zeichen einer Vielzahl vorausgegangener antiisraelischer Kampagnen in künstlerischen Feldern artikulieren und dabei zu Formen der Radikalisierung führen kann.

VI. Von der Boykottforderung zur Radikalisierung: Antiisraelische Kampagnen in kulturellen Feldern nach dem 7. Oktober 2023

Seit dem 7. Oktober 2023 kommt es erneut zu einer spürbaren Zunahme antiisraelischer Initiativen innerhalb internationaler Kultur- und Musikmilieus. Bereits am 27. Oktober 2023 forderte eine Vielzahl von Künstler:innen aus der elektronischen Musikszene Solidarität mit den politischen Anliegen der Palästinenser:innen – ohne die Ereignisse des 7. Oktobers zu erwähnen.²¹²⁹ In den Folgemonaten traten weitere Gruppierungen in den Vordergrund, darunter Ravers for Palestine (seit 2023) und DJs Against Apartheid (seit 2024), die sich auf sozialen Plattformen professionalisiert präsentierten, offene Briefe formulierten und zu Boykotten etwa gegen Berliner Clubs wie das Berghain oder gegen die Videoplattform HÖR aufriefen.²¹³⁰ Die Gruppen agieren zunehmend vernetzt und bedienen sich professioneller Kampagnenstrategien. Ihre digital verbreiteten Inhalte werden in Form sogenannter Social-Media-Kits zur Verfügung gestellt, die eigens gestaltete Share-Pics im Stil der jeweiligen subkulturellen Ästhetik enthalten und gezielt zur Weiterverbreitung durch Unterstützer:innen anregen.²¹³¹

Zudem ist dabei eine zunehmende rhetorische Radikalisierung zu beobachten: So veröffentlichte Ravers for Palestine im Oktober 2024 einen Post auf Instagram, in dem der Tod Yahya Sinwars – des Drahtziehers der Massaker vom 7. Oktober – offen betrauert wurde.²¹³² Die Darstellung Sinwars

2129 Vgl. The electronic music scene must urgently speak out against Israel's brutal and ongoing attack on Gaza (2023).

2130 Vgl. Ravers for Palestine (2023b).

2131 Vgl. Ravers for Palestine (2023a); DJs Against Apartheid (2024b).

2132 Vgl. Ravers for Palestine (2024). Wenige Tage nach Bekanntwerden der Tötung Sinwars durch israelische Streitkräfte postete die Kampagne am 21. Oktober 2024 in einer sogenannten Insta-Story eine Rede des ehemaligen Anführers der Hamas und Planers der Massaker vom 7. Oktober (vgl. Ravers for Palestine 2024). Eine darauffolgende Insta-Story enthält folgenden Text vor einem weißen Hintergrund: „You walk to the beach at sunset, and you see all these teenagers on the shore chatting and wondering what the world looks like across the sea. What life looks like. It's breaking. And should break everybody. I want them free." -- Yahya Sunwar, 2018“ (Ravers for Palestine (2024).

als Freiheitskämpfer und Symbolfigur eines palästinensischen Jugendkampfes markiert eine auffällige ideologische Verschiebung: vom kulturellen Aktivismus gegen Israel hin zur affirmativen Rezeption islamistisch-terroristischer Ideologie. Auch DJs Against Apartheid, deren offener Brief im Februar 2024 von über 3.000 Musiker:innen unterzeichnet wurde, spricht von den Anschlägen des 7. Oktobers als „natürlicher Reaktion“ auf ein „Jahrhundert der Besatzung“.²¹³³ Einzelne Unterstützer:innen – etwa der amerikanische DJ WTCHCRFT – verwendeten offen dschihadistische Parolen wie „Glory to the Martyrs, Bless the Axis of Resistance and free Palestine and its people from the Zionist occupation“,²¹³⁴ die sich diskursiv an die Sprache islamistischer Terrorgruppen anlehnen.

Darüber hinaus zeigt sich sowohl in der Clubkultur als auch im Bereich der bildenden Kunst sowie der Literatur eine zunehmende Verschiebung des antiisraelischen Aktivismus: Der ursprünglich auf Israel fokussierte Boykottaufruf verlagert sich nun verstärkt auf Einrichtungen in Deutschland. Dies manifestiert sich besonders deutlich in der Kampagne „Strike Germany“, die seit Anfang 2024 öffentlich für einen Boykott deutscher Kulturinstitutionen plädiert, sofern diese sich nicht dezidiert von Israels militärischem Vorgehen im Gazastreifen distanzieren.²¹³⁵ Die Initiator:innen von Strike Germany deuten die politische Solidarität Deutschlands mit Israel als aktive Unterstützung von dessen militärischem Vorgehen im Gazastreifen – ein Deutungsmuster, das sich zunehmend im Vorwurf einer deutschen „Komplizenschaft“ verdichtet.²¹³⁶

Die Forderungen des Strike-Germany-Aufrufs richten sich auf drei zentrale Punkte: den Verzicht deutscher Kulturinstitutionen auf eine „Kontrol-

2133 DJs Against Apartheid (2024a). Zitat im Original: „The armed attacks on October 7 by Palestinian people cannot be de-contextualized from apartheid, extreme oppression, vicious brutality against protests and the open embrace by the Netanyahu government of extreme policies that aim to openly liquidate the Palestinian people’s just struggle to reclaim their homes and villages. Despite these facts, the armed resistance, which is a direct and natural response to nearly a century of occupation, is characterized by the corporate media and Biden as ‘sheer evil’“ (DJs Against Apartheid 2024a).

2134 DJ WTCHCRFT, zit. nach Potter (2024).

2135 Vgl. Strike Germany 2024.

2136 Im Rahmen einer Kampagne gegen das Filmfestival Berlinale formulierten die Verantwortlichen von Strike Germany diesen Vorwurf wie folgt: „Berlinale’s own statement in response to these politicians’ vitriol confirmed that Berlinale has no interest in protecting artists who make principled stances of solidarity with Palestinians facing genocide and apartheid, but instead aligned itself with the German government that is complicit in Israel’s crimes“ (Strike Germany 2025).

le der politischen Einstellungen von Künstler:innen“,²¹³⁷ die Ablehnung der Arbeitsdefinition Antisemitismus der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA) zugunsten der sogenannten Jerusalem Declaration on Antisemitism (JDA)²¹³⁸ sowie die Rücknahme der Bundestagsresolution gegen die BDS-Bewegung aus dem Jahr 2019, die die Strike-Germany-Verantwortlichen als „Instrument für strukturellen Rassismus“²¹³⁹ bezeichnen. Diese Anliegen greifen zwar bekannte gesellschaftliche Diskurse auf, leisten jedoch weder einen argumentativen Erkenntnisgewinn noch eine neue Perspektivierung. Vielmehr rekurriert der Text auf ein stark manichäisches Weltbild, das zwischen unterdrückenden und befreienden Kräften unterscheidet – auf der einen Seite Israel, die deutsche Staatsräson und die deutsche Erinnerungskultur, auf der anderen Seite die Kunstfreiheit, internationale Solidarität und antiimperialistische Bewegungen.²¹⁴⁰ Die Komplexität gesellschaftlicher Diskurse über Antisemitismus, des arabisch-palästinensischen Konflikts sowie der Geschichte und Gegenwart der deutsch-israelischen Beziehungen wird dabei systematisch zugunsten ideologischer Eindeutigkeit marginalisiert.

Auffällig ist darüber hinaus die vollständige Abwesenheit einer Auseinandersetzung mit dem Antisemitismus, der nach dem Massaker der Hamas am 7. Oktober 2023 weltweit, aber auch in Deutschland signifikant zugenommen hat.²¹⁴¹ Weder enthält der Text einen Hinweis auf die Bedrohungslage jüdischer Menschen noch eine Verurteilung der Massaker der Hamas und ihrer Verbündeten am 7. Oktober 2023 in Israel. Stattdessen inszenieren sich die Autor:innen und Unterstützer:innen des Aufrufs primär selbst als Opfer – einer angeblich repressiven deutschen Erinnerungskultur, die die Kunst- und Meinungsfreiheit einschränke. Diese Form der Selbstviktimisierung fungiert dabei als strategische Abwehr gegen jede Kritik und verhindert eine tatsächliche Auseinandersetzung mit den Herausforderungen antisemitismuskritischer Kulturarbeit. Die Ablehnung der IHRA-Definition und die einseitige Präferenz für die JDA sind exemplarisch für diese Haltung. Während Erstere auch israelbezogenen Antisemitismus explizit einbezieht – ein Aspekt, der in der Erfahrungswelt vieler Jüdinnen und Juden eine zentrale Rolle spielt²¹⁴² –, zielt die JDA primär auf Negation

2137 Strike Germany 2024.

2138 Ebd.

2139 Ebd.

2140 Vgl. Bechtle (2024).

2141 Vgl. RIAS (2025), S.10.

2142 Vgl. Bernstein (2021), S. 81; RIAS (2023), S. 34 ff.

und unternimmt den Versuch zu definieren, was *nicht* antisemitisch ist.²¹⁴³ Diese Akzentverschiebung erlaubt es, Formen des – programmatisch und methodisch – antisemitischen Kulturboykotts zu relativieren und etablierte Standards bei der Erfassung antisemitischer Vorfälle – wie etwa die IHRA – als angebliches Instrument der Zensur zu diffamieren.

In den knapp zwei Jahren seit dem 7. Oktober 2023 konnte Strike Germany Erfolge erzielen: Anfang 2024 sagten mehrere Künstler:innen ihre Teilnahme an Veranstaltungen des CTM Festivals in Berlin ab,²¹⁴⁴ und die bosnische Schriftstellerin Lana Bastašić trennte sich öffentlichkeitswirksam von ihrem deutschen Verlag S. Fischer.²¹⁴⁵ Zudem umfasst die Liste der Unterstützer:innen der Kampagne prominente Figuren der internationalen Kunst- und Kulturszene wie etwa die französische Literaturnobelpreisträgerin Annie Ernaux, die US-amerikanische Philosophin und Gendertheoretikerin Judith Butler sowie die US-amerikanische Fotokünstlerin Nan Goldin.²¹⁴⁶ Letztere provozierte einen Eklat, als sie im November 2024 im Rahmen einer Eröffnungsveranstaltung ihrer Ausstellung *This will not end well* in der Neuen Nationalgalerie in Berlin eine antiisraelische Rede hielt.²¹⁴⁷ Dabei wurde Goldin von propalästinensischen Aktivist:innen mit Palästinafahnen bejubelt, während der Versuch des Direktors der Neuen Nationalgalerie, Klaus Biesenbach, eine Gegenposition zu formulieren, lautstark übertönt wurde. Goldin selbst verweigerte später die Teilnahme am eigens anberaumten Symposium zur Rolle von Kunst und Aktivismus im Kontext des arabisch-israelischen Konflikts. Strike Germany hatte im Vorfeld zur Verhinderung des Symposiums aufgerufen, das von „Völkermord leugnenden Zionisten dominiert“²¹⁴⁸ werde.

Das Vorgehen von Strike Germany verdeutlicht exemplarisch die fortschreitende Ideologisierung kulturpolitischer Diskurse in internationalen Kulturfeldern. Antisemitismuskritische Positionen werden dabei zunehmend als Ausdruck autoritärer oder gar rassistischer Machtstrukturen delegitimiert – ein Narrativ, das insbesondere in global ausgerichteten, postkolonial sensibilisierten Milieus auf Resonanz stößt. Während sich Teile

2143 Für eine ausführliche Kritik der JDA vgl. Kinzel/Poensgen (2024).

2144 Vgl. Hartmann (2024).

2145 Vgl. Deutschlandfunk Kultur (2024).

2146 Vgl. Rapp (2024). Hierbei ist anzumerken, dass die genannten Personen – trotz ihrer öffentlichkeitswirksamen Unterstützung der Boykott-Kampagne Strike Germany – ihre Werke in Deutschland nach wie vor veröffentlichen und dadurch weiterhin erhebliche Einnahmen erzielen.

2147 Vgl. Der Spiegel (2024).

2148 Strike Germany, zit. nach Timm (2024).

dieser Szenen in einer Rhetorik der Befreiung und der Solidarität mit unterdrückten Gruppen verorten, bleibt die reale Zunahme antisemitischer Gewalt und ihre Auswirkungen auf jüdisches Leben weitgehend unsichtbar. Diese selektive Wahrnehmung verweist auf eine ideologische Schlagseite, die kulturelle Institutionen nicht nur in Deutschland vor neue Herausforderungen stellt. Zugleich lassen sich diese Entwicklungen in eine längere historische Linie einordnen: Bereits in den letzten zehn Jahren war eine schrittweise Verschiebung von antiisraelischen Diskursen aus subkulturellen Nischen – etwa dem Punk oder im elektronischen Musikfeld – hin zu etablierten kulturellen Arenen zu beobachten. Dabei trat die ursprüngliche Forderung nach einem Boykott israelischer Kultureinrichtungen zunehmend in den Hintergrund. An ihre Stelle trat eine symbolpolitisch aufgeladene Rhetorik, die sich immer stärker radikalisierte – bis hin zur offenen oder impliziten Verharmlosung islamistischer Gewaltakteure. Diese markiert eine zunehmend sichtbar werdende Entwicklung von kulturpolitisch motiviertem Aktivismus hin zur diskursiven Normalisierung von Gewalt gegen den jüdischen Staat und jüdische Menschen weltweit.

VII. Fazit

Das vorliegende Gutachten illustriert, wie sich antiisraelische Boykottkampagnen seit den frühen 2000er Jahren ausgehend von der internationalen BDS-Bewegung in weiten Teilen der globalen Kulturproduktion etabliert haben. Was zunächst in universitären und subkulturellen Szenen seinen Anfang nahm, hat sich inzwischen zu einem diskursbestimmenden Phänomen entwickelt, das zunehmend auch in etablierten kulturellen Institutionen und öffentlichen Arenen wirksam wird. Dabei zeigt sich ein fundamentaler Wandel: Was einst als Kampagnenkonglomerat mit mehr oder weniger explizitem Anschluss an die BDS-Bewegung begann, hat sich zu einem in zentralen Segmenten der Kulturproduktion hegemonialen Diskurs entwickelt, der das Signum einer expliziten Bewegungszugehörigkeit nicht mehr benötigt.

Eng verknüpft mit diesen politischen Zielen ist das Prinzip der „Anti-Normalisierung“, das jeden Dialog, jede Kooperation und jede Form der Anerkennung Israels als Verrat palästinensischer Anliegen desavouiert.²¹⁴⁹ Das „Right of Return“ fungiert dabei nicht nur als politische Maximalforde-

2149 Vgl. Gathmann (2024), S. 179.

rung, sondern auch als ideologischer Prüfstein innerhalb der sogenannten Anti-Normalisierungsdoktrin. Diese kompromisslose Haltung, die bereits in der Khartum-Resolution von 1967 angelegt war, erfuhr im Gründungsmanifest der BDS-Bewegung eine Weiterentwicklung und prägt bis heute die Dynamik der antiisraelischen Boykottbewegungen. Jedes Abrücken vom totalen Boykott wird als Normalisierung und damit als Akzeptanz der Unterdrückung von Palästinenser:innen interpretiert. Die Wirkmächtigkeit dieses Prinzips zeigt sich eindrücklich am Beispiel der Oscar-prämierten Dokumentation *No Other Land* (2024) des israelisch-palästinensischen Regisseur:innenteams bestehend aus Hamdan Ballal, Yuval Abraham, Basel Adra und Rachel Szor. Obwohl der Film die israelische Militärbesatzung in Teilen der Westbank sowie die Gewalt radikaler jüdischer Siedler:innen gegenüber den dort lebenden Palästinenser:innen kritisch beleuchtet, wird das Filmprojekt vom BDS-Ableger Palestinian Campaign for the Academic and Cultural Boycott of Israel (PACBI) öffentlich angegriffen.²¹⁵⁰ Dem Filmteam – insbesondere der Organisation „Close Up“, die die Umsetzung des Filmprojekts unterstützte – wird vorgeworfen, sich nicht explizit für das palästinensische Rückkehrrecht einzusetzen und damit „Anti-Normalisierungs-Grundsätze“²¹⁵¹ zu verletzen. Die Boykottaufrufung gegen ein Filmprojekt, das eine scharfe Kritik am israelischen Besatzungsregime und an den damit verbundenen Konsequenzen für den Lebensalltag der Palästinenser:innen in der Westbank übt, verdeutlicht die totalitäre Logik der Boykott-Programmatik und -methodik, die keinerlei Abweichung von der dogmatischen Linie toleriert.

Darüber hinaus lässt sich eine geografische und thematische Verschiebung beobachten: Der Boykott richtet sich zunehmend nicht mehr nur gegen israelische Institutionen und Künstler:innen, sondern auch gegen antisemitismuskritische Personen und Veranstaltungsorte sowie sonstige Kulturstätten außerhalb Israels, denen eine „Komplizenschaft“ mit Israel vorgeworfen wird. Die Kampagne Strike Germany steht exemplarisch für diese neue Wendung, in der sich kulturpolitischer Aktivismus mit einem zunehmend radikalisierten Antizionismus verbindet. Indem antisemitismuskritische Positionen als repressiv delegitimiert und etablierte Standards – wie die von einer Vielzahl an Institutionen konsentierende IHRA-Arbeitsdefinition von Antisemitismus – als Ausdruck „struktureller Gewalt“ diffamiert werden, verliert die Debatte an analytischer Tiefe und Differenzierung. Stattdessen dominiert ein manichäisches Weltbild, das die Komplexität des

2150 Vgl. BDS (2025).

2151 PACBI, zit. nach BDS (2025).

arabisch-israelischen Konflikts und die Bedrohung jüdischen Lebens durch einen zunehmend enthemmten Antisemitismus weltweit systematisch ausblendet.

Diese Entwicklungen werfen grundsätzliche Fragen zur ideologischen Ausrichtung der antiisraelischen Kampagnen selbst auf. Bewegungen wie BDS inszenieren sich nach außen als gewaltfreie, menschenrechtsbasierte Graswurzelinitiativen. Tatsächlich jedoch enthalten bereits die programmatischen Forderungen eine implizite Gewaltlogik: Die Umsetzung des uneingeschränkten Rückkehrrechts der Palästinenser:innen mit Flüchtlingsstatus würde das Ende Israels als jüdisch-demokratischer Staat bedeuten – ein politisches Ziel, das Jüdinnen und Juden einen zentralen Schutzraum vor antisemitischer Gewalt nehmen würde und nur unter massiver Gewaltanwendung realisierbar wäre. Hinzu kommt, dass sich die BDS-Bewegung in ihrem Gründungsmanifest offen auf terroristische Organisationen wie die Hamas oder den Islamischen Dschihad beruft – Akteure, die sich explizit zur eliminatorischen Gewalt gegen Jüdinnen und Juden – sowohl in Israel als auch weltweit – bekennen. Diese ideologische Nähe zum Terrorismus wurde nach dem 7. Oktober 2023 nochmals augenfällig: In Teilen des kulturpolitischen Aktivismus wurden die Massaker der Hamas relativiert, verharmlost oder teilweise sogar glorifiziert. Damit schließt sich der Kreis: Was ideologisch als Solidarität mit einem unterdrückten Volk erscheint, offenbart sich bei genauerer Betrachtung nicht selten als diskursiver Schulterschluss mit extremistischen Bewegungen, die Gewalt gegen Juden nicht nur legitimieren, sondern strategisch befürworten.

Die im Gutachten analysierte Entwicklung – von marginalisierten Boykottinitiativen über die zunehmende Politisierung kultureller Räume durch antiisraelische Kampagnen bis hin zur Radikalisierung nach dem 7. Oktober 2023 – offenbart eine signifikante Verschiebung: Antizionistisch-antisemitische Positionen, die einst am Rand des kulturellen Diskurses verortet waren, haben sich mittlerweile in dessen Zentrum etabliert. Die Tatsache, dass prominente Kulturinstitutionen, renommierte Künstler:innen und einflussreiche Intellektuelle diese Positionen nicht nur tolerieren, sondern zum Teil aktiv propagieren, leistet einer Normalisierung antisemitischer Diskursmuster Vorschub. Die zunehmende Hegemonie antiisraelischer Boykottkampagnen und der mit ihnen verbundenen Forderungen in kulturellen Feldern stellt demokratische Gesellschaften vor fundamentale Herausforderungen. Sie gefährden nicht nur die Sicherheit von Jüdinnen und Juden und die Existenz Israels als demokratisch organisierter Schutzraum vor antisemitischer Gewalt und Verfolgung, sondern untergraben durch

ihre antisemitische Programmatik, ihre zunehmend autoritären Methoden sowie ihre teils aggressive, terrorismusrelativierende Rhetorik auch die Grundlagen eines pluralistischen und demokratischen kulturellen Dialogs.

Literatur und Quellen

- Al Husseini, Jalal (2025): The Palestinian Refugee Issue. In: Michael Dumper/Amneh Badran (Hrsg.): Routledge Handbook on Palestine. New York: Routledge, S. 364–381.
- AMCHA Initiative (2019): The Harassment of Jewish Students on U.S. Campuses. How Eliminationist Anti-Zionism and Academic BDS Incite Campus Antisemitism, <https://amchainitiative.org/wp-content/uploads/2019/09/Eliminationist-Anti-Zionism-and-Academic-BDS-on-Campus-Report.pdf> (25.06.2025).
- Amtsblatt der Europäischen Union (2009): Gemeinsamer Standpunkt 2009/468/GASP DES RATES vom 15. Juni 2009 zur Aktualisierung des Gemeinsamen Standpunkts 2001/931/GASP über die Anwendung besonderer Maßnahmen zur Bekämpfung des Terrorismus und zur Aufhebung des Gemeinsamen Standpunkts 2009/67/GASP, <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:32009E0468&qid=1412596355797&from=DE> (25.06.2025).
- Artists for Palestine UK (2025): Dozens of ex-Eurovision contestants demand exclusion of Israel from contest, <https://artistsforpalestine.org.uk/2025/05/06/former-eurovisi-on-contestants-demand-exclusion-of-israel-from-contest/> (25.06.2025).
- BDS (2025): PACBI's Position on No Other Land, <https://www.bdsmovement.net/no-other-land> (22.06.2025).
- BDS-CH (2025): Boykott des Eurovision Song Contest, https://bds-info.ch/de/category/kampagnen/kultur/boykott_eurovision_song_contest/ (25.06.2025).
- BDS Call (2005): Palestinian Civil Society Call for BDS, <https://bdsmovement.net/call> (22.06.2025).
- BDS Deutschland (2018): Palästinensische Künstler*innen und Rundfunkjournalist*innen fordern Boykott des Eurovision Song Contest 2019!, <http://bds-kampagne.de/2018/06/12/palaestinensische-kuenstlerinnen-und-rundfunkjournalistinnen-fordern-boykott-des-eurovision-song-contest-2019> (25.06.2025).
- Beaumont-Thomas, Ben (2017): Nick Cave: cultural boycott of Israel is 'cowardly and shameful', <https://www.theguardian.com/music/2018/dec/11/nick-cave-cultural-boycott-israel-brian-eno> (22.06.2025).
- Bechtle, Fabian (2024): „Strike Germany“ ist im Kampfmodus verfasst. In: Belltower News, 26.01.2024, <https://www.belltower.news/von-berlin-bis-zu-den-bahamas-strike-germany-ist-im-kampfmodus-verfasst-155159/> (22.06.2025).
- Berlin Nightlife Workers Against Apartheid (2021): Open Letter, <https://docs.google.com/spreadsheets/d/1vCQNmIVL42ufsSnZgWWTdYuY3h5LjgZES5gYOM6NHuQ/edit?gid=0#gid=0> (25.06.2025).
- Bernstein, Julia (2021): Israelbezogener Antisemitismus. Erkennen – Vorbeugen – Handeln. Weinheim: Beltz Juventa.

- Fischer, Shlomo (2022): Religious Zionism – Romantic Religious Nationalism in Israel. In: Guy Ben-Porat/Yariv Feniger/Dani Filc/Paula Kabalo/Julia Mirsky (Hrsg.): Routledge Handbook on Contemporary Israel. London: Routledge, S. 258–273.
- Gansinger, Simon (2018): Antizionistische Identität. Der Kampf gegen Israel an US-amerikanischen Campus. In: Marc Grimm/Bodo Kahmann (Hrsg.): Antisemitismus im 21. Jahrhundert. Virulenz einer alten Feindschaft in Zeiten von Islamismus und Terror. Berlin: De Gruyter Oldenbourg, S. 411–439.
- Gathmann, Till (2024): Netze. Zur Bildkrise des 7. Oktobers, oder: Annäherungen an eine Metapsychologie des antisemitischen Bilds. In: Gerhardt Scheit (Hrsg.): sans phrase: Zeitschrift für Ideologiekritik, Heft 24. Freiburg: ça ira, S. 142–188.
- Gilbert, Martin (1977): Jerusalem. Illustrated History Atlas. Galway: MW Books Ltd.
- Halbfinger, David/Wines, Michael/Erlanger, Steven (2019): Is B.D.S. Anti-Semitic? A Closer Look at the Boycott Israel Campaign, <https://www.nytimes.com/2019/07/27/world/middleeast/bds-israel-boycott-antisemitic.html> (25.06.2025).
- Hartmann, Andreas (2024): CTM und „Strike Germany“: Festivalstart unter erschwerten Bedingungen. In: Tagesspiegel, 25.01.2024, <https://www.tagesspiegel.de/kultur/ctm-und-strike-germany-festivalstart-unter-erschweren-bedingungen-11102599.html> (25.06.2025).
- Holstein, Philipp (2013): Roger Waters lässt das umstrittene Schwein mit Davidstern fliegen, https://rp-online.de/nrw/staedte/duesseldorf/roger-waters-laesst-das-umstrittene-schwein-mit-davidstern-fliegen_aid-14992679 (25.06.2025).
- Holz, Klaus/Haury, Thomas (2021): Antisemitismus gegen Israel. Hamburg: Hamburg-er Edition.
- Hostovsky Brandes, Tamar (2022): Israel's Legal System. Institutions, Principles and Challenges. In: Guy Ben-Porat/Yariv Feniger/Dani Filc/Paula Kabalo/Julia Mirsky (Hrsg.): Routledge Handbook on Contemporary Israel. London: Routledge, S. 114–128.
- Jerusalem Post (2015): With Palestinian flags in background, Matisyahu vows: 'Jerusalem, if I forget you'. In: The Jerusalem Post, 23.08.2015, <https://www.jpost.com/israel-news/politics-and-diplomacy/pro-palestinian-supporters-heckle-matisyahu-during-performance-at-spain-festival-412971> (25.06.2025).
- Kinzel, Tanja/Poensgen, Daniel (2024): Zur Jerusalem Declaration on Antisemitism (JDA): Eine kritische Analyse, https://report-antisemitism.de/documents/2024-12-02_RIAS_Working-Paper-2.pdf (25.06.2025).
- Kreps, Daniel (2021): Rage Against the Machine, Serj Tankian, Roger Waters sign letter asking artists to boycott Israel. In: Rolling Stone, 27.05.2021, <https://www.rollingstone.com/music/music-news/rage-against-the-machine-serj-tankian-roger-waters-sign-open-letter-artists-boycott-israel-1175281/> (25.06.2025).
- Leister, Annika (2017): Warum Künstler das Berliner Pop-Kultur Festival boykottieren. In: Der Spiegel, 23.08.2017, <https://www.spiegel.de/kultur/pop-kultur-2017-der-boykott-von-kuenstlern-und-die-bds-kampagne-erklart-a-00000000-0003-0001-0000-000001623203> (25.06.2025).

- Müller, Natascha (2020): Antisemitismus im Menschenrechtskostüm: eine Fallanalyse der globalen Boykott-, Desinvestitionen- und Sanktions-Kampagne (BDS) gegen Israel. In: Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (Hrsg.): Wissen schafft Demokratie. Schwerpunkt Antisemitismus. Jena, S. 180–191, https://www.idz-jena.de/fileadmin/user_upload/PDFS_WSD8/Idz_WsD_08_WEB_final.pdf (01.04.2026).
- Nasrallah, Rami (2013): The First and Second Palestinian Intifadas. In: Joel Peters/David Newman (Hrsg.): The Routledge Handbook on the Israeli–Palestinian Conflict. London: Routledge, S. 56–68.
- Nelson, Cary (2019): Conspiracy Pedagogy on Campus: BDS Advocacy, Antisemitism, and Academic Freedom. In: Alvin H. Rosenfeld (Hrsg.): Anti-Zionism and Antisemitism. The Dynamics of Delegitimization. Bloomington: Indiana University Press, S. 221–251.
- Nelson, Cary/Friedland, Lilli/O’Connell, Leslie (2024): The Impact of Antisemitism on Emerging Adults’ Jewish Identity. Part 1: Defining the Problem. In: Journal of Contemporary Antisemitism, 7 (1), S. 35–52.
- Norman, Julia M. (2021): Terrorism in Israel/Palestine. In: Richard English (Hrsg.): The Cambridge History of Terrorism. Cambridge: Cambridge University Press, S. 149–172.
- Nothing Can Be Changed Until It Is Faced (2020): Open Letter, <https://nothingchange.duntifaced.com> (25.06.2025).
- Pop-Kultur (2022): Hintergründe, Fakten und unser offizielles Statement zur Boykott-Kampagne gegen Pop-Kultur 2022, <https://2022.pop-kultur.berlin/hintergruende-fakten-und-unser-offizielles-statement-zur-boykott-kampagne-gegen-pop-kultur-2022/> (25.06.2025).
- Potter, Nicholas (2022): Zwischen Auschwitz und Antizionismus: Antisemitismus im Techno. In: Maria Kanitz/Lukas Geck (Hrsg.): Klaviatur des Hasses. Antisemitismus in der Musik. Baden-Baden: Nomos, S. 29–70.
- Potter, Nicholas (2024): Antiisraelische Kampagne: Was steckt hinter „DJs Against Apartheid“? In: Tagesspiegel, 06.03.2024, <https://www.tagesspiegel.de/kultur/antiisraelische-kampagne-djs-against-apartheid-ruhm-den-martyrern-11323213.html> (25.06.2025).
- Rapp, Tobias (2024): Warum nicht einfach mal schweigen in dieser überdrehten Debatte. In: Der Spiegel, 04.02.2024, <https://www.spiegel.de/kultur/antisemitismus-im-kulturbetrieb-judith-butler-laurie-anderson-und-strike-germany-a-c484e6fd-4fef-4afa-8ddb-08e3bb253a3f> (25.06.2025).
- Ravers for Palestine (2023a): R4P Stickers, https://drive.google.com/drive/folders/1X28zO_-znzQBSPD9BNJrj7aRZD8FuDtS.
- Ravers for Palestine (2023b): Silence is complicity, <https://politicsdancingxyz.substack.com/p/silence-is-complicity> (25.06.2025).
- Ravers for Palestine (2024): Instagram-Story vom 21.10.2024.
- RIAS – Bundesverband der Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus e. V. (2023): Jüdische Perspektiven auf Antisemitismus in Deutschland 2017–2020, https://report-antisemitism.de/documents/2023-02-28_Isolierte_Situation_Web.pdf (25.06.2025).

- RIAS – Bundesverband der Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus e. V. (2025): Antisemitische Vorfälle in Deutschland 2024, https://report-antisemitism.de/documents/04-06-25_RIAS_Bund_Jahresbericht_2024.pdf (25.06.2025).
- RND (2025): Farbankschlag auf israelische ESC-Sängerin verhindert – Verletzte bei Protesten. In: RedaktionsNetz Deutschland, 18.05.2025, <https://www.rnd.de/medien/esc-2025-farbankschlag-auf-israelische-teilnehmerin-verhindert-M6YRC5AB5NOLPD7RWVMQORBNGY.html> (25.06.2025).
- Rolling Stone (2017): Thom Yorke Breaks Silence on Israel Controversy. In: Rolling Stone, 02.07.2017, <https://www.rollingstone.com/music/music-news/thom-yorke-breaks-silence-on-israel-controversy-126675/> (25.06.2025).
- Rosenfeld, Alvin H. (2018): Was ist ‚Israelkritik‘? In: Marc Grimm/Bodo Kahmann (Hrsg.): Antisemitismus im 21. Jahrhundert. Virulenz einer alten Feindschaft in Zeiten von Islamismus und Terror. Berlin: De Gruyter Oldenbourg, S. 51–63.
- Salzborn, Samuel (2018): Globaler Antisemitismus. Eine Spurensuche in den Abgründen der Moderne. Weinheim: Beltz Juventa.
- Schmidt, Thomas E. (2022): Verschweigen, das geht nicht mehr. In: Die Zeit, 12.01.2022, <https://www.zeit.de/2022/03/documenta-15-kassel-antisemitismus> (25.06.2025).
- Schneider, Richard (2024): Die Sache mit Israel. Fünf Fragen zu einem komplizierten Land. München: Deutsche Verlags-Anstalt.
- Schönball, Ralf (2017): Holocaust-Überlebende „war geschockt“ von Störern. In: Tagesspiegel, 28.06.2017, <https://www.tagesspiegel.de/berlin/vorfall-an-berliner-humboldt-uni-holocaust-ueberlebende-war-geschockt-von-stoerern/19988488.html> (25.06.2025).
- Stiftung Humboldt Forum im Berliner Schloss (2020): Plädoyer der „Initiative GG 5.3 Weltoffenheit“, <https://www.humboldtforum.org/de/presse/mitteilungen/plaedoyer-der-initiative-gg-5-3-weltoffenheit/> (25.06.2025).
- Strike Germany (2024): Strike Germany Calls, <https://drive.google.com/drive/folders/15P-7NUPKEXgk9wmw2dQ6HVqDmreqWOH> (25.06.2025).
- Strike Germany (2025): STRIKE BERLINALE, <https://strikegermany.org/berlinale/> (25.06.2025).
- tagesschau (2024): „Gängiges antisemitisches Muster“. In: tagesschau, 12.05.2024, <https://www.tagesschau.de/inland/gesellschaft/esc-bilanz-israel-100.html> (25.06.2025).
- The electronic music scene must urgently speak out against Israel’s brutal and ongoing attack on Gaza (2023): Open Letter, https://docs.google.com/forms/d/1JkvfZvCidTUPPiTTIhPBWc_zBpmHzzGTolmyg68iHc/viewform?edit_requested=true&fbclid=PAaAaZvMmnur1Re5iCNdm4V5N0zbXzMgl-8e8DTnwLJatC9p4WKYdykek6IQU (nicht mehr abrufbar, letzter Zugriff am 27.10.2023).
- Timm, Tobias (2024): Chronik eines angekündigten Eklats. In: Die Zeit, 20.11.2024, <https://www.zeit.de/2024/49/nan-goldin-kuenstlerin-ausstellung-berlin-debatte-israel-nerven> (25.06.2025).

- UNRWA – United Nations Relief and Works Agency for Palestine Refugees in the Near East (2021): Palestine Refugees, <https://www.unrwa.org/palestine-refugees> (25.06.2025).
- Waters, Roger (2019): A letter to the Good Folk of Germany from Roger Waters, <https://z-upload.facebook.com/notes/1486237611766211/> (25.06.2025).
- Weinberg, Leonard (2018): A History of Terrorism. In: Andrew Silke (Hrsg.): Routledge Handbook of Terrorism and Counterterrorism. New York: Routledge, S. 34–56.
- Winer, Stuart (2020): Roger Waters: Sheldon Adelson is ‘puppet master’ pulling Trump, Pompeo’s strings. In: The Times of Israel, 21.06.2020, <https://www.timesofisrael.com/roger-waters-sheldon-adelson-puppet-master-pulling-trump-pompeos-strings/> (25.06.2025).
- Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages (2006): Der rechtliche Status palästinensischer Flüchtlinge, <https://www.bundestag.de/resource/blob/479396/d5fb0aa176b46cca5ca159a30401174/wd-2-219-06-pdf-data.pdf> (02.07.2025).
- Yehoshua, Sagit (2018): Hamas. In: Andrew Silke (Hrsg.): Routledge Handbook of Terrorism and Counterterrorism. New York: Routledge, S. 292–301.

8.6 „... aber selbst das bedeutete den Zionisten nichts“ Antisemitismus in der zeitgenössischen Videokunst am Beispiel der Tokyo Reels auf der documenta fifteen (2022)

Jakob Baier

I. Einführung

„Verschweigen, das geht nicht mehr“, titelte die *Zeit* Anfang Januar 2022 und fragte vorausschauend: „Hat die documenta ein Antisemitismus-Problem?“²¹⁵² Bereits ein halbes Jahr vor Eröffnung der *documenta fifteen* markierte der Artikel einen ersten Höhepunkt in der Debatte über Antisemitismus auf der weltweit bedeutendsten Kunstschau. Wenige Tage zuvor hatte das Bündnis gegen Antisemitismus Kassel in einem Blog-Beitrag kritisiert, das kuratierende Kollektiv *ruangrupa* lade Künstler:innen mit Verbindungen zur israelfeindlichen BDS-Bewegung ein und öffne damit antisemitischen Kunstwerken den Weg auf die *documenta fifteen*.²¹⁵³

Dass die Warnungen der Kritiker:innen, allen voran jüdischer Organisationen wie des Zentralrats der Juden in Deutschland oder des Sarah-Nuss-

2152 Schmidt (2022).

2153 Vgl. Bündnis gegen Antisemitismus Kassel (2022).

baum-Zentrums in Kassel, nicht unberechtigt waren, offenbarte sich bereits kurz nach Eröffnung der *documenta fifteen* im Juni 2022. Den ersten von mehreren Antisemitismusskandalen bildete das Banner *People's Justice* des indonesischen Künstler:innen-Kollektivs *Taring Padi*, das prominent am Friedrichsplatz in der Kasseler Innenstadt zu sehen war.²¹⁵⁴ Nachdem in den folgenden Tagen und Wochen auch an weiteren gezeigten Kunstwerken Kritik entbrannte – darunter die Bilder-Serie *Guernica Gaza* des Künstlers Mohammad al-Hawajri²¹⁵⁵ sowie Bilder aus der Reihe *Présence des Femmes* (1988) des Projekts *Archives of Women's Struggle in Algeria*²¹⁵⁶ –, rückte erst zum Ende der *documenta fifteen* die Videoinstallation *Tokyo Reels* des Künstler:innen-Kollektivs *Subversive Film* in den Mittelpunkt einer weiteren größeren öffentlichen Auseinandersetzung über Antisemitismus auf der Kunstschau.²¹⁵⁷

Der vorliegende Beitrag untersucht antisemitische Motive, die über die *Tokyo Reels* Verbreitung finden. Gegenstand der Analyse sind zum einen die antisemitischen Motive in den gezeigten Filmen. Zum anderen rückt die kuratorische Rahmung der *Tokyo Reels* durch *Subversive Film* und den *documenta-fifteen*-Verantwortlichen in den Mittelpunkt der Untersuchung. Neben einer Analyse des Filmmaterials sowie der offiziellen Programmbe-

2154 Vgl. Naumann (2024), S. 28. Das etwa 8 × 12 m große Triptychon zeigt eine dämonisierte Moderne, die durch Dekadenz, Militarismus und hemmungslosen Konsum charakterisiert wird. Ihr wird eine idealisierte Welt autochthoner Völker gegenübergestellt, die durch ehrliche körperliche Arbeit und Widerstand gegen die Moderne gekennzeichnet ist. Als Repräsentant der korruptierten Moderne fungiert eine durch klassisch antisemitische Stereotype gezeichnete jüdische Figur – erkennbar an Schläfenlocken, Hakennase, Reißzähnen und blutunterlaufenen Augen. Auf dem Kopf trägt sie einen Hut, auf dem eine SS-Rune prangt, und wird somit in zweifacher Weise dämonisiert: *Der Jude*, so die sich aufdrängende Interpretation, ist nicht nur Vertreter der verkommenen Moderne, sondern fungiert zugleich als Personifizierung der menschenverachtenden, antisemitischen Vernichtungsideologie des Nationalsozialismus (vgl. Bernstein/Diddens 2023, S. 5).

2155 Darin werden Soldaten der israelischen Streitkräfte mit Wehrmachtssoldaten parallelisiert (vgl. Gremium zur fachwissenschaftlichen Begleitung der *documenta fifteen* 2023, S. 53 ff.).

2156 Einige Bilder zeigen u. a. einen Soldaten in einer antisemitischen Figurenzeichnung (Hakennase, schwulstige Lippen), der einen Helm mit einem Davidstern trägt und eine arabische Frau mit Kopftuch vergewaltigt (vgl. Gremium zur fachwissenschaftlichen Begleitung der *documenta fifteen* 2023, S. 62 ff.).

2157 Vgl. Baier (2022); Lobo (2022). Bereits am 20. Juni 2022 – also bereits wenige Tage nach Eröffnung der *documenta fifteen* – hatte die Journalistin Kia Vahland in einem Beitrag für die *Süddeutsche Zeitung* Kritik an der Videoinstallation geübt (vgl. Vahland 2022). Eine breitere öffentliche Auseinandersetzung über die antisemitischen Inhalte blieb zu diesem Zeitpunkt jedoch aus.

schreibung der *documenta fifteen* stützt sich die Untersuchung methodisch auf eine detaillierte Vor-Ort-Dokumentation der Videoinstallation, die einzelne Bildsequenzen in ihrer Wirkung und ihrem narrativen Zusammenhang erfasst. Im Zentrum steht die Frage, inwiefern die antisemitische Motivik und der öffentliche Umgang mit den *Tokyo Reels* exemplarisch für eine Entgrenzung des Antisemitismus im zeitgenössischen Kulturbereich stehen – eine Entwicklung, die nach den Terroranschlägen vom 7. Oktober 2023 in noch expliziterer Form zutage trat und sich in der anhaltenden Präsentation solcher Werke im öffentlichen Raum manifestiert.

II. Die Inszenierung der *Tokyo Reels* (2018) auf der *documenta fifteen*

Bei den *Tokyo Reels* handelt es sich um 20 propalästinensische bzw. antiisraelische Propagandafilme aus den 1970er und 1980er Jahren, die in verschiedenen Ländern produziert wurden, darunter Libanon, Syrien, Irak und Japan. Die folgende Darstellung des Entstehungskontexts der *Tokyo Reels* auf der *documenta fifteen* basiert weitgehend auf einer vom Kollektiv *Subversive Film* verbreiteten und von der *documenta fifteen* übernommenen Erzählung, deren faktische Richtigkeit sich im Rahmen dieser Untersuchung nicht abschließend überprüfen lässt. Diesem Narrativ zufolge wurden die Filmrollen von dem japanischen Filmemacher Masao Adachi an Mitglieder von *Subversive Film* übergeben. Die *documenta fifteen* beschreiben Adachi als „einstige[s] Mitglied der 1988 aufgelösten Japanischen Roten Armee“²¹⁵⁸ – eine Darstellung, die historisch ungenau ist, da sich die Organisation tatsächlich erst 2001 auflöste.²¹⁵⁹ Die Japanische Rote Armee (JRA) war vornehmlich in den 1970er und 1980er Jahren als antiimperialistische Terrorgruppe aktiv²¹⁶⁰ und vertrat dabei eine zutiefst antizionistisch-antisemitische Ideologie: „Der Antizionismus der japanischen Guerilla hingegen überstieg bei weitem den obskuren Antisemitismus der japanischen Gesellschaft, der sich nicht zuletzt aus der Wahrnehmung einer Opferkonkurrenz ‚Hiroshima gegen Holocaust‘ speist.“²¹⁶¹ In den 1970er Jahren wurde die JRA von der Popular Front for the Liberation of Palestine (PFLP) unterstützt und ausgebildet.²¹⁶² Zu ihren Gewaltakten zählte unter anderem der

2158 *documenta fifteen* (2022a).

2159 Vgl. Eddel (2018), S. 114.

2160 Vgl. Derichs (2006), S. 809 ff.

2161 Hauser (2006), S. 1282.

2162 Vgl. Weinberg (2018), S. 42.

Anschlag auf den Flughafen Lod 1972, bei dem 26 Menschen, größtenteils christliche Pilger, ermordet wurden.²¹⁶³ Nach eigener Aussage hatte sich Adachi nie an terroristischen Anschlägen beteiligt, mit Blick auf die von der JRA begangenen Terroranschläge erklärte er in einem Interview, er habe die Attentäter:innen auf ihren Missionen verabschiedet.²¹⁶⁴

Die Präsentation der von Adachi übergebenen Filmrollen wird im Rahmen des offiziellen Programms der *documenta fifteen* wie folgt beschrieben: „Subversive Film schlägt vor, Möglichkeiten zu debattieren, wie das unvollständige Archiv des transnationalen ‚militanten Kinos‘ ausgegraben, restauriert und zeitweilig veröffentlicht werden könnte.“²¹⁶⁵ Durch die Einbettung in eine archäologische Metaphorik – „ausgraben“, „restaurieren“ und „veröffentlichen“ – wird den propagandistischen Filmen der Anschein besonderer kultureller Wertigkeit verliehen. Weiter zielt die Videoinstallation laut Programmtext darauf ab, „die anti-imperialistische Solidarität zwischen Palästina und Japan nachzuzeichnen“ sowie über „heutige Solidaritäts-Konstellationen“ zu reflektieren.²¹⁶⁶

Die kuratorische Einbettung der *Tokyo Reels* auf der *documenta fifteen* erfolgte im größten Raum des Hübner-Areals, eines ehemaligen Fabrikgeländes. Dort wurden die 20 Filme in einer etwa zehnstündigen Dauerschleife präsentiert. Die Präsentation erfolgte auf einer etwa 7 mal 5 Meter großen Leinwand. Auf der gegenüberliegenden Seite befanden sich Sitzgelegenheiten mit Kissen. Der kühle Raum, der gerade an heißen Tagen von vielen Besucher:innen als Pausenort genutzt wurde, fungierte zugleich als Durchgang zu weiteren Ausstellungsräumen. Vor Ort waren Poster und Informationsmaterialien zu den *Tokyo Reels* ausgelegt. Ergänzende Informationen bietet die Webseite von *Subversive Film*, die alle Filme vorstellt und für einige davon Transkriptionen der Dialoge sowie der Off-Texte bereitstellt. Daneben wurden die Filme während der *documenta fifteen* an insgesamt 21 Terminen im Kasseler Programmkino „Gloria“ gezeigt.²¹⁶⁷ Die vorliegende wissenschaftliche Untersuchung basiert auf einer Sichtung der Filme vor Ort, dem offiziellen Online-Katalog der *Tokyo Reels* sowie Videoaufnahmen der Installation.

2163 Vgl. Mickolus (1980), S. 168 ff.; Eddel (2018), S. 112.

2164 Vgl. Gremium zur fachwissenschaftlichen Begleitung der *documenta fifteen* (2023), S. 49.

2165 *documenta fifteen* (2022a).

2166 Ebd.

2167 Ebd.

III. Judenfeindliche Motive in den Tokyo Reels

Besonders deutlich manifestierten sich judenfeindliche Motive in acht Filmen, die zwischen 1973 und 1983 in verschiedenen Ländern entstanden und im Folgenden den Gegenstand der Analyse bilden: *The Game*,²¹⁶⁸ *Road to a Palestinian State*,²¹⁶⁹ *KUNEITRA: Death of a city*,²¹⁷⁰ *War in Lebanon*,²¹⁷¹ *Palestine and Japan*,²¹⁷² *Beirut 1982*²¹⁷³ und *Land Day*.²¹⁷⁴ Um die judenfeindlichen Darstellungen in ihrer strukturellen Dimension erfassen zu können, werden die Filme und die darin enthaltenen antisemitischen Motive im Folgenden nicht isoliert betrachtet, sondern in ihrer filmübergreifenden Systematik analysiert. Dabei lassen sich vier zentrale Motivkomplexe identifizieren: antijudaistische Mythen, antizionistischer Verschwörungsglaube, die Dämonisierung Israels sowie die damit einhergehende Verherrlichung des Terrorismus gegen den jüdischen Staat.

Antijudaistische Mythen

Eine besonders prägnante Manifestation antijudaistischer Mythologie findet sich im Film *KUNEITRA: Death of a City*.²¹⁷⁵ Der Film präsentiert sich vordergründig als Dokumentation über die Stadt Kuneitra, eine christliche Stadt im syrisch-israelischen Grenzgebiet, die durch kriegerische Auseinandersetzungen zwischen Israel und Syrien im Sechstagekrieg (1967) sowie im Jom-Kippur-Krieg (1973) zur Geisterstadt wurde.²¹⁷⁶ Im Film werden Personen interviewt, die den israelischen Soldat:innen schwere Vergehen vorwerfen. So berichtet ein Priester von der Plünderung und Zerstörung kirchlicher Heiligtümer und der Schändung von Gräbern. Die israelischen Soldaten hätten Leichname aus ihren Särgen genommen, um sich Wertgegenstände anzueignen. Eine Off-Stimme, die durch den Film führt, erklärt in einem ruhigen Tonfall: „Offensichtlich ging es ihnen [den israelischen Soldat:innen] nur um das Gold, die Juwelen und andere wertvolle Relikte, die sie in diesen Gräbern zu finden hofften. Respekt und Ehrfurcht vor den

2168 Irak, 1973.

2169 Japan, 1974.

2170 Vereinigtes Königreich, 1974.

2171 Libanon, 1976.

2172 Japan, 1979.

2173 Japan, 1982.

2174 Japan, 1983.

2175 Vgl. Tokyo Reels/07 (2022).

2176 Vgl. Kipnis (2013), S. 60 ff., S. 100 ff.

Toten wird in allen Religionen gelehrt ..., aber selbst das bedeutete den Zionisten nichts.“²¹⁷⁷

Diese Narrative offenbaren eine Übertragung traditioneller antijudaistischer Mythen auf den Staat Israel. Die „Zionisten“ werden als Kollektiv dargestellt, das religiöse Heiligtümer entweiht, christliche Gräber schändet und sich durch Bereicherungsstreben auszeichnet. Die Charakterisierung folgt dabei klassischen antisemitischen Stereotypen: Die unterstellte Gier nach Gold und Juwelen reproduziert das jahrhundertealte antisemitische Motiv der jüdischen Profitgier,²¹⁷⁸ während die angebliche Schändung religiöser Stätten und Grabstellen auf mittelalterliche Hostienfrevelvorwürfe rekurriert.²¹⁷⁹ Dabei erfolgt eine Universalisierung der religiösen Dimension: Die „Zionisten“ werden nicht nur als Feinde des Christentums, sondern aller Religionen charakterisiert. Diese rhetorische Strategie erweitert den traditionellen christlichen Antijudaismus zu einer allgemeinen Anklage gegen den jüdischen Staat als Feind aller religiösen Werte und moralischen Normen. Durch diese Universalisierung wird der klassische religiöse Antisemitismus in einen modernen politischen Kontext überführt, wobei „die Zionisten“ als Chiffre für „die Juden“ fungieren.²¹⁸⁰

Der Film illustriert damit exemplarisch, wie traditionelle antijudaistische Motive in der antiisraelischen Propaganda fortleben und für politische Zwecke instrumentalisiert werden. Die vermeintlich dokumentarische Form des Films verleiht den antisemitischen Stereotypen dabei den Anschein historischer Faktizität, während die emotionale Aufladung durch persönliche Zeugenberichte die propagandistische Wirkung verstärkt.

Antizionistischer Verschwörungsglaube

Der antizionistische Verschwörungsglaube zeigt sich im Film *Land Day*,²¹⁸¹ der japanischen Adaption eines 1977 von der Palestinian Liberation Organization (PLO) produzierten Propagandafilmes.²¹⁸² Die japanische Version enthält Interviewsequenzen mit unterschiedlichen Personen, die als Exper-

2177 Übersetzung des Autors aus dem Englischen: „Obviously, all they cared for was the gold, the jewels and other valuable relics they expected to find in these graves. Respect and reverence for the dead is taught in all religions ... but even this meant nothing to the Zionists.“ Tokyo Reels/07 (2022), S. 12.

2178 Vgl. Rensmann (1998), S. 100; Baier (2025), S. 22.

2179 Vgl. Benz (2015), S. 17 ff.

2180 Vgl. Schwarz-Friesel/Reinharz (2013), S. 34.

2181 Japan, 1983.

2182 Vgl. Tokyo Reels/08 (2022).

ten erscheinen. Einer von ihnen ist Yuzo Itagaki, der als Professor für Nahoststudien an der Universität von Tokyo vorgestellt wird. Die Entstehung Israels beschreibt Itagaki wie folgt: „Die zionistische Bewegung wurde gegründet, um einen jüdischen Staat in Palästina zu schaffen. Sie wurde von den Großmächten genutzt, um die westlichen Juden nach Palästina zu vertreiben und die jüdische Bevölkerung in der arabischen Welt als Juden und nicht als Araber zu normalisieren, um einen jüdischen Staat mit einer Bevölkerung aus Kolonisatoren und Einheimischen zu schaffen.“²¹⁸³ Diese Aussage reproduziert antizionistische Verschwörungsnarrative, indem sie die zionistische Bewegung als reines Instrument der „Großmächte“ darstellt und dabei ihre Entstehung als jüdische Selbstbestimmungsbewegung als Folge des europäischen Antisemitismus ignoriert.²¹⁸⁴ Die Behauptung, Jüdinnen und Juden seien „Kolonisatoren“ (vs. Einheimische) in der arabischen Welt und sollten künstlich „als Juden und nicht als Araber normalisiert“ werden, negiert die historische Verbindung zur Region, die dort Jahrtausende währende Existenz jüdischen Lebens sowie die eigenständige jüdische Identität dieser Gemeinschaften.²¹⁸⁵ Diese Darstellung folgt damit antisemitischen Argumentationsmustern, die den Zionismus als fremdgesteuerte Verschwörung präsentieren und historische Fakten verzerren, um die Legitimität jüdischer Selbstbestimmung grundsätzlich infrage zu stellen.

Die konspirationistischen Thesen Itagakis werden durch die Off-Stimme unterstützt, die den Entstehungskontext des jüdischen Staates wie folgt illustriert: „1948 verschworen sich die Zionisten mit den von den USA angeführten imperialistischen Mächten und arabischen reaktionären Kräften, um eine große Zahl von Palästinensern zu vertreiben und ihr Land zu beschlagnahmen.“²¹⁸⁶ Auch dieser Argumentation offenbaren sich antizionistische Verschwörungsnarrative. So wird die Gründung des Staates Israel 1948 als Ergebnis einer angeblichen Verschwörung zwischen „den Zionisten“, westlichen „imperialistischen Mächten“ und „arabischen reaktionären Kräf-

2183 Itagaki, zit. nach Tokyo Reels/08 (2022), S. 34, Übersetzung des Autors aus dem Englischen: „The Zionist movement was established to create a Jewish state in Palestine. It was used by the major powers to expel Western Jews to Palestine, and to start normalising the Jewish population in the Arab world as Jews and not Arabs, in order to create a Jewish state with a population of both colonisers and natives.“

2184 Vgl. Brenner (2016), S. 7 ff.

2185 Vgl. Weinstock (2019), S. 315 ff.

2186 Vgl. Tokyo Reels/08 (2022), S. 35, Übersetzung des Autors aus dem Englischen: „In 1948, the Zionists conspired with the U.S.-led imperialist powers and Arab reactionaries to displace large numbers of Palestinians and confiscate their land.“

ten“ darstellt. Die komplexe historische Realität der israelischen Staatsgründung wird dabei auf ein simples und kontrafaktisches Täter-Opfer-Schema reduziert. Der historische Kontext – der UN-Teilungsplan 181, der neben einem jüdischen auch die Gründung eines palästinensischen Staates vorsah, der Angriff fünf arabischer Armeen (Libanon, Syrien, Jordanien, Ägypten und Irak) auf Israel und der daraus resultierende Krieg von 1948²¹⁸⁷ – wird ausgeblendet zugunsten einer vermeintlichen Konspiration zwischen „Zionisten“, „Westmächten“ und „arabisch-reaktionären Kräften“ gegen die autochthone palästinensische Bevölkerung. Diese Darstellung folgt dem antisemitischen Stereotyp einer vermeintlich allmächtigen zionistisch-jüdischen Verschwörung, die sowohl westliche als auch arabische Akteure für ihre Zwecke instrumentalisieren, und negiert damit die tatsächlichen historischen Ereignisse und politischen Dynamiken des arabisch-israelischen Konflikts.

Die Verbindung von Antizionismus und antiamerikanischen Ressentiments ist dabei charakteristisch für die antiimperialistische Propaganda des Kalten Krieges, in der der jüdische Staat als Brückenkopf des westlichen Imperialismus betrachtet wurde.²¹⁸⁸ Aufschlussreich ist, dass im Film wie auch im Begleitheft der *documenta fifteen* auf eine Auszeichnung beim Internationalen Filmfestival in Leipzig 1980 verwiesen wird.²¹⁸⁹ Die unkritische Erwähnung dieser Auszeichnung verschleierte den politischen Charakter des Leipziger Filmfestivals als Propagandainstrument des DDR-Regimes. Zudem entsprechen die im Film vertretenen verschwörungsideologischen Narrative der antizionistischen Propaganda der Sowjetunion und ihrer Satellitenstaaten. Diese Form des antizionistischen Antisemitismus war charakteristisch für die offizielle Haltung des Ostblocks gegenüber Israel – insbesondere nach dem Sechstagekrieg 1967.²¹⁹⁰ Die ideologische und politische Unterstützung der palästinensischen Nationalbewegung wurde von einer antizionistischen Propaganda begleitet, die auf antisemitischen Stereotypen und Verschwörungserzählungen basierte²¹⁹¹ und auch in antiimperialistischen Milieus der westlichen Linken verdingte.²¹⁹²

Die Auszeichnung antizionistischer Propagandafilme auf einem Filmfestival der DDR war somit Teil einer politischen Strategie, die darauf abzielte, den Antisemitismus in eine scheinbar progressive, antiimperialistische

2187 Vgl. Morris (2023), S. 245 ff.

2188 Vgl. Haury (2007), S. 285 ff.

2189 Vgl. Tokyo Reels/08 (2022), S. 22; *documenta fifteen* (2022b).

2190 Vgl. Keßler (2010), S. 22 ff.; Herf (2019), S. 92 ff.

2191 Vgl. Holz/Haury (2021), S. 113 ff.

2192 Vgl. Klope (2010), S. 193.

Rhetorik zu kleiden. Die *documenta-fifteen*-Verantwortlichen führen diese Inszenierung ungebrochen fort: So wird im offiziellen Programm der *documenta fifteen* außerdem erwähnt, dass der Film *Scenes from the Occupation in Gaza*²¹⁹³ den Preis für den besten Film beim Damascus Film Festival 1973²¹⁹⁴ erhielt. Der Film *Blown by the Wind* (1971) habe Preise auf Filmfestivals in Leipzig, der Tschechoslowakei sowie in Tunis erhalten.²¹⁹⁵ In allen Fällen – der DDR, Tschechoslowakei, Syrien und Tunesien – handelt es sich um Filmfestivals in Ländern mit diktatorischen Regimen. Diese betrieben eine dezidiert antizionistische Staatsdoktrin oder befanden sich – wie im Falle von Syrien – zu dieser Zeit offiziell im Kriegszustand mit Israel. Eine entsprechende politisch-historische Einordnung erfolgt nicht, sodass für den uninformierten Betrachter der Eindruck entsteht, es handle sich um prämierte, daher kulturell wertvolle Kulturerzeugnisse und seriöse Informationsquellen.

Die fehlende historisch-politische Kontextualisierung in der Präsentation der Filme auf der *documenta fifteen* verstärkt ihr Ideologisierungspotenzial als Propagandamaterial. Die Auszeichnung durch ein DDR-Filmfestival wird – sowohl von den Produzenten des Films als auch von den *documenta-fifteen*-Verantwortlichen – stattdessen explizit als Qualitätsmerkmal angeführt. Auf diese Weise wird die ideologische Dimension – genauer: die politischen Absichten seiner Produzent:innen, der Filmverleiher, Kinos, der Preisverleihungen usw. – verschleiert und die darin vermittelten Inhalte sublimiert. Eine solche unkritische Präsentation überführt antisemitische Verschwörungsnarrative in einen zeitgenössischen Kunstkontext und verleiht ihnen damit neue Legitimität.

Dass mit den antizionistischen Parolen konkrete Gewaltaufrufe verknüpft sind, zeigt der Film *Palestine and Japan*.²¹⁹⁶ Laut dem Programm der *documenta fifteen* soll der Film eine Brücke zwischen Japan und Palästina schlagen und „die politischen Verbindungen beider Länder“²¹⁹⁷ hervorheben. Der Film vermittelt jedoch vor allem manichäische Deutungen des arabisch-israelischen Konflikts. Darin erscheinen die Palästinenser:innen als Kämpfer:innen für die Demokratie, während Israel als Unrechtsregime

2193 Libanon, 1973.

2194 Vgl. *documenta fifteen* (2022b).

2195 Ebd.

2196 Japan 1979; vgl. Tokyo Reels/10 (2022).

2197 *documenta fifteen* (2022b), Übersetzung durch den Autor aus dem Englischen: „The film bridges the distance between Japan and Palestine and foregrounds the political links between the two countries.“

charakterisiert wird, das auf die Vernichtung des palästinensischen Volkes abzielt: „Das palästinensische Volk kämpft seit 80 Jahren gegen die zionistischen, imperialistischen Pläne, die das Volk Palästinas liquidieren und sein Land in einen Kolonialstaat der Invasoren verwandeln.“ Weiter heißt es im Text: „Das Entstehen der neuen palästinensischen Gesellschaft im Exil mit ihren demokratischen Rahmenbedingungen zeigt den Widerspruch zwischen der demokratischen Ordnung, für die das palästinensische Volk kämpft, und der faschistischen und chauvinistischen Ordnung des Zionismus.“ Der Film kommt zu dem Schluss, dass „die kooperative Koexistenz aller Völker in der Region nicht erreicht wird, wenn der faschistische Charakter des zionistischen Staates Israel nicht zerstört wird.“²¹⁹⁸

Hier wird deutlich, dass die in den *Tokyo Reels* präsentierten antizionistischen Verschwörungsnarrative teilweise in konkreten Gewaltaufrufen gegen den jüdischen Staat kulminieren. Unter dem vorgeblichen Anliegen, politische und kulturelle Brücken zu bauen, wird eine manichäische Weltansicht propagiert: Die Palästinenser erscheinen als Kämpfer für Demokratie, während Israel als „faschistisches“ Staatskonstrukt dämonisiert wird, das angeblich auf die „Liquidierung“ des palästinensischen Volkes abzielt und in letzter Konsequenz vernichtet werden muss.

Dämonisierung Israels

Als zentrales antisemitisches Motiv der *Tokyo Reels* erweist sich die systematische Dämonisierung des Staates Israel. So wird der jüdische Staat durchgängig als militärische Macht dargestellt, die mit besonderer Grausamkeit und vorsätzlich gegen die Zivilbevölkerung, insbesondere gegen Kinder, vorgehe. Diese Darstellung zeigt sich besonders deutlich im Film *Beirut 1982*,²¹⁹⁹ in dem ein japanischer Journalist von seinen Eindrücken während des Libanonkriegs berichtet.²²⁰⁰ Der historische Kontext des Liba-

2198 Tokyo Reels/10 (2022), S. 6 f., Übersetzung des Autors aus dem Englischen: „Palestinian people have been fighting for the last 80 years against the Zionist imperialist plans liquidating the people of Palestine and turning their country into the invaders' colonial state. [...] The emergence of the new Palestinian society in exile, with its democratic frameworks, shows the contradiction between the democratic order the Palestinian people are fighting to set, and the fascistic and chauvinistic order of Zionism. As precisely shown in the speech of chairman Arafat at the United Nations, the cooperative coexistence of all the peoples in the region will not be achieved unless the fascist character of the Zionist state of Israel is destroyed.“

2199 Japan, 1982.

2200 Vgl. Tokyo Reels/01 (2022).

nonkriegs 1982 ist komplex: Seit der zweiten Hälfte der 1970er Jahre befand sich der Libanon in einem Bürgerkrieg zwischen verschiedenen Gruppierungen – den christlichen Falangisten, der zuvor aus Jordanien vertriebenen und zunehmend radikalisierten Palestinian Liberation Organization (PLO) sowie pro-iranischen schiitischen Gruppen.²²⁰¹ Nachdem sich der Konflikt zwischen der PLO sowie weiteren militanten Gruppen und Israel im Sommer 1982 zugespitzt hatte, drang Israel erneut mit Bodentruppen in den Libanon ein. Von Juni bis August 1982 belagerte die israelische Armee die libanesisische Hauptstadt Beirut, ehe sie nach einem von den USA vermittelten Abkommen abzog.²²⁰²

Der im Rahmen der *Tokyo Reels* gezeigte Film *Beirut 1982*²²⁰³ der beiden japanischen Filmemacher bzw. Journalisten Ryūichi Hirokawa und Tetsuro Nunokawa gibt vor, israelische Gräueltaten während der Belagerung Beiruts zu dokumentieren. Dabei konstruiert er das Bild einer gezielt gegen Kinder gerichteten israelischen Kriegsführung. So wird beispielsweise behauptet, israelische Soldaten hätten Bomben an Spielzeugen platziert, um gezielt Kinder anzulocken und zu töten – eine Vorgehensweise, die als typisch israelische Methode dargestellt wird: „Sogar mit Sprengfallen versehenes Spielzeug wurde zurückgelassen, um zu explodieren, wenn ein unschuldiges Kind versuchte, es zu berühren.“²²⁰⁴ Auch in der Thematisierung der Massaker von Sabra und Schatila (1982) zeigt sich eine dämonisierende Verzerrung historischer Ereignisse. Nach einem tödlichen Bombenanschlag – ausgeübt von einem Mitglied der Syrischen Sozialen Nationalistischen Partei (SSNP) auf den neu gewählten libanesischen Präsidenten Bashir Gemayel, einem Vertreter des christlichen Lagers – drangen am 16. September 1982 christliche Falangisten in die Beiruter Stadtteile Sabra und Schatila ein. Unter dem Vorwand, die Drahtzieher des Attentats zu suchen und zu inhaftieren, verübten sie ein Massaker an mehreren Hundert palästinensischen Bewohner:innen.²²⁰⁵ Das israelische Militär unter Leitung des damaligen

2201 Vgl. Evron (1987), S. 105 ff.

2202 Ebd.

2203 Japan, 1982.

2204 Tokyo Reels/01 (2022), S. 7, Übersetzung des Autors aus dem Englischen: „Even booby-trapped toys were left only to explode when an innocent child had tried to touch them.“

2205 Vgl. Friedman (1990), S. 160 ff. Die genaue Zahl der Todesopfer ist umstritten: „The Lebanese army’s chief prosecutor, Assad Germanos, who probed the affair on orders from President Gemayel, found that a total of 460 persons had been killed, 15 of them women and 20 children. Most – 328 – were Palestinian males; 109 Lebanese were among the dead, as were a handful of Iranians, Syrians, Algeri-

Verteidigungsminister Ariel Sharon, das die Gebiete zuvor umstellt hatte, ließ die christlichen Milizionäre gewähren und schritt nicht ein, als diese das Feuer eröffneten. Sharon musste sich später vor der israelischen Kahan-Kommission verantworten und wurde wegen politischer Mitverantwortung (ohne Vorsatz) seines Amtes enthoben.²²⁰⁶

Hirokawa, der die Bilder aus dem Off beschreibt, erklärt hingegen: „Die Israelis beteiligten sich aktiv an den Tötungen, denn ich sah Lastwagen mit israelischen Panzern im Krankenhaus von Akka, das noch in Betrieb war, als ich es betrat. Und viele wurden in ihrem Bett getötet.“²²⁰⁷ Dabei handelt es sich um Falschdarstellung, die Israel eine direkte Beteiligung an den Massakern in Sabra und Schatila zuschreibt. Durch diese Verdrehung der historischen Fakten wird aus der schwerwiegenden, durch die Kahan-Kommission festgestellten Unterlassung der israelischen Armee eine aktive Täterschaft konstruiert. Diese propagandistische Umdeutung folgt dem antisemitischen Narrativ vom grundsätzlich mörderischen Charakter des jüdischen Staates. Die Desinformation wird dabei durch das Format der Dokumentation bzw. des Zeitzeugenberichts verschleiert. Der japanische Filmemacher tritt als vermeintlich neutraler Beobachter auf, dessen Augenzeugenschaft den wahrheitsgetreuen Charakter seiner Schilderungen verbürgen soll. Diese Inszenierung von Authentizität und Faktizität camoufliert den propagandistischen Charakter des Films und macht ihn besonders wirkungsmächtig: Die Dämonisierung Israels wird nicht als politische Positionierung kenntlich, sondern erscheint als objektive Dokumentation historischer Ereignisse.

Die Inszenierung der Filme durch das für die Installation verantwortliche Kollektiv *Subversive Film* verstärkt deren propagandistische Wirkung zusätzlich. Mohanad Yaqubi, Mitglied des Kollektivs, beschreibt den Film im Rahmen der Installation aus dem Off wie folgt: „Im Jahr 1982 haben wir die japanische Hirokawa-Nunokawa-Perspektive. Es ist ein Film der Solidarität, ein Akt des Bezeugens und Dokumentierens für rechtliche Schritte.

ans, and Pakistanis who had lived in Sabra and Shatilla. Israeli intelligence reached a higher estimate, 700–800 dead“ (Morris 2001, S. 545).

2206 Vgl. Malone (1985), S. 373 ff.

2207 Tokyo Reels/01 (2022), S.10, Übersetzung des Autors aus dem Englischen: „The Israelis actively participated in the actual killings as I saw trucks of Israeli tanks in the Akka hospital, which was still running when I entered it. And many were killed on their bed.“

Es war nicht nur eine künstlerische Geste.²²⁰⁸ Mit der Betonung, es handle sich einen Film der Solidarität, einen „Akt des Bezeugens“ und nicht nur um eine „künstlerische Geste“, wird der propagandistische Gehalt und die damit verbundenen Falschdarstellungen der Filme nicht etwa kritisch reflektiert. Stattdessen wird dadurch ihre vermeintliche dokumentarische Authentizität bekräftigt. Auf diese Weise werden die Dämonisierung Israels und die damit verbundenen historischen Falschdarstellungen zusätzlich als faktentreue Dokumentation illustriert.

Terrorverherrlichung

Eng verbunden mit dem Motiv der Dämonisierung Israels in den *Tokyo Reels* ist die Verherrlichung des Terrorismus gegen den jüdischen Staat, die sich insbesondere in der Glorifizierung des kindlichen Märtyrertods im Kampf gegen Israel zeigt. Die propagandistische Instrumentalisierung des Kindestods für politische Zwecke zeigt sich dabei in verschiedenen filmischen Darstellungsformen. Im Kontext der *Tokyo Reels* wird das Motiv sowohl in (pseudo-)dokumentarischen (*The Road to a Palestinian State*, 1974; *War in Lebanon*, 1976; *Palestine and Japan*, 1979) als auch in fiktionalen Formaten (*The Game*, 1973) entwickelt.

Die japanische Miniserie *The Road to a Palestinian State*²²⁰⁹ zeigt Interviews mit unterschiedlichen palästinensischen Akteuren, darunter Vertretern der PFLP, Ärzten sowie Zivilist:innen.²²¹⁰ In einer Szene wird ein palästinensischer Junge gefragt, der bei einem Kampfeinsatz einen Arm verloren hat. Dabei ergibt sich folgendes Gespräch zwischen dem Jungen, einem japanischen Interviewer und dessen arabischem Übersetzer:

Interviewer/Übersetzer:	„Wie alt bist du?“
Palästinensischer Junge:	„14 Jahre alt.“
Interviewer/Übersetzer:	„Welches Ausbildungslager?“
Palästinensischer Junge:	„Spezialeinheit.“

2208 Yaqubi (2022), Übersetzung des Autors aus dem Englischen: „In 1982, we have the Japanese Hirokawa-Nunokawa-perspective. It's a film of solidarity, it's an act of witnessing and documenting for legal actions. It wasn't just an artistic gesture.“

2209 Japan, 1974.

2210 Vgl. Tokyo Reels/09 (2022).

Übersetzer:	„Er ist ein junger Kommandeur und er war im Ausbildungslager für Kommandeure. Wurdest du durch eine Bombe verletzt?“
Palästinensischer Junge:	„Durch eine Mine.“
Übersetzer:	„Ja, es war eine Landbombe.“
Interviewer/Übersetzer:	„Was willst du nach dem Krankenhaus machen?“
Palästinensischer Junge:	„Wenn ich als Kommandant weitermachen kann, werde ich das tun.“
Interviewer/Übersetzer:	„Vielen Dank.“
Palästinensischer Junge:	„Gerne.“ ²²¹¹

Diese Szene wird nicht etwa als verstörende Dokumentation der Instrumentalisierung von Kindern präsentiert, sondern erscheint – insbesondere durch eine fehlende Einordnung – als heroisches Zeugnis jugendlichen Kampfgeistes. Die schwere Verletzung des Jugendlichen wird im Film nicht als mahnendes Beispiel für die Grausamkeit des Konfliktes illustriert, sondern als vermeintlicher Beleg für die Opferbereitschaft der palästinensischen Jugend ideologisch vereinnahmt.

Zwei weitere Filme dokumentarischen Charakters enthalten Aufnahmen palästinensischer Kinder in militärischen Ausbildungslagern. *Palestine and Japan* (1979) zeigt die militärische Ausbildung von Minderjährigen, wobei die Off-Stimme sie für ihr vermeintliches Heldentum preist: „Palästinensische Kinder. Sie haben ihr Vaterland nicht gesehen, aber wir sehen keinen einzigen dunklen Schatten auf diesen Kindern, die jetzt eine militärische Ausbildung absolvieren.“²²¹² Ähnliche Aufnahmen enthält der Film *War in Lebanon*.²²¹³ Er zeigt palästinensische Kinder, die militärische Übungen abhalten und dabei arabische Kampflieder singen, deren Liedzeilen im Un-

2211 Tokyo Reels/09 (2022), S. 23, Übersetzung des Autors aus dem Englischen: „How old are you? – 14 years old. – Which training camp? – Special service. – He is a young commando, and he was in the camp of commandos. – You were injured by a bomb? – A mine. – Yes, it was a land bomb. – After the hospital, what do you want to do? – If I can continue as a commando, I will. – Thank you very much. – Welcome.“

2212 Tokyo Reels/10 (2022), S. 7, Übersetzung des Autors aus dem Englischen: „Palestinian children. They haven’t seen their fatherland, but not a speck of dark shadow do we see on these children who are now engaged in military training.“

2213 Libanon, 1976.

tertittel wie folgt übersetzt werden: „Wir schwören auf Tal Za’atar,²²¹⁴ lasst uns unseren Kampf zu einem Lebensbeweis machen.“²²¹⁵ Dies verdeutlicht die ideologische Verknüpfung von Kampf, Märtyrertum und Lebenssinn. Die militärische Indoktrination von Kindern wird so zu einem Akt der palästinensischen Selbstbehauptung und des Widerstands umgedeutet.

Besonders explizit wird die Romantisierung des kindlichen Märtyrertods in dem irakischen Kurzspielfilm *The Game* (1973) inszeniert.²²¹⁶ Der Film erzählt von einer Gruppe kleiner Jungen, die in Zelten leben und mit Patronen spielen. Als sie im Freien eine Panzerfaust finden, werden sie von einem Panzer beschossen, der einen der Jungen tötet. Die überlebenden Kinder entschließen sich daraufhin, selbst zu Kämpfern zu werden. In der Schlusszene springen die nun bewaffneten und in Kampfmontur gekleideten Jungen über ein Feuer – eine visuelle Metapher für ihre Transformation zum „Fida’i“ (arabisch für Kämpfer).²²¹⁷ Der Film endet mit der Botschaft, dass der Tod als „Fida’i“ für das „Land der Vorväter“²²¹⁸ der einzige Weg sei: „Die einzige Art und Weise zu enden.“²²¹⁹ Diese narrative Struktur folgt dem Muster einer Initiationsgeschichte, in der der gewaltsame Tod eines Kindes zur Erweckung der überlebenden Kinder führt und ihre Transformation zu Kämpfern einleitet.

Diese Form der Verherrlichung des kindlichen Märtyrertums verbindet die antisemitische Dämonisierung Israels mit der Legitimation terroristischer Gewalt. Die ästhetische Überhöhung des Kinstods in den Filmen konstruiert – sowohl in dokumentarischen als auch in fiktionalen Formaten – eine ideologische Rechtfertigung für die militärische Instrumentalisierung von Minderjährigen. Die Filme normalisieren und glorifizieren so die Rekrutierung von Kindern für terroristische Zwecke, indem sie den Märtyrertod nicht als Kindesmissbrauch, sondern als höchste Form der Selbstverwirklichung und des politischen Widerstands inszenieren.

2214 Bei Tal Za’atar (auch Tel al-Zaatar) handelt es sich um ein palästinensisches Flüchtlingslager nordöstlich von Beirut, das im August 1976 Schauplatz eines Massakers wurde. Während einer fast zweimonatigen Belagerung töteten christlich-libanesischen Falangisten, unterstützt von syrischen Truppen, etwa 2.000 Palästinenser:innen. Vgl. Cobban (1984), S. 68 ff.

2215 Tokyo Reels/18 (2022a), Übersetzung des Autors aus dem Englischen: „We swear to Tal Za’atar, Let’s make our fight our proof of life.“

2216 Vgl. Tokyo Reels/16 (2022b).

2217 Ebd.

2218 Tokyo Reels/16 (2022a), Übersetzung des Autors aus dem Englischen: „The land of the ancestors“.

2219 Ebd., Übersetzung des Autors aus dem Englischen: „The only way to end“.

IV. Fazit und Ausblick: Die Tokyo Reels und die antisemitische Radikalisierung nach dem 7. Oktober 2023

Am Beispiel der *Tokyo Reels* lässt sich exemplarisch aufzeigen, wie antisemitische Motive – insbesondere antijudaistische Mythen, der antizionistische Verschwörungsglaube, die Dämonisierung Israels sowie die Verherrlichung des Terrorismus gegen den jüdischen Staat – nicht nur reproduziert, sondern durch die kuratorische Rahmung auf der *documenta fifteen* legitimiert werden. Dass es dabei nicht um eine kritische Kontextualisierung der Propagandafilme geht, sondern um deren Neuaufbereitung und unkritische Verbreitung, wird auch in der Programmbeschreibung der Kasseler Kunstschau deutlich: „Subversive Film gibt nicht nur ausgegrabenem Archivmaterial den Raum, wieder selbst zu wirken, sondern fördert die Verbreitung und Reflexion des damals beschlagnahmten Materials und seiner unbewältigten Narrative, Ästhetiken und politischen Ansichten.“²²²⁰ Eine reflexive Brechung der *Tokyo Reels* fehlt indes, wodurch den darin propagierten antisemitischen Motiven eine neue Wirkmacht im zeitgenössischen Kunstkontext verliehen wird.

Die Analyse der *Tokyo Reels* zeigt eine auffällige Abwesenheit konkreter jüdischer Figuren. Die Filme operieren stattdessen mit abstrakten Zuschreibungen wie „Feind“, „Zionisten“ oder „israelische Soldaten“. Diese systematische Entpersonalisierung ist charakteristisch für die antisemitische Motivik der Werke: Juden erscheinen nicht als Individuen oder Menschen, sondern vor allem als abstraktes und dabei stets gewalttätig und gezielt bösartig agierendes Kollektiv. Die Verwendung solch abstrakter Bezeichnungen ermöglicht die Übertragung antisemitischer Stereotype, ohne explizit von „Juden“ zu sprechen.²²²¹ „Die Zionisten“ fungieren dabei als Chiffre für „die Juden“, während die Darstellung der „israelischen Soldaten“ auf die Konstruktion eines durchweg brutal agierenden Kollektivs abzielt, das in scharfem Kontrast zur leidenden palästinensischen Zivilbevölkerung, insbesondere zu den Kindern, gesetzt wird. Auf diese Weise werden sowohl judenfeindliche Ressentiments geschürt als auch Gewaltfantasien bzw. das Ausagieren antisemitischer Affekte legitimiert.

Zwei Wochen vor Ende der *documenta fifteen* forderten fünf Mitglieder des Gremiums zur fachwissenschaftlichen Begleitung der *documenta*

2220 *documenta fifteen* (2022a).

2221 Vgl. Schwarz-Friesel (2020), S. 51 ff.

fifteen,²²²² die Vorführung der *Tokyo Reels* vorerst zu stoppen.²²²³ Die Expert:innenkommission war zuvor von den Gesellschaftern der *documenta* eingesetzt worden, um die antisemitischen Inhalte in Werken der *documenta fifteen* zu untersuchen und die erhobenen Antisemitismusvorwürfe zu prüfen. Die damalige Kulturstatsministerin, Claudia Roth, schloss sich der Empfehlung an und erklärte, dass die Kunstfreiheit an ihre Grenzen stoße, sobald die Menschenwürde verletzt werde.²²²⁴ *Ruangrupa* wies die Forderungen nach einem Aussetzen der Filmvorführungen vehement zurück. Anstatt auf die Antisemitismusvorwürfe einzugehen, warfen sie dem Expert:innengremium in einem offenen Brief Rassismus vor, ohne dies näher zu begründen.²²²⁵ Die künstlerische Leitung der *documenta fifteen* unter Alexander Farenholtz schenkte den Forderungen der Expert:innen wenig Bedeutung. In einer offiziellen Pressemitteilung hieß es lediglich: „Die Geschäftsleitung der *documenta* und *ruangrupa* haben die Einschätzung des Expert:innengremiums zur Kenntnis genommen.“²²²⁶

Im Licht der Terroranschläge der Hamas und ihrer Verbündeten am 7. Oktober 2023 in Israel und der darauffolgenden Reaktionen aus der großen Teilen der Kunstwelt gewinnt diese Entwicklung zusätzliche Brisanz. Die unmittelbaren Reaktionen vieler Künstler:innen in den sozialen Medien zeichneten sich durch eine reflexhafte antiisraelische Positionierung, eine erhebliche Empathielosigkeit gegenüber den Opfern der Hamas und teilweise sogar durch eine zynische Verachtung der Opfer aus.²²²⁷ Diese Reaktionen verdeutlichen, dass die in den *Tokyo Reels* propagierten Narrative der Dämonisierung Israels und der Verherrlichung des antiisraelischen Terrorismus längst eine breite Resonanz im kulturellen Feld gefunden haben. Der unkritische Umgang mit antisemitischen Motiven in der Kunst steht

2222 Die Pressemitteilung wurde von Nicole Deitelhoff (Vorsitzende des Gremiums), Julia Bernstein, Marina Chernivsky, Peter Jelavich und Christoph Möllers unterzeichnet.

2223 Vgl. Deitelhoff u. a. (2022), S. 1.

2224 Vgl. Tagespiegel (2022).

2225 Vgl. e-flux (2022).

2226 Presseerklärung der *documenta fifteen*, zit. nach Tagespiegel (2022).

2227 Vgl. Guggenberger/Suffrin (2024), S. 62. Ein besonders drastisches Beispiel lieferte Emily Jacir. Am 7. Oktober 2023 postete die palästinensisch-amerikanische Künstlerin ein Video der Hamas auf ihrer Instagram-Seite, das die Entführung von Yaffa Adar durch Terroristen zeigt. Yaffa Adar ist eine 85-jährige Shoah-Überlebende aus dem Kibbutz Nir Oz, die als Kind das Warschauer Ghetto überlebt hatte. Jacir kommentierte das Video zynisch mit den Worten: „Diese gefangene Siedlerin sieht glücklich aus. Ich hoffe, sie servieren ihr eine gute palästinensische Mahlzeit“ (Jacir, zit. nach Gutmair 2024).

dabei in einer direkten Kontinuität zu den Reaktionen auf den 7. Oktober: Die Motive der Dämonisierung Israels, der Delegitimierung jüdischer Staatlichkeit und der Terrorverherrlichung werden fortgeschrieben und aktualisiert. Die *Tokyo Reels* erweisen sich somit als symptomatisch für eine bereits seit Jahren fortschreitende Entgrenzung und Radikalisierung des Antisemitismus in weiten Teilen der Kulturproduktion, die seit dem 7. Oktober 2023 noch stärker und offener zutage tritt.

Die *Tokyo Reels* haben nach dem Ende der *documenta fifteen* keineswegs an Aktualität im Kunstfeld eingebüßt. Sie werden weiterhin im öffentlichen Raum gezeigt, wie etwa beim arabischen Filmfestival ALFILM im Sommer 2024 in Berlin.²²²⁸ Bemerkenswert ist dabei die institutionelle Unterstützung durch den „Hauptstadtkulturfonds“ der Berliner Senatsverwaltung für Kultur und Europa sowie durch namhafte Einrichtungen wie die Friedrich-Ebert-Stiftung, die Rosa-Luxemburg-Stiftung und das Leibniz-Zentrum Moderner Orient.²²²⁹ Eine vertiefende wissenschaftliche Auseinandersetzung mit den *Tokyo Reels* müsste somit die Bedeutung der *documenta fifteen* für die weitere Verbreitung der Filme analysieren. An eine solche umfassende Forschung schließen weitere Fragen an: Der genaue Entstehungskontext der Filme, die politischen Hintergründe ihrer ProduzentInnen, die politischen Absichten ihrer Auftraggeber sowie Aspekte der Finanzierung und Verbreitung bedürfen weiterer Untersuchung. Aufschlussreich wäre zudem eine detaillierte Analyse der kuratorischen Ausgestaltung, etwa welche Bilder in Programmheften gezeigt werden und welche nicht, sowie das Verhältnis zwischen offizieller Synopsis und den tatsächlichen Kernaussagen der Filme. Die hier vorgenommene Analyse zeigt, dass sich am Beispiel der *Tokyo Reels*, ihrer Inszenierung auf der *documenta fifteen* und des daran anschließenden öffentlichen Diskurses paradigmatisch neue Legitimationsstrategien judenfeindlicher Kunstproduktion nachzeichnen lassen, die eine Neujustierung der kunstwissenschaftlichen und kulturpolitischen Debatte erforderlich machen.

Literatur und Quellen

ALFILM (2024): R21 aka Restoring Solidarity, <https://alfilm.berlin/program/r21-aka-restoring-solidarity/> (26.02.2025).

2228 Vgl. ALFILM (2024).

2229 Ebd.

- Baier, Jakob (2022): Augen zu und durch. In: tageszeitung, 23.08.2022, <https://taz.de/Antisemitische-Filme-auf-der-documenta/!5873374/> (26.02.2025).
- Baier, Jakob (2025): Illuminati, Rothschilds, Zionisten. Antisemitismus im deutschen Gangsta-Rap. Frankfurt am Main: Campus.
- Benz, Wolfgang (2015): Antisemitismus. Präsenz und Tradition eines Ressentiments. Schwalbach: Wochenschau Verlag.
- Bernstein, Julia/ Diddens, Florian (2023): Antisemitische Kontinuitäten in Bildern. Frankfurt am Main: Wochenschau Verlag.
- Brenner, Michael (2016): Geschichte des Zionismus. München: C. H. Beck.
- Bündnis gegen Antisemitismus Kassel (2022): Documenta fifteen: Antizionismus und Antisemitismus im lumbung, <https://bgakasselblog.wordpress.com/2022/01/07/documenta-fifteen-antizionismus-und-antisemitismus-im-lumbung/> (26.02.2025).
- Cobban, Helena (1984): The Palestinian Liberation Organisation. Cambridge: Cambridge University Press.
- Deitelhoff, Nicole/Bernstein, Julia/Chernivsky, Marina/Jevalich, Peter/Möllers, Christoph (2022): Presserklärung der unterzeichnenden Mitglieder des Gremiums zur fachwissenschaftlichen Begleitung der documenta fifteen, <https://drive.google.com/file/d/1AaZlQ2hiDgNznK7iR8BY0LF7zfYsLggn/view> (26.02.2025).
- Derichs, Claudia (2006): Die Japanische Rote Armee. In: Wolfgang Kraushaar (Hrsg.): Die RAF und der linke Terrorismus, Bd. 2. Hamburg: Hamburger Edition, S. 809–827.
- documenta fifteen (2022a): Subversive Film, <https://documenta-fifteen.de/lumbung-member-kuenstlerinnen/subversive-film/> (26.02.2025).
- documenta fifteen (2022b): Tokyo Reels Film Festival, https://documenta-fifteen.de/wp-content/uploads/2022/06/Subversive_Films_Poster_Website.pdf (26.02.2025).
- e-flux (2022): We are angry, we are sad, we are tired, we are united: Letter from lumbung community, <https://www.e-flux.com/notes/489580/we-are-angry-we-are-sad-we-are-tired-we-are-united-letter-from-lumbung-community> (26.02.2025).
- Evron, Yair (1987): War and Intervention in Lebanon. The Israeli-Syrian Deterrence Dialogue. London: Croom Helm.
- Friedman, Thomas L. (1989): From Beirut to Jerusalem. New York: Farrar, Straus & Giroux Anchor Books.
- Gremium zur fachwissenschaftlichen Begleitung der documenta fifteen (2023): Abschlussbericht, https://www.documenta.de/files/230202_Abschlussbericht.pdf&ved=2ahUKEwiljomloeGLAxWfhv0HHXgDVkQFnoECBEQAQ&usq=AOvVaw1CFVv5ArgulmurEGK12B9Q (26.02.2025).
- Guggenberger, Jonathan/Suffrin, Dana von (2024): Auf der richtigen Seite stehen. Antisemitismus in Literatur und Bildender Kunst. In: Matthias Naumann (Hrsg.): Judenhass im Kunstbetrieb. Reaktionen nach dem 7. Oktober 2023. Berlin, S. 53–77.
- Gutmair, Ulrich (2024): Das Accessoire der Stunde. In: tageszeitung, 26.04.2024, <https://taz.de/Propalaestinensische-Kunst-in-Venedig/!6003666/> (26.02.2025).

- Haury, Thomas (2007): „Das ist Völkermord!“ Das „antifaschistische Deutschland“ im Kampf gegen den „imperialistischen Brückenkopf Israel“ und gegen die deutsche Vergangenheit. In: Matthias Brosch/Michael Elm/Norman Geißler/Brigitta Elisa Simbürger/Oliver von Wrochem (Hrsg.): *Exklusive Solidarität. Linker Antisemitismus in Deutschland*. Berlin: Metropol, S. 285–300.
- Hauser, Dorothea (2006): Deutschland, Italien, Japan. Die ehemaligen Achsenmächte und der Terrorismus der 1970er Jahre. In: Wolfgang Kraushaar (Hrsg.): *Die RAF und der linke Terrorismus*, Bd. 2. Hamburg: Hamburger Edition, S. 1272–1298.
- Herf, Jeffrey (2019): *Unerklärte Kriege gegen Israel: Die DDR und die westdeutsche radikale Linke, 1967–1989*. Göttingen: Wallstein.
- Holz, Klaus/Haury, Thomas (2021): *Antisemitismus gegen Israel*. Hamburg: Hamburger Edition.
- Keßler, Mario (2010): Antizionismus. In: Wolfgang Benz (Hrsg.): *Handbuch des Antisemitismus. Judenfeindschaft in Geschichte und Gegenwart*. Band 3: Begriffe, Theorien, Ideologien. Berlin: Walter de Gruyter. S. 11–13.
- Kipnis, Yigal (2013): *The Golan Heights. Political History, Settlement and Geography since 1949*. London: Routledge.
- Kloke, Martin (2010): Linker Antisemitismus. In: Wolfgang Benz (Hrsg.): *Handbuch Antisemitismus. Judenfeindschaft in Geschichte und Gegenwart*. Bd. 3: Begriffe, Theorien, Ideologien. Berlin: De Gruyter, S. 192–195.
- Lobo, Sascha (2022): Die Documenta-Leitung kann beim besten Willen keinen Juden-hass entdecken. In: *Der Spiegel*, 24.08.2022, <https://www.spiegel.de/netzwelt/netzpolitik/die-documenta-leitung-kann-beim-besten-willen-keinen-antisemitismus-entdecken-kolumne-a-b732d6cf-2993-4562-8bbe-4a2352e9b6f7> (26.02.2025).
- Malone, Linda A. (1985): *The Kahan Report, Ariel Sharon and the Sabra-Shatilla Massacres in Lebanon: Responsibility Under International Law for Massacres of Civilian Populations*, <https://scholarship.law.wm.edu/cgi/viewcontent.cgi?article=1606&context=facpubs> (26.02.2025).
- Mickolus, Edward F. (1980): *Transnational terrorism. A chronology of events, 1968–1979*. Westport: Greenwood Press.
- Morris, Benny (2023): 1948. Der erste arabisch-israelische Krieg. Berlin: Hentrich & Hentrich.
- Naumann, Matthias (2024): Ein großes falsches Bedürfnis. Judenhass im Kunstbetrieb. In: ders. (Hrsg.): *Judenhass im Kunstbetrieb. Reaktionen nach dem 7. Oktober 2023*. Berlin: Neofelis, S. 9–52.
- Rensmann, Lars (1998): *Kritische Theorie über den Antisemitismus. Studien zu Struktur, Erklärungspotential und Aktualität*. Berlin: Argument Verlag.
- Schmidt, Thomas E. (2022): Verschweigen, das geht nicht mehr. In: *Die Zeit*, 12.01.2022, <https://www.zeit.de/2022/03/documenta-15-kassel-antisemitismus> (26.02.2025).

- Schwarz-Friesel, Monika (2020): Israelbezogener Antisemitismus und der lange Atem des Anti-Judaismus – von ‚Brunnenvergiftern, Kindermördern, Landräubern‘. In: Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (Hrsg.): Wissen schafft Demokratie. Schwerpunkt Antisemitismus. Jena, S. 42–57, https://www.idz-jena.de/fileadmin/user_upload/PDFS_WSD8/Idz_WsD_08_WEB_final.pdf (01.04.2026).
- Schwarz-Friesel, Monika/Reinharz, Jehuda (2013): Die Sprache der Judenfeindschaft im 21. Jahrhundert. Berlin: De Gruyter.
- Tagesspiegel (2022): Documenta Fifteen: Claudia Roth fordert Stopp anti-israelischer Filme. In: Tagesspiegel, 13.09.2022, <https://www.tagesspiegel.de/kultur/documenta-fifteen-gesellschafter-fur-stopp-der-anti-israelischen-filme-8637568.html> (26.02.2025).
- Tokyo Reels/01 (2022): Beirut 1982, <https://www.tokyoreels.com/catalogues/beirut-1982> (26.02.2025).
- Tokyo Reels/07 (2022): KUNEITRA: Death of a City, <https://www.tokyoreels.com/catalogues/kuneitra-death-of-a-city> (26.02.2025).
- Tokyo Reels/08 (2022): Land Day, <https://www.tokyoreels.com/catalogues/land-day> (26.02.2025).
- Tokyo Reels/09 (2022): The Road to a Palestinian State, <https://www.tokyoreels.com/catalogues/the-road-to-a-palestinian-state> (26.02.2025).
- Tokyo Reels/10 (2022): Palestine and Japan, <https://www.tokyoreels.com/catalogues/palestine-and-japan> (26.02.2025).
- Tokyo Reels/16 (2022a): The Game (Aufnahmen liegen dem Autor vor).
- Tokyo Reels/16 (2022b): The Game, <https://www.tokyoreels.com/catalogues/the-game> (26.02.2025).
- Tokyo Reels/18 (2022): War in Lebanon (Aufnahmen liegen dem Autor vor).
- Vahland, Kia (2022): Hinter den Propaganda-Filmen in Kassel steht ein Ex-Terrorist und RAF-Freund. In: Süddeutsche Zeitung, 20.06.2022, <https://www.sueddeutsche.de/kultur/documenta-palaestineser-israel-terror-1.5605731> (26.02.2025).
- Weinberg, Leonard (2018): A history of terrorism. In: Andrew Silke (Hrsg.): Routledge Handbook of Terrorism and Counterterrorism. New York: Routledge, S. 34–56.
- Weinstock, Nathan (2019): Der zerrissene Faden. Wie die arabische Welt ihre Juden verlor, 1947–1967. Freiburg: ça ira.
- Yaqubi, Mohanad (2022): Kommentar im Rahmen der Videoinstallation „Tokyo Reels“ auf der documenta fifteen (Aufnahme liegt dem Autor vor).

